Stadtparlament Winterthur

Protokoll der **2./3. Parlamentssitzung**
des Stadtparlaments im Amtsjahr 2026/2027
vom 1. Juni 2026

von 16.15 – 18.30 Uhr und 20.00 – 21.50 Uhr

Parlamentssaal des Rathauses, Marktgasse 20

Vorsitz: S. Kocher (GLP)

Protokoll: A. Furrer

Entschuldigt: 2./3. Sitzung: L. Merz (SP), M. Pfirter (SP), R. Tobler (FDP), T. Kramer (SVP), Ch. Della Sega (SVP), M. Wäckerlin (SVP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1*		Protokoll der 1. Sitzung	
2*	25.141 (DTB)	Nutzungskonzept Stadtgarten	**D. Roth-Nater**
3*	26.10 (DTB)	Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 16’060’000 für den Bau der Hauptversorgungsleitung im Wärmeversorgungsgebiet Oberwinterthur (Gebiet V10 gemäss kommunalem Energieplan) und für den Anschluss des Schulhauses Guggenbühl einschliesslich privater Liegenschaften entlang der Hauptversorgungsleitung (Projekt-Nr. 5021450) als Teil des Rahmenkredits 20611_5000490	**St. Gubler**
4*	26.9 (DTB)	Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 7’500’000 für die Erschliessungsetappe «Neuwiesen II» im Wärmeversorgungsgebiet V4 durch Erweiterung des Quartierwärmeverbunds Sulzer Stadtmitte (Projekt-Nr. 5020720)	**N. Ernst**
5*	25.137 (DFI)	Teilrevision der Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur vom 31. Oktober 2005 (SRS 6.1-1): Aufhebung der Produktegruppen-Rücklagen	**M. Zundel**
6*	25.142 (DFI)	Kommunale Volksinitiative «Ja zu weniger Schulden»	**Ch. Hartmann**
7*	26.3 (DPR)	Legislaturbericht 2022 – 2026	**Ch. Hartmann**

8*	26.12 (DBM)	Verpflichtungskredit von Fr. 1'990'000 für die Umsetzung der ersten Stufe des Konzepts Verkehrsdatenerfassung (Projekt-Nr. 5007180)	**K. Frei Glowatz**
9*	26.22 (DBM)	Abrechnung des Verpflichtungskredits von Fr. 5'490’054.38 für die Erweiterung des Schulhauses Laubegg (Projekt-Nr. 5011950)	**A. Würzer**
10*	26.7 (DBM)	Aktualisierter Genereller Wasserbauplan (GWBP)	**K. Frei Glowatz**
11*	25.122 (DSU)	Begründung des Postulats O. Staub (SP), M. Gnesa (SP), D. Roth-Nater (EVP), R. Hugentobler (AL) und N. Holderegger (GLP) betr. Umsetzung Istanbul-Konvention in Winterthur	
12	25.132 (DSU)	Begründung der Motion A. Geering (Die Mitte/EDU), D. Romay (FDP), A. Würzer (EVP), A. Steiner (GLP) und M. Graf (SVP) betr. Änderung Verordnung über das unbeschränkte Parkieren in der Blauen Zone (PBZ) – Bewilligung für Schichtarbeitende	
13	24.90 (DSU)	Beantwortung der Interpellation Ch. Hartmann (SVP) betr. Auflösung unbewilligter Demonstrationen	
14	24.92 (DSU)	Beantwortung der Interpellation B. Oeschger (GLP), K. Vogel (Die Mitte) und D. Romay (FDP) betr. Einsatz von Körperkameras (Bodycams) durch die Stadtpolizei Winterthur	
15	26.5 (DBM)	Begründung der Motion Ch. Hartmann (SVP) und Ch. Maier (FDP) betr. Verlängerung der Parkdauer in der Blauen Zone	
16	24.78 (DBM)	Antrag und Bericht zum Postulat J. Praetorius (Grüne/AL), D. Roth-Nater (EVP), L. Jacot-Descombes (SP) und L. Studer (GLP) betr. Begrünung von Verwaltungsliegenschaften	
17	24.79 (DBM)	Antrag und Bericht zum Postulat J. Praetorius (Grüne/AL), D. Rohner (EVP), B. Zäch (SP) und L. Studer (GLP) betr. Fassadennutzung für PV-Anlagen	

**an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Parlamentspräsident S. Kocher: Ich begrüsse Euch ganz herzlich zur 2. und 3. Sitzung dieses Amtsjahres.

Mitteilungen

Parlamentspräsident S. Kocher: Für die heutige Sitzung haben sich abgemeldet: Livia Merz, Raphael Tobler, Martina Pfirter, Tim Kramer, Christian Della Sega und Marc Wäckerlin; alle für beide Sitzungen.

Dann noch der generelle Hinweis, dass auch heute Film- und Fotoaufnahmen erlaubt sind.

Ich übergebe das Wort gerne Daniela Roth-Nater für eine kleine Mitteilung.

D. Roth-Nater (EVP): Es ist ganz einfach eine Mitteilung – wir machen wieder an der SOLA-Stafette mit Ende September. Und es geht jetzt dann ein Sign-up-sheet herum. Es hat noch einige Slots offen, vor allem kürzere Strecken, um mitzurennen. Ich würde mich freuen, wenn wieder aus allen Fraktionen Läuferinnen und Läufer dabei wären. Es sind noch nicht alle Fraktionen vertreten, aber ich würde mich freuen. Danke vielmals.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Daniela.
Dann habe ich noch eine Mitteilung: In diesem Parlament gibt es ja doch den einen oder anderen Fussballbegeisterten. Da möchte ich gerne darauf aufmerksam machen: Es gibt einen FC Stadtverwaltung, bei dem die Leute aus der Stadtverwaltung mitmachen und mitspielen. Aber dieser ist auch offen für Mitglieder des Stadtparlaments - und übrigens auch des Stadtrats. Wer Interesse hätte, dort mitzuspielen oder mittrainieren, darf sich gerne bei daniel.bugeda@win.ch melden. Dieser Fussballverein ist offen für Frauen und für Männer.

Dann komme ich noch zum letzten Hinweis: An der Sitzung vom 6. Juli wird ein Fotograf anwesend sein und wieder neue Fotos von uns machen – mit dem neuen Parlament und mit dem dann neu zusammengesetzten Stadtrat.

Traktandenliste

Parlamentspräsident S. Kocher: Wir kommen zur Traktandenliste. Gibt es Einwände zur Traktandenliste? – Wenn nicht, dann gilt diese als genehmigt.

Erklärungen

Parlamentspräsident S. Kocher: Wir kommen zu den Erklärungen. Da übergebe ich Maria Sorgo das Wort für eine Erklärung der IFK.

M. Sorgo (IFK): Ich werde diese Erklärung als Präsidentin der IFK im Namen aller Fraktionspräsident:innen des Stadtparlaments halten.
Der Messerangriff am Donnerstagvormittag mitten in Winterthur hat auch uns Mitglieder des Stadtparlaments erschüttert. Die Fraktionspräsident:innen aller Fraktionen wünschen im Namen aller Parlamentsmitglieder allen Direktbetroffenen – sowohl den Verletzten und ihren Familien als auch den Augenzeug:innen, die vor Ort waren - dass sie sich von ihren Verletzungen und vom Erlebten erholen können und dafür auch die nötige Unterstützung erhalten.
Ein besonderer Dank geht an die Einsatzkräfte und an die Privatpersonen, die am Donnerstag mit ihrer schnellen und besonnenen Reaktion Schlimmeres verhindern konnten, mutig hingestanden sind oder direkt vor Ort erste Hilfe geleistet haben.
Ein solcher Vorfall, mitten unter uns, an einem Ort, den wir alle kennen, an dem wir alle immer wieder vorbeigehen, löst bei uns tiefe Betroffenheit aus. Wir sind uns bewusst, dass ein solches Ereignis bei vielen Winterthurerinnen und Winterthurern ein Gefühl der Verunsicherung hinterlässt, auch bei denen, welche nicht direkt betroffen waren.
Deshalb ist aus unserer Sicht nun vor allem wichtig, dass eine sorgfältige Aufarbeitung der Vorkommnisse und der Vorgeschichte durch die zuständigen Behörden möglich ist, dass offene Fragen geklärt werden können und so auch Unsicherheiten reduziert werden können.
Es ist uns im Parlament ein zentrales Anliegen, dass wir in Winterthur weiterhin friedlich zusammenleben können – und dafür werden wir uns auch im Parlament weiterhin gemeinsam einsetzen. Vielen Dank.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich darf dort anschliessen, was Maria Sorgo gerade gesagt hat, im Namen des Stadtrats. Der Stadtrat ist tief betroffen über die unfassbare Tat vom letzten Donnerstag am Hauptbahnhof. Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind bei den Opfern

und ihren Angehörigen. Wir wünschen an dieser Stelle gute Genesung – physisch wie psychisch.
Dank dem schnellen Handeln der Einsatzkräfte konnte man den Täter fassen und die Situation vor Ort bereinigen. Der Stadtrat dankt den Einsatzkräften für ihre sehr gute Arbeit.
Die Ermittlungen laufen auf Hochtouren und es gilt die vielen Fragen zu klären. Das ist wichtig für die objektive und die subjektive Sicherheit bei unserer Bevölkerung.
Der Stadtrat verurteilt entschieden jegliche Form von Gewalt und es geht darum, dass man in unserer Stadt friedlich zusammenleben kann. Danke vielmals.

1. Traktandum
Protokoll der 1. Sitzung

Parlamentspräsident S. Kocher: Wir kommen zum Protokoll der 1. Sitzung. – Wenn es da keine Einwände gibt, so wird das genehmigt.
An dieser Stelle nochmals ganz herzlichen Dank an Andrea für das Erstellen dieses Protokolls. Und wie immer ist sie auch in diesem Amtsjahr froh, wenn man ihr die Voten im Vorfeld zusenden könnte. Besten Dank.

2. Traktandum
Parl.-Nr. 2025.141: Nutzungskonzept Stadtgarten

Parlamentspräsident S. Kocher: Nutzungskonzept Stadtgarten. Ich übergebe das Wort Daniela Roth-Nater, welche es als Referentin vorstellen wird.

D. Roth-Nater (UBK): Wir haben ja alle diese tolle Karte bekommen auf Weihnachten von Stefan (*in der Präsentation ist ein Bild des Kunst Museum Winterthur / Reinhart am Stadtgarten eingeblendet*). Ich glaube, das war einfach der Start zum Nutzungskonzept.
Jetzt möchte ich Euch nämlich das Nutzungskonzept Stadtgarten präsentieren. Weshalb brauchen wir ein Nutzungskonzept? Wie so vieles andere, regeln wir Sachen gerne. Klar regeln: Ausgewogene Nutzungen ermöglichen und auch die Zonenkonformität (Erholungszone E1) richtigstellen. Und das vor allem auch in Hinblick auf die Kulturfläche, welche wir schaffen. Es soll eine transparente Bewilligungspraxis schaffen, Konflikte minimieren und – nicht zuletzt – auch die ganze Grünanlage schützen.
Das Parlament beschliesst (analog der Lokstadt, wo wir bereits ein Nutzungskonzept erstellt und verabschiedet haben) die Rechtsgrundlage für diese Bewilligungspraxis und dann auch die Ermächtigung für den Stadtrat für spätere Anpassungen, so dass man keine zusätzlichen Vorlagen und Kredite besprechen muss.
Dazu zu sagen ist, dass die Buvette, die man hier sieht bei der Nutzungszonierung, im E oben rechts, diese Woche eröffnet wird. Man ist dort etwas hintennach, aber das kommt, man ist dort bereit. Und man sieht im A die Kulturfläche, zu der ich nachher noch etwas sagen werde. Und im C weiter unten sieht man auch (das ist für uns jetzt nicht neu), dass dort ganz viele neue Bäume stehen oder dort stehen werden. Und auch das hat einen Einfluss auf das Nutzungskonzept.
Ich habe Euch vorhin die Buvette im E oben gezeigt. Das ist eine qualitätsvolle Installation. LAB 17 GmbH, eine erfahrene Winterthurer Gastronomin, hat dort jetzt ihre Buvette installiert. Das war eine mehrjährige Vergabe via öffentliche Ausschreibung; ein Konkurrenzverfahren, bei dem auch eine externe Beurteilung stattfand. Ihr seht dort auch die maximalen Betriebszeiten und dass das auch saisonal unterschiedlich gehandhabt wird.

Weiter geht es mit der Kulturfläche, das ist die Kulturfläche A, die ich erwähnt habe. Die Grundregelung: Mindestens 200 Tage im Jahr (und das beinhaltet Auf- und Abbau) ist diese Fläche frei. Mindestens 14 Tage wird dieser Kulturfläche Regeneration zugestanden. Und auch dort seht Ihr wieder, dass von März bis Oktober andere Belegungszeiten gelten als von November bis Februar. Das sind einfach Saisonalitäten, mit denen man versucht, der Bevölkerung entgegenzukommen und eine möglichst diverse Bespielung hinbringen zu können. Auch die Bodenschutzauflagen sind streng vorgegeben.
Dann unterstehen die Kulturfläche und auch der ganze Stadtgarten verschiedenen Auflagen. Da hat man auch stark das Albanifest in Betracht gezogen. Das wird in einem ähnlichen Umfang wie bis jetzt möglich sein. Die Kulturfläche ist eine Zusatzfläche, welche das Albanifest benutzen kann; das geht vor allem auch darauf zurück, dass es wie eine Kompensation der Bäume ist, welche vorne an der Stadthausstrasse neu gepflanzt werden.
Die saisonalen Installationen an der Fasnacht oder die Winti Alp werden nur auf dieser Kulturfläche stattfinden können, im Winterhalbjahr.
Festzuhalten ist auch, dass bis zu drei Monaten die Bewilligung durch die VePo (Verwaltungspolizei) stattfinden wird. Wenn es über drei Monate sind, muss eine Baubewilligung eingeholt werden. Somit sind auch die Zuständigkeiten klar.
Der Bewilligungsprozess ist das Nutzungskonzept öffentliche Räume. Das findet Ihr auch auf der Website, ganz einfach zugänglich. Man muss ein bisschen suchen, aber wenn man mal dort ist, dann findet man es und wird durch den ganzen Prozess geführt. Im Hintergrund wird das den entsprechenden Departementen zur Bewilligung vorgelegt: Das Gesuch bei der Verwaltungspolizei, die Beurteilung durch Stadtgrün, die Bewilligung durch Verwaltungspolizei oder Baubewilligung. Dem sagt man «One-Stop-Shop», wie ich gelernt habe. Das soll klare Rollen und Rechtssicherheit ermöglichen.
Mir bleibt es noch, Danke zu sagen, denn es wurde eine grosse Anstrengung unternommen; auch über die Departemente hinweg. Es wurde vom Präsidialen und Stadtgrün zusammengearbeitet, die Kultur wurde einbezogen - und das war wirklich nicht ganz einfach, habe ich mir sagen lassen. Das soll jetzt aber zum Erfolg führen für uns alle.
Danke vielmals.

Parlamentspräsident S. Kocher: Besten Dank, Daniela. Dann kommen wir jetzt zu den Voten aus der UBK und als Erster hat das Wort Stefan Gubler (SVP).

St. Gubler (SVP): Die SVP-Fraktion hat das vorliegende Nutzungskonzept für den Stadtgarten sorgfältig geprüft. Wir anerkennen, dass nach über 70 Jahren intensiver Nutzung und einer umfassenden Sanierung ein klares Regelwerk nötig ist. Klare Regeln sind keine Bürokratie – sie sind die Grundlage für ein geordnetes Miteinander im öffentlichen Raum.
Was wir unterstützen: Die SVP begrüsst, dass das Konzept verbindliche Nutzungsregeln einführt. Ein generelles Fahr- und Parkverbot, Leinenpflicht für Hunde, Schutz der Grünflächen sowie klare Verantwortlichkeiten bei Veranstaltungen. Das ist der richtige Ansatz. Wer den öffentlichen Raum nutzt, trägt Verantwortung – für Ordnung, Sauberkeit und den Schutz der Anlage. Wir unterstützen auch, dass die Buvette am Baumplatz öffentlich ausgeschrieben wurde und keine Franchise-Ketten zum Zug kommen sollte.
Wo wir kritische Fragen stellen:
Erstens zur Sicherheit: Der Stadtgarten wird im städtischen Sicherheitsbericht wiederholt als problematisch erwähnt. Die neu gegründete Begleitgruppe mit Polizei, Prävention und Suchthilfe ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber wir erwarten vom Stadtrat klare Antworten: Wie oft patrouilliert die Stadtpolizei im Stadtgarten? Welche konkreten Massnahmen sind vorgesehen, wenn die Sicherheitslage sich nicht verbessert? Ein Nutzungskonzept allein löst keine Sicherheitsprobleme. Es braucht präsente Polizei, nicht nur auf dem Papier.
Zweitens zur Bewilligungspraxis: Das Konzept überträgt der Verwaltungspolizei die Bewilligungskompetenz, zieht aber gleichzeitig Stadtgrün in jeden Entscheid mit ein. Wir fragen uns:

Ist diese Doppelzuständigkeit effizient? Oder schafft sie neue Bürokratie und längere Verfahren für Veranstalter und Gewerbetreibende? Die SVP erwartet schlanke, klare Prozesse – nicht ein Pingpong zwischen den Ämtern.
Drittens zum Albanifest: Wir nehmen zur Kenntnis, dass das Albanifest weiterhin bewilligungsfähig bleibt. Wir bestehen jedoch darauf, dass dies nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch in der Praxis so gehandhabt wird. Das Albanifest ist ein Stück Winterthurer Identität und darf nicht durch übertriebene Auflagen schleichend ausgehöhlt werden.
Viertens zur Kompetenzübertragung an den Stadtrat: Der zweite Antrag – wonach der Stadtrat das Konzept künftig selbständig anpassen darf – gibt uns ein bisschen zu denken. Wir verstehen die betriebliche Notwendigkeit. Aber dem Parlament darf seine Kontrollfunktion nicht entzogen werden. Wir erwarten, dass wesentliche Änderungen dem Parlament gemeldet und bei Bedarf wieder vorgelegt werden.
Fazit: Die SVP-Fraktion wird dem Nutzungskonzept zustimmen – als notwendiges Regelwerk für eine beliebte Grünanlage unserer Stadt. Wir tun dies jedoch mit der klaren Erwartung an den Stadtrat: Regeln müssen auch durchgesetzt werden. Ordnung im Stadtgarten ist keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis konsequenten Handelns. Wir werden die Umsetzung aufmerksam verfolgen. Danke.

L. Jacot (SP): Zuallererst möchte ich ein grosses Lob an die Verantwortlichen aussprechen für den Umbau unseres Stadtparks. Was man bis jetzt sehen kann, finde ich sehr schön. Der Spielplatz ist bei den Kindern sehr beliebt. Der Teich lädt zum Planschen ein und die Wiesenplätzchen sind beliebt wie eh und je.
Das Nutzungskonzept wurde in der Kommission einstimmig angenommen, da doch der grösste Teil des Parks so genutzt werden kann und wird wie bisher.
Einige Wermutstropfen bestehen aber aus unserer Sicht: Die neue Buvette unter der schönen neuen Pergola mag zwar einem Bedürfnis der Besucher:innen des Stadtparks entsprechen und belebt sicher diesen Teil des Parks. Es ist aber leider auch so, dass der Stadtpark dadurch nicht mehr ausschliesslich ohne Konsumzwang nutzbar ist. Es gibt in Winterthur nicht mehr viele Orte, wo man hinkann ohne kommerzielle Nutzung. Ein Trostpflaster gibt es allerdings auch von Stadtgrün: Man hat nämlich Bänkli aufgestellt in der Altstadt. Jetzt kann man sich wenigstens dort auch noch etwas hinsetzen ohne Konsumationszwang.
Auch die Nutzung der «Kulturfläche» gab zu reden. Wir hätten auch darauf verzichten können. Aber im Winter wird sich dort vermutlich weiterhin die Winti Alp aufhalten, welche – wie wir wissen – offensichtlich auch einem Bedürfnis der Winterthurer:innen entspricht. Das nehmen wir so zur Kenntnis. Im Sommer hoffen wir aber schon darauf, dass es diverser genutzt wird. Es wäre uns lieber es fänden dort viele verschiedene und kurze Veranstaltungen statt, wobei der Platz grossmehrheitlich für alle zugänglich bliebe, als länger andauernde, geschlossene Veranstaltungen.
Was auf jeden Fall schon einmal gut ist, ist, dass die Ansprüche an temporäre Bauten auch optisch relativ hoch gesetzt sind. Wir vertrauen da auch auf das Augenmass der Bewilligungsinstanz.
Wichtig ist uns einfach, dass der Stadtpark weiterhin ein Treffpunkt für alle Winterthurer:innen bleibt. Danke vielmals.

Parlamentspräsident S. Kocher: Anstelle von Jan Fehr (FDP) spricht Raphael Perroulaz.

R. Perroulaz (FDP): Es ist natürlich nicht anstelle von Jan Fehr, denn ich war damals noch UBK-Mitglied.
New York hat den Central Park, London den Hyde Park und Winterthur den Stadtgarten – ist doch so. Das typische Winterthurer Understatement drückt sich auch da aus; es ist ein Garten, das ist ja etwas intimer und mehr für Wohlfühloase – es ist ein bisschen ein intimeres Gefühl.

Der Stadtgarten hat aber auch eine deutlich urbane Komponente: Er ist das Herz von Winterthur, die grüne Lunge, und in wichtiger Begegnungs-, Erholungs- und eben Kulturort für unsere Stadt.
Die laufende Sanierung zeigt jetzt schon bereits wichtige Resultate und es ist eine Freude zu sehen, wie sehr der Stadtgarten von der Bevölkerung angenommen wurde. Den Spielplatz habe ich selbst noch nicht ausprobiert, aber er sieht von weitem sehr interessant aus. Vielleicht gibt es einmal die Gelegenheit…
Umso wichtiger ist es, dass es jetzt auch für die zukünftige Nutzung eine klare und ausgewogene Grundlage gibt für eben diese Nutzungen. Die vielen verschiedenen Anspruchsgruppen haben ganz unterschiedliche Bedürfnisse, welche in diesem zentralen, hochöffentlichen Raum zusammentreffen; manchmal auch Konflikte haben oder manchmal unterschiedliche Ansätze haben, was das Augenmass betrifft.
Das vorliegende Nutzungskonzept sehen wir als austarierte, als gut austarierte Regelung für das und es definiert auch klare Zonen für unterschiedliche Zwecke, Daniela hat das ja gezeigt auf der Karte mit den verschiedenen Orten, wo das möglich ist. Besonders überzeugt uns auch, dass der Stadtgarten in erster Linie ein öffentlicher Erholungsraum bleibt; aber auch gegenüber kulturellen und kommerziellen Angeboten und Events offensteht. Das finden wir wichtig, denn das ist auch mit der Wirtschaftsfreiheit vereinbar und wir haben das Gefühl, das ist ein guter Mix, der dort möglich ist. Auch intensive oder schon über längere Zeit etablierte Nutzungen wie das Albanifest (die Bedeutung wurde schon von Stef angesprochen) oder die Winti Alp profitieren von diesen klaren Rahmenbedingungen. Und persönlich, als Liebhaber von Raclette und Fondue, habe ich auch nichts dagegen, wenn das dort möglich ist.
Uns ist aber wichtig, dass die Option einer längeren Nutzung möglich ist. Es wurde angesprochen: Bis drei Monate braucht es keine Baubewilligung, sondern dafür reicht die Auflage über die Verwaltungspolizei. Die längeren Nutzungen sind grundsätzlich möglich, müssen aber anderen Regeln unterworfen sein und diese einhalten. Das finden wir eigentlich gut, auch wenn es ein bisschen bürokratischer und damit aufwändiger wird für die Betreiber. Drei Monate sind aber eigentlich eine gute Zeit über den Winter, um das zu betreiben.
Wir haben eigentlich nicht so viel Kritik, wie heute schon geäussert wurde zu diesem Geschäft. Wir sind auch sehr positiv überrascht von der Buvette, die es geben soll, in Sichtweite des Kunst Museums und die diese zwei Häuser mehr zusammenbringt. Sie bringt eben nicht nur ein attraktives gastronomisches Angebot, sondern sorgt auch an diesem Ort für zusätzliche Belebung, Aufenthaltsqualität und – ganz wichtig – soziale Präsenz im Park.
Und genau solche niederschwelligen Angebote tragen eben wesentlich zu einer lebendigen Stadt bei. Wir haben das Gefühl, dass an diesem Ort – gerade auch durch diese Buvette – auch ein neues Sicherheitsgefühl entsteht; an diesem Ort, um den die Leute vor dem Umbau vielleicht lieber einen Bogen machten. Der Park wurde offener und das schlägt sich jetzt auch in diesem Nutzungskonzept nieder.
Wir sagten in der Kommission, wir halten es kurz, deshalb bin ich hier auch schon fertig. Die FDP-Fraktion empfiehlt diese Vorlage zur Annahme, eigentlich ziemlich überzeugt. Vielen Dank.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Raphael. Vielleicht noch kurz zur Aufklärung: Jan wurde an der 1. Sitzung in die UBK gewählt und deshalb sprichst Du an seiner Stelle. Mir ist schon bewusst, dass Du vorher in der UBK warst.
Als nächstes auf der Rednerliste ist Julius Praetorius (Grüne/AL).

J. Praetorius (Grüne/AL): Der Stadtgarten ist nicht einfach nur irgendeine Parkanlage. Er ist unser unbestrittenes «grünes Wohnzimmer» von Winterthur.
Nach über 70 Jahren intensiver Nutzung und der laufenden, dringend nötigen Sanierung liegt uns nun das detaillierte Nutzungskonzept vor, welches die Fraktion Grüne/AL natürlich unterstützt. Warum? Weil dieses Konzept genau die richtige Balance findet: Es fördert nämlich eine vielfältige, ortsgerechte Nutzung für Kultur, Begegnung und Bewegung, schützt aber

gleichzeitig auch die gartenhistorische Substanz sowie die Biodiversität und auch den Baumbestand vor Übernutzung.
Besonders am Herzen liegt uns die geplante Buvette am Baumplatz. Sie wird nämlich den öffentlichen Raum ohne Konsumzwang aufwerten – was unserer Fraktion wichtig ist. Die Vergabekriterien sind vorbildlich: Regionalität, Saisonalität, das Angebot veganer Kost und ein klares Food-waste-Konzept sind fest in den Zuschlagskriterien verankert. So sieht unserer Meinung nach eine zukunftsfähige Belebung unserer Freiräume aus!
Auch die klare zeitliche Beschränkung der Events auf der Kulturfläche, die regenerierenden Pausen für den Rasen sowie der wirksame Bodenschutz zeigen, dass hier ökologisch mitgedacht wurde. Der Park bleibt primär die Oase der Ruhe und Erholung für die Bevölkerung.
Zum Punkt von der Kompetenz zum Stadtrat sehen wir es natürlich als absolut sinnvoll, für spätere selbständige Anpassungen diese Kompetenz zu erteilen. Öffentliche Räume verändern sich ständig, und wir brauchen diese Flexibilität im Vollzug, wenn wir agil auf neue Bedürfnisse reagieren wollen.
Das vorliegende Konzept schafft Rechtssicherheit, minimiert Konflikte und sichert die Qualität unseres grünen Juwels.
Wir bitten Sie daher im Namen der Fraktion Grüne/AL, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen. Danke.

D. Roth-Nater (EVP/EDU): Der Stadtgarten ist ein zentraler Identifikationsraum für Winterthur, die grösste Grünfläche. Eine historische Parkanlage in Zentrumsnähe, ein Ort, der Lebensqualität für alle Generationen und Bevölkerungsgruppen schaffen soll. Das Nutzungskonzept stärkt diese Rolle und erfüllt das Ziel, indem es den Garten als grünes Herz, als Ort der Begegnung und der vielfältigen Weiterentwicklung und der Zonenkonformität der Erholungszone sicherstellt.
Gleichzeitig ist die historische Substanz der Anlage zu schützen, eben ein Garten. Wir unterstützen das, weil es die Nachhaltigkeit und das Zusammenleben in unserer Stadt fördert mit diesem Nutzungskonzept. Gleichzeitig sichert dieses Konzept den Stadtgarten auch als lebendigen, zukunftsfähigen Raum und erfüllt dieses Ziel. Besonders hervorzuheben ist die Buvette, LAB 17 GmbH, betrieben von Katrin Tiefenauer und Emmanuel Laryea. Nido heisst dieses Konzept. Ich bin gespannt, was mir denn da am Freitag blüht. Es ist ein charmantes Gastroangebot, das den Park bereichert.
Wir unterstützen das Konzept auch, weil es die Lebensqualität, die Nachhaltigkeit und die Gemeinschaft für alle Generationen und Bevölkerungsgruppen schafft. Und deshalb versprechen wir uns da auch ein bisschen Genuss. Danke vielmals.

Parlamentspräsident S. Kocher: Auch bei der GLP spricht noch das ehemalige UBK-Mitglied Nora Ernst anstelle von Annetta Steiner.

N. Ernst (GLP): Herzlichen Dank an die Stadtverwaltung und die verschiedenen Abteilungen, welche in die Neugestaltung unseres Stadtgartens involviert waren.
Wir haben es heute Abend schon gehört: Der neue Stadtpark, der neue Stadtgarten, macht viel Freude. Ich kann den Spielplatz, lieber Raphael, also nur empfehlen.
Wir begrüssen das neue Nutzungskonzept. Wir begrüssen es, weil es klare Regeln für die zukünftige Nutzung unseres Stadtgartens setzt. Aber, wie wir auch schon gehört haben heute Abend, weil es auch die nötige Flexibilität garantiert, die im Hinblick einer dynamischen Entwicklung dieses Orts in Zukunft auch nötig sein wird.
Im Gegensatz zur SP begrüssen wir die neue Buvette explizit. Wir begrüssen sie im Sinne einer Belebung des Stadtgartens und einer diversen Nutzung, neben den Orten, wo keine Konsumpflicht besteht.
Und alles in allem freuen wir uns sehr zu sehen, wie jetzt der Stadtgarten im kommenden Sommer zum Leben erwacht und wie dieser auch zukünftig sehr vielseitig genutzt werden kann. Danke.

Parlamentspräsident S. Kocher: Gut, dann haben sich die Voten aus dem Plenum erschöpft. Dann frage ich noch den Stadtrat…
Ach, doch noch, in letzter Sekunde noch Felix Helg.

F. Helg (FDP): Ich dachte, es kommt vielleicht noch ein Fraktionsvotum, aber das ist jetzt nicht gekommen.
Erlauben Sie mir eine kurze Ergänzung zu diesem Geschäft. Geduld braucht es in der Politik immer wieder. Dieses Geschäft ist ein Paradebeispiel dafür. Für 15 Jahre Geduld.
Ich habe nämlich mit einer Schriftlichen Anfrage im Jahr 2010 nach einem Gastronomie-Angebot im Stadtgarten gefragt (Geschäft 2010.131). Am 2. März 2011 hat der Stadtrat das Anliegen in Bausch und Bogen abgelehnt. So heisst es in der Antwort (ich zitiere): «Zusammenfassend ist jedoch festzuhalten, dass der Stadtrat keinen zusätzlichen Bedarf nach einem weiteren Gastronomie-Betrieb in Form eines Sommercafés ausmachen kann.»
Wenn man noch weiter recherchiert – ich habe das in damaligen Schriftlichen Anfrage aufgeführt -, so kommt man sogar auf – sage und schreibe – 76 Jahre Geduld. Die Idee eines Gastronomie-Angebots kursierte schon bei der früheren Gestaltung des Stadtgartens im Jahr 1950. Der damals zuständige Gartenarchitekt Walter Leder hat sich dort erfolglos dafür eingesetzt.
Umso mehr ist es eine Freude, dass jetzt – anfangs Juni – die Buvette im Stadtgarten ihren Betrieb aufnehmen kann. Man konnte dies ja jetzt auch in der Medienmitteilung der Stadt von letztem Freitag lesen.
Die Lehre daraus ist: Manchmal löst allein Geduld ein Problem.

Stadtrat St. Fritschi: Zuerst danke ich Daniela Roth-Nater. Sie hat alles richtig gesagt – mit Ausnahme der Weihnachtskarte. Mir ist diese Weihnachtskarte nicht bekannt, die sie aufgelegt hat. Ich hoffe, Du hast die richtige bekommen – diese habe ich nicht verschickt. Meine hatte eine Kelle dabei und es war eine Zeichnung auf der Karte. (*Daniela hält die Weihnachtskarte von Stefan Fritschi hoch und erklärt, dass sie diese von Hand hochgehalten hat während der Präsentation.)* Ah, das habe ich nicht gesehen, dann nehme ich alles zurück.
Ich wollte nur sagen: Das Wasserspiel, das man auf dem Foto gesehen hat, das Daniela Roth-Nater gezeigt hat, das ist in den nächsten Tagen dann auch zum ersten Mal zu sehen. Vielleicht sogar heute Abend – wir müssen noch schauen, ob es klappt. Das Wasserspiel, der Jet d'eau (da sind wir auch etwas bescheidener als Genf, er ist etwas kleiner), ist seit vier Tagen in Betrieb und da kommt jetzt noch die Beleuchtung dazu.
Das Wasser, das eine grosse Beliebtheit hat, ist auch schon über das Wochenende von vielen kleinen Kindern genutzt worden. Und für diejenigen, die sich dann wundern, dass es eine Verfärbung gibt: Der Stadtgarten hat auch sehr viele Elemente der Kreislaufwirtschaft, d.h. das Wasser, das in das Wasserbecken kommt, ist vom Dach des Altstadt-Schulhauses. Und das ist je nach Saison unterschiedlich gefärbt. Da müsst Ihr also keinen Stadtmeldungseintrag machen, wenn Ihr das Gefühl habt, es sei eine Verfärbung. Das ist saisonal vorauszusehen, einfach aufgrund der Pflanzen, die auf dem Dach sind und dann das Wasser verfärben. Kreislaufwirtschaft wird auch in der Buvette, die viele loben, zu sehen sein. Diejenigen, die Instagram haben: Geht auf nido.park und verfolgt das, wie diese Buvette in den letzten Tagen gebaut wird. Es ist nämlich interessant, Kreislaufwirtschaft wird dort hochgeschrieben. Heute haben sie zum Beispiel die Küche aus der Trevisano-Markthalle transportiert und in den Baucontainer, der auch ein Rezyklat ist, hineingebaut. Es ist also spannend zu verfolgen. Und selbstverständlich ist der Konsumzwang ausschliesslich auf die paar wenigen Tische und Stühle, die es dort hat, beschränkt. Aber es hat auch noch ganz viele Bänke rundherum, Lea Jacot muss also keine Angst haben, dass sie keinen Platz finden wird im Stadtgarten. Es ist also nicht so, dass man keinen Platz mehr haben wird, wenn man nicht konsumiert.
Es ist so, dass die Beleuchtung, die natürlich angesprochen wurde, und auch die Buvette, die sind auch ganz wichtig für die Sicherheitsbedürfnisse, die wir haben und die die SVP angesprochen hat. Und da kann ich auch Katrin Cometta zitieren, die sagte, dass Präsenz an die-

sem Ort im Stadtgarten ein ganz wichtiger Pfeiler ist für die Stadtpolizei. Das ist ein Schwerpunktsort und es wird auch in Zukunft nach wie vor auch eine grosse Präsenz der uniformierten Stadtpolizei haben, um dort subjektive und objektive Sicherheit hinzubringen.
Diejenigen, die etwas befürchten, weil jetzt Stadtgrün und Verwaltungspolizei involviert sind im Bewilligungsverfahren, denen kann ich zurückmelden, dass es eine sehr gute Zusammenarbeit ist. Und ich glaube, für die Kundschaft ist es bei der Bewilligung schlanker, wenn man nur an eine Stelle geht und dann die Garantie hat, dass es dann von den richtigen Stellen angeschaut wird. Das ist einfacher, als wenn die Kundschaft an zwei oder verschiedene Stellen gehen muss. Das soll die Kundschaft, also diejenigen, die eine Bewilligung verlangen, gar nicht merken. Das ist wichtig, dass das im Hintergrund läuft.
Für diejenigen, die den Spielplatz so loben (ich habe es von Nora Ernst und von Raphael Perroulaz gehört), denen muss ich empfehlen, wieder einmal in den Stadtgarten zu gehen, denn seit zehn Tagen hat es zwei Spielplätze. Ihr habt nur im Singular gesprochen. Es hat also zwei Spielplätze; ich finde den zweiten sogar noch attraktiver. Gerade für unser Alter ist der zweite Spielplatz noch ein bisschen attraktiver. Ich bin nachts beide testen gegangen, es hat mich niemand gesehen und ich blieb auch nicht hängen – die Rutschbahn kam nicht mit, als ich aufstand. Von daher lohnt sich das auch für grössere Kinder, dort einmal zu schauen, was man alles machen kann.
Ich hoffe, Ihr werdet alle Freude haben am Stadtgarten, das war ein wichtiges Ziel dieses Stadtgartens. Wir konnten nicht alle gleich befriedigen – als Beispiel die dritte Baumreihe, das war natürlich nicht im Interesse des Albanifestes, aber dafür hat man auch der anderen Seite den Kulturplatz, wo es einige Quadratmeter mehr gibt. Ein anderes Beispiel ist, dass ein Teil der Leute verärgert ist, dass das Konsumieren bei der Buvette nicht gratis ist oder dass man dort etwas zahlen muss. Das ist klar – aber daneben gab es einen neuen Brunnen. Das war auch ein grosses Bedürfnis, dass wirklich durstige Kinder und Erwachsene dort auch etwas trinken können ohne Konsumzwang. Es hat ganz viele Sachen, die wir abzudecken versucht haben mit diesem grossen Projekt.
Es hat sich bewährt, dass wir die ganze Zeit immer nur einen Drittel umgebaut haben und eine längere Zeit in Kauf genommen haben, so dass der Stadtgarten immer belebt werden konnte und dass er immer gebraucht werden konnte. Das hat sich auch gezeigt, gerade an diesem warmen Wochenende und auch im letzten Jahr: Das ist ein sehr wichtiger Ort für uns als Winterthur.
Diese Balance ist uns ganz wichtig und diese werden wir auch in Zukunft aufrechterhalten. Und wir danken für die grosse Zustimmung und die Bereitschaft, jetzt auf diesen Weg zu gehen und zu schauen, wie das Nutzungskonzept kommt und wie es sich lebt im Stadtgarten. Ich freue mich auf die nächsten Schritte, die jetzt in den nächsten Tagen wirklich eingeweiht werden.
Wir werden mit dem Kader des DTB am nächsten Montag in der Buvette einen Apéro nehmen. So kann ich garantieren, dass die Buvette mindestens am Montag offen sein wird. Vielleicht schafft sie es noch nicht bis am Samstag, aber am Montag sollten wir dann dort etwas trinken können, sonst haben wir es dann etwas trocken nächsten Montagabend.

Parlamentspräsident S. Kocher: Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag gemäss Weisung. Ich mache beliebt, dass wir über beide Ziffern gleichzeitig abstimmen.
A = Zustimmung, B = Ablehnung.
Abstimmungsergebnis: Das Resultat ist einstimmig, das ist mit 53:0 Stimmen angenommen.

3. Traktandum

Parl.-Nr. 2026.10: Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 16’060’000 für den Bau der Hauptversorgungsleitung im Wärmeversorgungsgebiet Oberwinterthur (Gebiet V10 gemäss kommunalem Energieplan) und für den Anschluss des Schulhauses Guggenbühl einschliesslich privater Liegenschaften entlang der

Hauptversorgungsleitung (Projekt-Nr. 5021450) als Teil des Rahmenkredits 20611_5000490

Parlamentspräsident S. Kocher: Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 16’060’000 für den Bau der Hauptversorgungsleitung im Wärmeversorgungsgebiet Oberwinterthur (Gebiet V10 gemäss kommunalem Energieplan) und für den Anschluss des Schulhauses Guggenbühl einschliesslich privater Liegenschaften entlang der Hauptversorgungsleitung (Projekt-Nr. 5021450) als Teil des Rahmenkredits 20611_5000490. Dafür übergebe ich gerne das Wort dem Referenten, Stefan Gubler.

St. Gubler (UBK): Ich darf Euch das Projekt präsentieren. Es geht da um 16 Millionen Franken für den Bau der Hauptversorgungsleitung im Wärmeversorgungsgebiet Oberwinterthur V10 und für den Anschluss der ersten Liegenschaften. Es geht um die Wärmeversorgung gemäss kommunalem Energieplan, Projektumfang und Umsetzungsstrategie, die Kosten, die Wirtschaftlichkeit, Ökologie, Risiken und Ausblick Nutzung der Abwärme des Rechenzentrums.
Die Wärmeversorgung gemäss kommunalem Energieplan: Wir sehen da P1, unten. Das ist das Wärmeversorgungsgebiet der Kehrichtverwertungsanlage (bestehend). V10, das man hier sieht, das ist das, um das es jetzt geht: Oberwinterthur. P9 ist der Quartierwärmeverbund Zinzikon mit der Holzschnitzelanlage und V17 das Wärmeversorgungsgebiet Guggenbühl.
Projektumfang: Das blaue Gebiet ist das, was schon erschlossen ist. Wir sehen die gelbe Linie, wo bereits bestehende Fernwärme besteht. Die rote Linie ist die Hauptversorgungsleitung, die dann durchgeht Richtung Oberwinterthur. Und die gestrichelt rote Linie ist der zukünftig geplante Ausbau, mit dem man die Holzschnitzelanlage Zinzikon mitanbinden möchte.
Die Umsetzungsstrategie: Ausbauschritt 1 ist der vorliegende Kreditantrag, das ist der Anschluss an die bestehende Fernwärmeleitung mit Energiekanal, Sulzerallee auf Höhe Im Link. Ausbauschritt 2 ist nicht Teil dieses Kreditantrags, das ist dann die Verlängerung der Hauptversorgungsleitung bis zur Holzschnitzelheizung Zinzikon, womit man dann auch das Gebiet V17 weiter erschliessen kann.
Eines der Probleme ist die Querung der SBB. Da gab es einen Vorvertrag mit der SBB, dass das auch möglich ist. Denn das ist immer das Problem mit der SBB, wenn man unter der SBB etwas machen möchte. So sieht das aus im Querschnitt, wenn wir da unter der Fahrbahn hindurchmüssen.
Die nächste Herausforderung ist die Querung der Eulach und der Frauenfelderstrasse, die wir ebenfalls queren müssen. Hier sieht man den Querschnitt.
Zu den Kosten: Die Projektierungskosten sind 575'300 Franken. Rohrleitungsbau sind 4.76 Millionen Franken, Tiefbau 9.15 Millionen Franken, Auskopplung Fernwärme 335'000 Franken, Eigenleistungen 355'000 Franken, Reserve Stadtrat 1.46 Millionen Franken, Total Bruttoinvestition sind 16'635'300 Franken. Davon gebundene Aufwendungen sind Null. Total neue Ausgaben 16'635'300 Franken, abzüglich des bewilligten und beanspruchten Projektierungskredites von 575'300 Franken ergibt den beantragten Kredit von 16'060'000 Franken.
Es hat vier verschiedene Ausbauvarianten und bei unserer Variante, über die wir jetzt sprechen, geht es um die Ausbauvariante 3. Man sieht da den orangen Teil, das ist der Teil, den das betrifft und bei dem man links unten die bestehenden Häuser sieht, bei denen es schon Absichtserklärungen gibt, dass sie sich an diesem Fernwärmenetz anschliessen wollen.
Wirtschaftlichkeit der Ausbauvariante 4: Annahme betreffend Anschlussentwicklung innerhalb von 20 Jahren: 64% des gesamten Absatzpotenzials zu erreichen. Der Betrachtungszeitpunkt beträgt 50 Jahre, was der Abschreibungsdauer der Rohrinstallationen entspricht. Erwarteter Erlös wäre 64'399'000 Franken. Ausgaben durch Betriebskosten, Abschreibungen und Zinsen: 65'170'000 Margen. Marge/Nettoerlös: Minus 770'000 Franken.
Wirtschaftlichkeit Ausbauvariante 3, über die wir jetzt sprechen: Annahme betriebliche Anschlussentwicklung innerhalb von 20 Jahren: 64% des gesamten Absatzpotenzials zu erreichen. Der Betrachtungszeitraum beträgt ebenfalls 50 Jahre, was der Abschreibungsdauer der

Rohrinstallationen entspricht. Erwarteter Erlös: 86'616'000 Franken. Ausgaben durch Betriebskosten, Abschreibungen und Zinsen: 78'382'000 Franken. Marge/Nettoerlös: 8'233'000 Franken. Vorverträge für Projekte, wie ich vorhin gesagt habe, im Gebiet E1: Unteres Bühl, Schulhaus Rychenberg, Römertorstrasse 147 – 151.
Wirtschaftlichkeit Ausbauvariante 1: Ebenfalls die gleichen Annahmen. Erwarteter Erlös: 126'569'000 Franken. Ausgaben durch Betriebskosten: 106 Millionen Franken. Marge/Nettoerlös: 20'417'000 Franken.
Ökologie: Betrachtungen mit Verdichtungsgrad von 64% in den Gebieten V10 und V17. Ausbauvariante 3 (über die wir sprechen): Wärmelieferung 13.6 Millionen kWh, das gibt eine CO_2-Einsparung pro Jahr von 2'900 Tonnen.
Ausbauvariante 1: 18.8 Millionen kWh, das gibt eine CO_2-Einsparung von 4'300 Tonnen.
Risiken: Zuerst finanzielles Risiko. Das bewährte Preissystem wird angewendet, deshalb darf davon ausgegangen werden, dass der angenommene Verdichtungsgrad von 64% erreicht wird. Zudem liegen bereits Absichtserklärungen und Vorverträge von Interessenten mit grossen Anschlussleistungen vor.
Technisches Risiko: Zu weiten Teilen erdverlegter Rohrleitungsbau ohne ausserordentliche Risiken. Für die Unterquerung Bahnlinie und Eulach konnten die Bauverfahren mit den Beteiligten festgelegt und damit die Kosten entsprechend im KV berücksichtigt werden.
Durchleitungsrechte: Für Abschnitte auf Privatgrund beziehungsweise falls eine Durchleitung verweigert würde, sind Reserven für aufwändigere Leitungsführungen im KV eingerechnet.
Altlasten: Für die allfällige Entsorgung von verschmutztem Aushubmaterial wurde für Gebiete, die im Kataster der belasteten Standorte eingetragen sind, wie auch für übrige Abschnitte (u.a. Schrebergärten) ein Betrag im KV berücksichtigt.
Archäologie: Die Kosten für die Begleitung durch die Kantonsarchäologie sind auf Basis einer Offerte von den Fachstellen Kantonsarchäologie und Kantonale Denkmalpflege des Amtes für Raumentwicklung in den KV eingeflossen. Falls ein Abschnitt archäologische Funde liefern sollte, bleibt das Risiko, dass der für das Projekt vorgesehene Zeitplan nicht eingehalten werden kann.
Aktueller Stand der Wärmenutzung Rechenzentrum:
Vertrag: Stadtwerk ist in Kontakt mit Vantage mit dem Ziel, noch 2026 einen Vorvertrag/Vertrag über die Abwärmenutzung abzuschliessen.
Technik: Für die Nutzung der Abwärme aus dem Rechenzentrum ist eine Wärmepumpen-Heizzentrale im Gebiet Neuhegi zu erstellen. Stadtwerk ist intensiv daran, mögliche Standorte zu evaluieren und planerisch voranzutreiben.
Das Wärmenetz Richtung Oberwinterthur inklusive der Kundenstationen ist so ausgelegt, dass später auf das tiefere Temperaturniveau umgestellt werden kann.
In der UBK kam dieses Geschäft 8:0 durch und deshalb ohne Diskussion. Merci.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Stefan. Das ist richtig, das ist ohne Diskussion vorangekündigt. Deshalb direkt die Frage an Stadtrat Stefan Fritschi, ob er noch etwas sagen möchte.

Stadtrat St. Fritschi: Danke vielmals für die gute Vorstellung. Es ist eines der wichtigen Puzzleteile zur Erschliessung der Fernwärme und der Wärmeversorgung der Stadt Winterthur.
Ich habe eigentlich gelernt, man solle nie in der wärmsten Jahreszeit solche Vorlagen bringen, denn dann hat man jeweils das Bedürfnis weniger, dass man eine Heizung hat. Aber ich glaube, in diesem Fall habt Ihr Verständnis, dass es sinnvoll ist, dass man diese Erschliessung macht, auch wenn es rundherum fast 30 Grad ist.
Ich danke für die breite Zustimmung.

Parlamentspräsident S. Kocher: Dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Verpflichtungskredit.
A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Auch hier mit 53 Stimmen einstimmig angenommen.

4. Traktandum
Parl.-Nr. 2026.9: Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 7’500’000 für die Erschliessungsetappe «Neuwiesen II» im Wärmeversorgungsgebiet V4 durch Erweiterung des Quartierwärmeverbunds Sulzer Stadtmitte (Projekt-Nr. 5020720)

Parlamentspräsident S. Kocher: Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 7’500’000 für die Erschliessungsetappe «Neuwiesen II» im Wärmeversorgungsgebiet V4 durch Erweiterung des Quartierwärme-verbunds Sulzer Stadtmitte (Projekt-Nr. 5020720). Dieses Mal geht das Wort an die Referentin Nora Ernst.

N. Ernst (UBK): Ich stelle Euch den zweiten Kredit von Stadtwerk heute Abend vor; denjenigen für 7.5 Millionen für die sogenannte Erschliessung «Neuwiesen II». Weil wir doch diverse neue Parlamentsmitglieder haben, erlaube ich mir, für den grösseren Zusammenhang kurz ein bisschen hinauszuzoomen.
Der Wärmenetzausbau ist eines der zentralen Infrastrukturprojekte der Stadt und von Stadtwerk. Fossile Heizungen werden dabei Schritt für Schritt durch Fern- und Quartierwärme ersetzt. Die Energiequelle ist dabei hauptsächlich unsere KVA in der Grüze beziehungsweise natürlich deren Abwärme.
Zum Kredit, den wir heute Abend gemeinsam anschauen: Wie schon gesagt ist das die Erschliessungsetappe Neuwiesen II und diese ist Teil des grösseren Versorgungsgebiets V4, das wir ebenfalls schon gesehen haben. Es hat hier eine Karte zur Orientierung, damit Ihr wisst, wo in der Stadt wir ungefähr sind. Die grosse Strasse, die quer durch das Versorgungsgebiet V4 geht, ist die Wülflingerstrasse. Unten in Blau seht Ihr die Eulachhallen und in Gelb die Schützenwiese. Das gesamte Rote ist V4 und in Gelb eingefärbt seht Ihr die erste Erschliessungsetappe, Neuwiesen Süd. Das ist das Projekt, das im letzten Jahr (Ende 2025) abgeschlossen wurde. Bei der Fertigstellung von Neuwiesen Süd hat man Kammern erstellt, die nun den nahtlosen Weiterbau der damals schon antizipierten Erschliessungsetappe Neuwiesen II ermöglichen, die damals schon so mitgedacht wurden, als man Neuwiesen Süd baute.
Was ist der jetzige Projektumfang von Neuwiesen II? Das sind die beiden Haupttrassees, welche das Schulhaus Wülflingerstrasse, die Eulachhallen, einen privaten Kindergarten und die kantonalen Dreifeldsporthalle erschliessen. Die Wärmeleistung der gesamten Ankerkunden beträgt 1'100 kW. Es ist vorgesehen, dass auch eine kleinere Anzahl von weiteren Liegenschaften gleichzeitig mit der Erstellung der Haupttrassees erschlossen werden.
Zur Umsetzung: Der Baustart ist für 2028 geplant und wegen einem anstehenden Heizungsersatz bei der Eulachhalle erfolgt zuerst (bis 2029) der Bau des Teilabschnitts in Richtung Wartstrasse. Der zweite Teilabschnitt zum Schulhaus Wülflingerstrasse soll dann 2030 fertiggestellt werden.
Auch da eine Kostenübersicht. Ihr seht es hier im Detail aufgeschlüsselt: Der Grossteil der Kosten entsteht natürlich im Tiefbau selbst und in den Rohrleitungsbauarbeiten. Daneben sind die Ingenieurhonorare und auch Elektroarbeiten wichtige Kostenbestandteile. Auch da, wie in allen Projekten von Stadtwerk, haben wir diese Reserven für Unvorhergesehenes, welche mit in den Projektierungskredit eingerechnet sind.
Zu den Risiken, welche dieses Projekt mit sich bringt: Sie werden, so darf ich das wohl sagen, alles in allem als relativ überschaubar eingeschätzt. Das finanzielle Risiko ist gering. Es wird ein bewährtes Preissystem angewendet, das man schon kennt. Und es kann davon ausgegangen werden, dass mit dem angenommenen Verdichtungsgrad von 60% das finanzielle Risiko minimiert werden kann.

Es gibt ein gewisses technisches Risiko bei Rohrleitungsbau innerhalb öffentlicher Strassen. Auch da ist aber die Einschätzung von Stadtwerk, dass es nichts Ausserordentliches gibt, das man erwähnen muss.
Und auch bezüglich Durchleitungsrechten sieht es relativ gut aus, weil die Haupttrassees nach heutigem Planungsstand ausschliesslich in öffentlichem Grund verlaufen, was natürlich die Planungssicherheit erhöht.
Zur Ökologie: Auch da erreichen wir mit der Umstellung auf Fernwärme CO_2-Einsparungen, laut der heutigen Prognose liegen diese für Neuwiesen II bei 1'870 Tonnen CO_2.
Die UBK hat sich diesen Projektierungskredit in zwei Lesungen, in zwei Sitzungen, angeschaut; am 16. Februar und am 16. März dieses Jahres. Die Kommission hat dem Kreditantrag von Stadtwerk auch hier einstimmig mit 8:0 Stimmen zugestimmt. Danke.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Nora. Auch dieses Geschäft war angekündigt ohne Diskussion im Plenum. Somit nochmals die Frage an Stefan Fritschi, ob er noch etwas sagen möchte? – Nein.
Dann kommen wir direkt zur Abstimmung.
A = Zustimmung, B = Ablehnung.
Abstimmungsergebnis: Mit 51 Zustimmungen und 2 Ablehnungen wurde diesem Geschäft zugestimmt.

5. Traktandum
Parl.-Nr. 2025.137: Teilrevision der Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur vom 31. Oktober 2005 (SRS 6.1-1): Aufhebung der Produktegruppen-Rücklagen

---

Parlamentspräsident S. Kocher: Teilrevision der Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur vom 31. Oktober 2005 (SRS 6.1-1): Aufhebung der Produktegruppen-Rücklagen. Auch da übergebe ich gerne das Wort dem Referenten aus der Aufsichtskommission, Michael Zundel.

M. Zundel (AK): Vielen Dank an das Finanzamt für das Bereitstellen der Folien. Ich freue mich persönlich sehr, diese Vorlage vorstellen zu dürfen, als abtretender Referent des Finanzamtes – jetzt bin ich zum ersten Mal da vorne. Es geht nämlich um die Teilrevision der Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur vom 31. Oktober 2005, kurz um die Aufhebung der Produktegruppen-Rücklagen.
Der Hintergrund: Grundsätzlich geht es bei diesen Produktegruppen-Rücklagen (wie auch allgemein im WOV) um ein betriebswirtschaftliches Denken.
Es soll ein Anreiz geschaffen werden für den effizienten Einsatz von Mitteln. Nicht ausgeschöpfte Mittel werden in Rücklagen der einzelnen PGs eingelegt. Um das einmal etwas zu verbildlichen, hat uns das Finanzamt ein Beispiel mitgebracht mit einer Beispielproduktegruppe mit einem Globalkredit von 5 Millionen. Die haben ein Ergebnis von 4.9 Millionen erwirtschaftet. Somit haben wir eine Bruttozielabweichung von 100'000 Franken. Dann kommen 50'000 Franken an exogenen Faktoren dazu. Die exogenen Faktoren sind rechts winzig aufgelistet, die könnt Ihr Euch mal durchlesen und dann seht Ihr, dass es zum Teil komplex ist, diese zu berechnen. Somit kommen wir zu einer Nettozielabweichung von 150'000 Franken. Und von diesen 150'000 Franken kann man nicht alles einfach so auf die Seite legen, sondern es gibt einen generellen Einlagesatz, den wir einmal im Parlament beschlossen haben. Das ist im Moment 5%. 5% von 150'000 Franken sind noch 7'500 Franken. Von diesen 7'500 Franken kann aber auch nicht alles so auf die Seite gelegt werden, sondern das wird dann noch berechnet aufgrund des individuellen Einlagesatzes, der je nach Grad der Zielerreichung dieser Produktegruppe berechnet wird. In diesem Beispiel wären das jetzt 75%. 75%

von 7'500 Franken sind 5'625 Franken, die dann in diesem Jahr in der Rechnung auf die Seite gelegt werden könnten, um dann später verwendet werden zu können.
Es gibt noch ein paar Besonderheiten und Limitationen, auf die ich nicht im Detail eingehe. Aber grundsätzlich ist nicht jede Produktegruppe qualifiziert dafür und es gibt auch eine Limite – man kann nicht unendlich Geld auf die Seite legen.
Die Verwendung ist eigentlich klar definiert: Damit kann man ein Minus einer Produktegruppe decken oder bereits definierte Aufgaben oder Projekte einer Produktegruppe damit finanzieren, aus den Rücklagen, die man gebildet hat. Und bei den Zuwendungen bezüglich Personal ist alles gemäss Personalrecht geregelt.
Diese Änderungsverordnung kommt ja auf uns zu, weil das Finanzamt damit eine gewisse Problematik sieht: Es bestehe ein Risiko, dass man zu grosszügig budgetieren würde, was nicht erwünscht ist. Eigentlich sollten ja keine Reserven benötigt werden für die Aufgabenerfüllung einer Produktegruppe. Somit wurde das ganze Konzept ein bisschen hinterfragt. Sowie auch, wie vorhin erwähnt, das aufwändige Verfahren bezüglich exogener Faktoren bei jeder einzelnen Produktegruppe jedes Jahr auszurechnen, das ist ein ziemlicher Aufwand für das Finanzamt selbst.
Was würde passieren, wenn wir diese Vorlage annehmen würden? Dann gäbe es eine Übergangszeit. Die Einlagen würden per sofort enden, denn bei der nächsten Rechnung 2026 würden diese dann sozusagen nicht mehr wachsen. Die einzelnen Produktegruppen, die solche Einlagen haben, dürften diese bis Ende 2028 noch beziehen. Um hier eine Übersicht zu bringen: Aktuell sind ca. 4.5 Millionen an solchen Reserven oder Rücklagen über alle PGs, die solche bilden dürfen, in der Bilanz der Stadt. Falls es Ende 2028 noch immer solche Beträge gäbe, würden diese einfach der städtischen Allgemeinkosten gutgeschrieben.
Diese Vorlage hat hauptsächlich das mit den Produktegruppen-Rücklagen drin; sowie auch kleinere Anpassungen bezüglich Produktegruppe-Namensänderungen, v.a. Ombudsstelle und Datenschutzstelle, die aufgeteilt wurden; sowie auch die Publikation von gebundenen Ausgaben, die neu im Gemeindegesetz geregelt sind. Und das wäre dann eigentlich schon die ganze Teilrevision.
Die Aufsichtskommission empfiehlt die Vorlage des Stadtrates mit 10:1 zur Annahme.
Besten Dank.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke. Dann kommen wir zur Diskussion im Plenum. Zuerst gebe ich das Wort Felix Helg (FDP).

F. Helg (FDP): Ich stelle für die FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag, und zwar im Wesentlichen aus vier Gründen.
Erstens: Die Produktgruppen-Rücklagen sind ein zentrales Element einer wirkungsorientierten Verwaltung (WOV). Die Rücklagen wurden ursprünglich als «Kernelement» von WOV beurteilt. Es sollte ein unternehmerischer Spielraum für die einzelnen Produktegruppen bestehen und ein Anreiz für einen wirtschaftlichen und verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern geschaffen werden.
Daran mag ich mich selbst noch gut erinnern, als die WOV-Prinzipien in Winterthur eingeführt wurden. Es ist aber nicht nur meine Erinnerung, sondern man kann das auch Schwarz auf Weiss nachlesen. So heisst es zum Beispiel in der Weisung 2004.39 zur Einführung der wirkungsorientierten Verwaltung nach einem mehrjährigen Pilotbetrieb wortwörtlich: «Diese Reserven sollen grundsätzlich beibehalten werden, da sie von allen Piloten geschätzt werden und diese Möglichkeit als Motivator anzusehen ist.»
Insofern fragt es sich ernsthaft, warum dieses «Kernelement» nun voreilig beseitigt werden soll.
Man kann natürlich auch umgekehrt fragen: Wenn aus heutiger Sicht Rücklagen sinnlos sein sollten, weshalb haben dann die Pioniere einer WOV-basierten Budgetierung und Rechnungslegung vor rund 25 Jahren solche Rücklagen propagiert?
Zweitens: Statt einer generellen Abschaffung der Rücklagen wäre über eine Modifikation zu diskutieren.

Die FDP verschliesst sich einer breiter gefassten Diskussion zu den Rücklagen in einem Prozess, der auch andere WOV-Elemente umfasst, nicht. Allenfalls wären Optionen denkbar, die differenziert nach Produktegruppen ausgestaltet würden, anstelle einer pauschalen Abschaffung. Wenn ein Instrument Schwächen aufweist, sollte man es zuerst verbessern und nicht einfach ersatzlos streichen. Im Übrigen hätte man auch danach fragen können, wie es andere Gemeinden machen, die mit WOV budgetieren.
Drittens: Die Abschaffung der Rücklagen ist keine rein formelle Sache «so nebenbei», sondern sie beeinträchtigt die Rechte des Parlaments.
Die Revision schränkt die Rechte des Parlaments ein. So kann es eben gerade nicht mehr die Anwendung des unternehmerischen Spielraums in den einzelnen Produktegruppen prüfen. Es kann dementsprechend auch nicht mehr mit der Abnahme der Jahresrechnung für die positiven und negativen Nettozielabweichungen je einen generellen Einlage- und Entnahmesatz beschliessen.
Wenn seitens des Finanzdepartements vorgebracht wird, dass die parlamentarische finanzielle Steuerung von der Abschaffung der Rücklagen nicht berührt wird, ist das aus unserer Sicht ein unzutreffender Schluss.
Viertens: Die Vorlage kommt zur Unzeit. Eigentlich macht es wenig Sinn, ein doch zentrales Element einer WOV-Budgetierung gerade jetzt abzuschaffen, wo der Prozess für eine gründliche Überarbeitung der gesamten WOV-Budgetierung eben erst gerade mit externer Unterstützung aufgegleist wurde. Das scheint mir auf der Zeitachse so nicht ganz aufzugehen.
In der Kommissiondiskussion wurde gesagt, dass die Situation je nach Produktegruppe unterschiedlich ist. Wenn wir künftig mit der Überarbeitung der WOV-Budgetierung auch die Zahl und Struktur der Produktegruppen besprechen, so würde dann Gelegenheit bestehen, die Rücklagen-Problematik zu behandeln.
Die Dringlichkeit der Vorlage überzeugt nicht, nachdem das System der Rücklagen über rund 20 Jahre praktiziert wurde. Es war nie Gegenstand einer parlamentarischen Budget- und Rechnungsdebatte. Ausserdem ist die Finanzhaushaltverordnung verschiedentlich geändert worden. Und nie waren bislang die Rücklagen ein Thema.
Zusammengefasst: Wahrscheinlich bin ich da ein einsamer Rufer in der Wüste, aber ich kann es nur nochmals wiederholen: Mit der Abschaffung der Rücklagen geht ein wichtiges Signal verloren; das Signal, dass sich wirtschaftliches Handeln lohnt. Die Philosophie von WOV wird mit dem Antrag des Stadtrates anders. Dazu bietet die FDP-Fraktion nicht Hand.
Besten Dank.

Ch. Hartmann (SVP): Die SVP ist der Ansicht, dass man diese Verfahrensvereinfachung, welche der Stadtrat vorschlägt, unbedingt machen muss. Es besteht nämlich zum einen das Risiko der zu grosszügigen Budgetierung. Man kann dann einen Teil zu viel budgetieren, nicht ganz alles brauchen – und dann kann man damit etwas Schönes machen. Und es ist nicht grundsätzlich ein Problem, dass die Budgets zu knapp sind.
Zum anderen ist dann die Verwendung dieser Gelder eingeschränkt. Sie sind nämlich für den gleichen verwaltungstechnischen Zweck zu brauchen wie das Budget grundsätzlich. Und aus dieser Sicht gibt es eigentlich keinen Grund, weshalb man nochmals einen Topf für das Gleiche zur Verfügung stellen soll.
Es ist dann auch noch interessant, wenn man schaut, was denn so gemacht wird mit diesen Produktegruppen-Rücklagen. Das könnt Ihr auch, sie sind in der Produktegruppe in der Rechnung 2025 im Buch B. Dort ist das jeweils aufgeführt. Und das geht von Ostergeschenken, gegen die ich nichts habe, bis dazu, dass man Bilder kauft, um irgendwie den Raum zu verschönern. Ob dann das noch die gleichen Aufgaben sind, ist eine andere Frage. Man könnte es aus dem Budget nehmen von daher, aber es ist irgendwie… Es braucht das nicht.
Und dann, was für mich der ausschlaggebende Punkt war in der Diskussion, auch in der Fraktion, das ist der Betriebsaufwand. Der Referent hat es gezeigt: Das sind etwa zehn Punkte, die man für jede Produktegruppe berücksichtigen kann und muss, berechnen, korrigieren, hinauf und herunter. Und wir sind der Meinung: Wenn man den bescheidenen Output anschaut, den das bringt, dann darf man auf keinen Fall so viel Arbeit hineinstecken.

Ich habe die Voten von Felix gehört. Und ich verstehe den Ansatz, dass man ein betriebswirtschaftliches Instrument zur Selbststeuerung schaffen möchte. Nur: Wenn ich mich selbst zitieren darf aus einer der Budgetdiskussionen: WOV in der Art, wie wir es kennen, ist gescheitert. Und dieses Instrument, das wir da haben, das hat man vor 20 oder 25 Jahren auch in der Privatwirtschaft probiert einzuführen. Ich habe selbst solche Systeme entwickelt und eingeführt. Und ich muss sagen: Sie sind auch dort gescheitert. Es ist zu aufwändig, es ist zu akademisch, zu theoretisch, es ist in der Praxis meiner Meinung nach nicht nötig. Und es erstaunt mich jetzt ein bisschen, dass ausgerechnet die FDP einen solch komplexen Prozess am Leben erhalten möchte.
Ich bin auch der Meinung, dass wir im Rahmen der Diskussion, die wir jetzt mit WOV haben, solche Diskussionen führen kann. Wenn man ein gutes Instrument findet in diesem Umfeld, habe ich auch nichts dagegen, wenn man es nochmals probiert. Aber ein gutes Instrument muss für mich Wirkung haben und muss einen bescheidenen oder einen angemessenen Betriebsaufwand auslösen.
Was auch noch interessant war: Dieses Instrument war in der AK weitgehend unbekannt, als wir das diskutiert haben. Das mag natürlich ein Fehler der Kommission sein - es ist aber auch so, dass dieses Parlament hier jedes Jahr einen Entnahmesatz genehmigt im Rahmen der Rechnung, einmal im Jahr. Und da stimmen wir wahrscheinlich jeweils über etwas ab, von dem ad hoc nicht mancher hier drinnen erklären könnte, was es ist.
In dem Sinne sind wir der Ansicht, dass man diese Vereinfachung machen muss. Wenn es etwas Einfacheres gibt, das einen ähnlichen Zweck erfüllt, können wir das sehr wohl diskutieren.
Wir stimmen dem Antrag des Stadtrats zu.

M. Zundel (Grüne/AL): Ich halte mich kurz: Wir von den Grünen/AL stimmen dem Antrag des Stadtrats auch zu. Mit der einfachen Begründung: Eine so grosse Stadt wie Winterthur ist eben kein Unternehmen, deshalb muss man auch nicht versuchen, sie zu führen wie eines. Und wie wir vorhin gehört haben, ist es auch nicht einfach, in einem Unternehmen solche Anreize zu schaffen. Und wir haben jetzt, wo wir es in der Aufsichtskommission kennengelernt haben, diese Methodik auch nicht für allzu sinnvoll erachtet.
Und zum anderen konnten wir die Argumente des Finanzamts durchaus nachvollziehen, dass mit diesen exogenen Faktoren ein sehr grosser Aufwand für sie entsteht mit halt relativ wenig ersichtlichem Nutzen.
Ich habe mich im Kanton Zürich ganz oberflächlich umgeschaut und habe bei anderen Städten gesehen, dass diese das zum Teil auch schon gestrichen haben, diese Funktion bzw. diesen Teil des WOV.
Und wir haben bei der Beratung, die wir bezüglich der Weiterentwicklung des WOV geführt haben mit der externen Agentur, DEN Mister WOV, Herrn Haldenmann, dazu befragt. Und er meinte, es sei okay. Es ist also nicht so wichtig, dieses Feature in seinem WOV drinzuhaben.
Somit, wie gesagt am Anfang: Die Grüne/AL stimmt dem Antrag des Stadtrates zu.

M. Gnesa (SP): Mit der Möglichkeit der Produktegruppen-Rücklage wollte man ursprünglich einen Anreiz setzen, die Mittel möglichst wirtschaftlich einzusetzen, indem die Rücklagen auch in späteren Jahren verwendet werden können. Ziel war also, einen Anreiz für unternehmerisches Denken in den Produktegruppen zu setzen, und zwar mit der Schaffung der Rücklage-Möglichkeit als eine Art Belohnung.
Nun wird der Antrag auf Aufhebung gestellt und im Wesentlichen begründet mit folgenden Argumenten: Zunächst mit der wichtigen Feststellung, dass das Instrument der Produktegruppen-Rücklagen die ursprüngliche Intention nicht erzielen konnte. Im Gegenteil, es schafft Fehlanreize; es wäre zielgerichteter, den effizienten Einsatz von Mitteln zu budgetieren. Leistungen werden unter Einsatz von Steuergeldern erbracht, dieser Anreiz sollte ausreichend sein.

Wir haben es auch schon gehört: Das Instrument ist kompliziert, verursacht einen hohen Administrativaufwand. Und mit seinem Antrag will der Stadtrat also eine Vereinfachung der administrativen Abläufe und auch mehr Transparenz bewirken.
Und dann, finanzrechtlich gesehen, besteht für dieses Instrument keine Notwendigkeit, wie die Erfahrung eben gezeigt hat. Die Rücklagen dürfen ja nur zur Erfüllung der regulären Aufgaben der Produktegruppe verwendet werden, wie der Globalkredit. Daraus folgt, dass alle durch Rücklagen finanzierten Aufgaben in den Globalkredit einberechnet und ordentlich budgetiert werden können.
Die Argumente des Stadtrates sind für uns überzeugend. Uns überrascht, dass es so lange gegangen ist, bis klar wurde, dass die Arbeit in der Stadtverwaltung mit diesem Instrument nicht überzeugend gefördert oder unterstützt wird. Wir glauben auch nicht, dass Anpassungen die vorhin genannten Argumente für die Aufhebung der Produktegruppen-Rücklagen die grundlegenden Mängel aufwiegen können. Eine Produktegruppe strebt ja nicht – anders als ein Privatunternehmen – einen Gewinn an. Eine Produktegruppe hat einen Auftrag zu erfüllen und ihre Leistung wird also nicht danach gemessen, ob sie einen Gewinn generiert. Hier wurde eine Budgetunterschreitung mit einem Gewinn gleichgesetzt, wie der Stadtrat zu Recht betont, und das ist methodisch nicht ganz überzeugend.
Also, es geht nicht darum, Gewinne zu generieren, sondern Aufgaben und Ziele einer Produktegruppe und die dafür nötigen Mittel möglichst genau zu bestimmen.
Wir sind mit der Aufhebung der Produktegruppen-Rücklagen einverstanden. Die parlamentarische Steuerung durch den Globalkredit und die parlamentarischen Zielvorgaben werden dadurch unserer Meinung nach nicht berührt.
Den Ablehnungsantrag unterstützen wir nicht.

F. Kramer-Schwob (EVP/EDU): Es wurden schon viele gute Gründe genannt, weshalb wir diese Produktegruppen-Rücklagen abschaffen können.
Einen, den wir auch noch überzeugend finden, ist, dass wir als Stadt zweckfreies Eigenkapital brauchen. Und was wir da anhäufen mit diesen Produktegruppen-Rücklagen, das ist zweckgebundenes Eigenkapital. Das sind eben die Kässelis der Produktegruppen, die uns als Stadt keine Vorteile bringen.
Natürlich soll jetzt die ganze Sache nicht dazu führen, dass Ende Jahr das Geld ausgegeben wird, weil man es halt noch hat und nicht mehr für sich selbst brauchen kann – das wäre der neue mögliche falsche Anreiz. Das wollen wir natürlich nicht, aber wir sind optimistisch, dass das gut kommt.
Diese Produktegruppen-Rücklagen, Felix, stellten wir schon vor vielen Jahren immer wieder mal in Frage, so habe ich es in Erinnerung. Und eigentlich bin ich eher erleichtert, dass der Stadtrat das jetzt auch so sieht. WOV heisst ja eigentlich im Kern, dass wir nicht jeden budgetierten Kugelschreiber sehen wollen, sondern dass wir lieber mit Globalbudgets arbeiten möchten. Und so, in diesem Sinne, schaffen wir WOV noch längst nicht ab – und haben es auch nicht vor. Wir bleiben sicher an WOV dran, um das zu verbessern.
Ich glaube auch nicht, dass unsere Rechte als Parlament jetzt derart eingeschränkt werden. Ich bin sonst auch sehr für die Stärkung der Rechte des Parlaments, aber gerade weil der Einlagesatz meistens ohne Kommentar durchging, glaube ich nicht, dass das jetzt ein grosser Verlust sein wird.
Gerade jetzt haben wir also die Chance, an unserer ganzen WOV-Überarbeitung einmal etwas konkret werden zu lassen, und deshalb stimmen wir diesem Geschäft gerne zu.

J. Guddal (GLP): Ich halte mich ganz kurz, denn wir haben schon alle Gründe gehört. Unsere Haltung ist wie folgt: Wenn der Stadtrat sagt, das sei nicht das richtige Steuerungsinstrument für ihn und auch nicht wirklich zielführend, dann unterstützen wir seine Meinung und folglich auch seine Anträge. Danke.

Parlamentspräsident S. Kocher: Dann noch die Frage, ob der Finanzvorsteher Kaspar Bopp noch das Wort wünscht? – Du hast das Wort, Kaspar. – Entschuldigung. Felix ist wie

immer – nein, nicht wie immer, aber heute schon zum zweiten Mal – noch ganz schnell dazwischen gegrätscht. Entschuldigung, Kaspar. Dann geht das Wort nochmals an Felix.

F. Helg (FDP): Dass ich etwas spät komme, hat mit Höflichkeit zu tun. Ich dachte, es käme noch ein Fraktionsvotum, es haben ja nicht alle Fraktionen gesprochen. Und ich wollte dieses natürlich abwarten und nicht dazwischen preschen. Ich bedanke mich für die Worterteilung und den Kollegen und Kolleginnen für ihre Voten.
Es gibt da natürlich auch eine gemeinsame Basis, dessen verschliessen wir uns nicht. Christian Hartmann sagte, es gäbe einen zu grossen Aufwand, man müsse etwas Einfacheres machen. Marilena Gnesa hat auch für Vereinfachung plädiert. Dem verschliessen wir uns nicht. Aber diese Diskussion kommt zu einem etwas falschen Zeitpunkt. Nachdem (das wurde auch in der Diskussion gesagt) wir uns jetzt ja im Parlament oder in der AK intensiver um die WOV-Problematik kümmern und da auch Verbesserungen hinbringen wollen, da ist es einfach der falsche Zeitpunkt, dieses Element herauszubrechen und jetzt in das Parlament zu tragen und darüber abzustimmen, nachdem wir sagten, wir haben nachher noch die grösseren Debatten, wie wir dieses WOV ausgestalten. Von daher finde ich es nach wie vor – ich bin immer noch der einsame Rufer in der Wüste - den falschen Weg. Besten Dank.

Parlamentspräsident S. Kocher: Besten Dank. Dann gerne das Wort an Kaspar Bopp, zum zweiten.

Stadtrat K. Bopp: Ganz kurz möchte ich auch noch etwas sagen dazu. Es ist natürlich so, wir haben jetzt rund 20 Jahre Erfahrung sammeln können mit diesem Instrument und wir haben festgestellt oder es hat sich gezeigt, dass es die angestrebte Wirkung nicht erzielt, sondern dass es im Gegenteil Fehlanreize hat und eben auch, das ist immer ganz wichtig, einen hohen administrativen Mehraufwand mit sich bringt.
Ich möchte es ganz kurz auch nochmals mit meinen Worten erläutern. Warum wirkt es nicht? Was sich einfach zeigt, unterjährig - und gerade dann, wenn das Parlament einen engen Budgetrahmen setzt und das auch zu Recht macht –, dann bleibt unterjährig gar kein grosser Spielraum, um die Leistungen, die man erbringt, sehr viel günstiger zu erbringen. Jetzt ist aber das Problem daran, dass der Anreiz, der mehrfach erwähnt wurde, nicht nur im laufenden Jahr wirkt, sondern auch schon wieder in der Budgetierung. Und es ist natürlich so, dass die Budgets nicht mit dem Anspruch erstellt werden sollten, möglichst unterschritten zu werden – sondern mit dem Anspruch, möglichst präzise zu sein. Und genau darin haben wir den Fehlanreiz. Wir möchten, dass möglichst präzise Budgets erstellt werden.
Es wurden die grossen Unterschiede zwischen den Produktegruppen erwähnt, das ist sicher auch ein Punkt. Aber neben diesen methodischen oder Anreiz-Themen gibt es auch einen finanzrechtlich-technischen Aspekt, auch das wurde schon erwähnt: Produktegruppen-Rücklagen können nur für die Ausgaben verwendet werden, für die auch der Globalkredit verwendet werden kann; respektive die Auflösung einer solchen Rücklage führt zu einer Erhöhung des Globalkredits. Und dort ist die weitere falsche Annahme von Felix Helg, dass das das Parlament einschränkt, wenn man diese Einlage- und Entnahmesätze nicht mehr festlegen kann: Das Gegenteil ist der Fall. Diese Reserve ermöglicht es nämlich heute der Produktegruppe, am Parlament vorbei zusätzliche Ausgaben zu tätigen. Wenn man diese Produktegruppen-Reserven oder -Rückstellungen ablehnt, ist dieser Effekt weg. Es gibt einfach nur noch den Globalkredit, der vom Parlament beschlossen wurde.
Ja, wir man es dem Winti-Brief entnehmen konnte und vielleicht auch gehört hat, hat es mich letzte Woche ins Bett gehauen. Da konnte ich Medikamente nehmen, Paracetamol, das hilft natürlich in diesem Moment. Es hat auch Nebenwirkungen. Aber in dem Moment, in dem ich feststelle, dass ein Medikament nicht mehr wirkt, höre ich auf, es zu nehmen – auch wenn die Nebenwirkungen vielleicht nicht so gross sind. Da würde Felix Helg auch nicht zu mir sagen: «Ja komm, nimm es noch ein bisschen weiter, die Nebenwirkungen sind ja nicht so gross.» Und er würde vielleicht auch nicht sagen: «Es ist jetzt der falsche Moment, um es nicht mehr zu nehmen. Die Pharmahersteller sind gerade daran, ein neues Medikament zu entwickeln.

Nimm es jetzt noch ein bisschen weiter und dann kannst Du später dann das neue Medikament nehmen, wenn das da ist.» Nein, selbstverständlich hört man dann auf, wenn die Wirkung nicht da ist, nimmt die Nebenwirkungen nicht mehr in Kauf - und kann jederzeit wieder anfangen, wenn es ein neues Medikament gibt, das wieder wirkt.
Deshalb bin ich froh, dass das weitgehend positiv aufgenommen wurde und danke für die Zustimmung zu diesem Antrag.

Parlamentspräsident S. Kocher: Wir kommen zur Abstimmung gemäss Weisung.
A = Zustimmung, B = Ablehnung.
Abstimmungsergebnis: Mit 46:7 ist dieser Antrag angenommen.

6. Traktandum
Parl.-Nr. 2025.142: Kommunale Volksinitiative «Ja zu weniger Schulden»

Parlamentspräsident S. Kocher: Kommunale Volksinitiative «Ja zu weniger Schulden». Da gebe ich das Wort zuerst Christian Hartmann als zuständigem Referenten.

Ch. Hartmann (AK): Was will die Volksinitiative «Ja zu weniger Schulden»? Ein Einleitungsartikel, der für den schonenden Umgang mit Ressourcen plädiert und einen Rahmen fordert für gesamtstädtische Politik mit einem besonderen Blick auf die Schulden. Und dann konkret: Im Rahmen der Zuständigkeit strebt die Stadt an, die Nettoverschuldung innerhalb von jeweils acht Jahren um 200 bis 300 Millionen Franken zu reduzieren, und zwar so lange, bis die Schulden maximal den Steuereinnahmen eines Jahres entsprechen.
Der Zeitraum von acht Jahren kann mehrmals durchlaufen werden. Also jeweils innerhalb von acht Jahren 200 bis 300 Millionen, und das mehrmals, bis die Schulden nicht mehr höher sind als die einfachen ordentlichen Steuereinnahmen.
Und dann einschränkend: Die Nettoverschuldung soll dabei durch Ausgabenkürzungen reduziert werden oder direkter: Nicht durch Steuererhöhungen.
Die Aufsichtskommission hat das in ungefähr vier Lesungen diskutiert. Es ist im Detail ziemlich komplex: Welche Kennzahlen richtig sind, was die Auswirkungen sind usw. Insgesamt kam die Aufsichtskommission zum Schluss, dass die Nettoschulden begrenzt nützlich erscheinen als Kennzahl, weil dabei nicht zwischen den Schulden des Steuerhaushalts und denjenigen der Eigenwirtschaftsbetrieben unterschieden wird und unterschieden werden kann. Die Schulden des Steuerhaushalts sind etwas, das durch die Steuereinnahmen finanziert wird; währenddem die Schulden der Eigenwirtschaftsbetriebe durch die Gebühren zu finanzieren sind. Und wenn man jetzt ausschliesslich auf die Nettoschuld abstellt und die Steuereinnahmen, dann würde das bedeuten, dass die Schulden des Steuerhaushalts und der Eigenwirtschaftsbetriebe beides miteinander durch die Steuereinnahmen finanziert werden müssten.
Das hat auch zur Folge, dass die hohen Investitionen, die in den Eigenwirtschaftsbetrieben anstehen (um zwei Stichworte zu nennen: Kehrichtverbrennung und Abwasserreinigungsanlage) so nur noch schwer gestemmt werden könnten.
Wenn man schaut, was das an Einsparungen verursachen würde, dann müsste man Steuern im Umfang von ca. 10 Steuerprozenten – ungefähr 30 Millionen pro Jahr – einsparen.
Eine Mehrheit der AK beurteilt die Auswirkungen der Volksinitiative als zu einschneidend und den Fokus auf die Nettoschulden als nicht sinnvoll. Eine Minderheit in der AK ist der Ansicht, dass das Thema Schuldenlast und eine dringende Reduzierung derselben es rechtfertigt, dieser Initiative zuzustimmen.
Antrag: Es gibt drei Anträge.
Antrag 1: Die kommunale Volksinitiative «Ja zu weniger Schulden» wird als gültig erklärt. Das ist unumstritten.
Antrag 2: Die kommunale Volksinitiative «Ja zu weniger Schulden» wird abgelehnt.

Dort hat die AK mit 8:3 zugestimmt.
Antrag 3: Die kommunale Volksinitiative «Ja zu weniger Schulden» wird mit der Empfehlung zur Ablehnung der Volksabstimmung unterbreitet.
Diesem Antrag hat die AK auch 8:3 zugestimmt.
Im Sinne vom Vorausschauen: Die Abstimmungsfragen hier im Parlament werden umgekehrt sein, aber das sind diejenigen aus der Weisung. Der Präsident wird das noch erklären bei der Abstimmung. Danke.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Christian, für das Vorstellen des Geschäfts. Da das aktuelle AK-Mitglied Felix Helg nicht zu diesem Geschäft sprechen wird, und das ehemalige AK-Mitglied der FDP, Raphael Tobler, nicht hier ist, wird jetzt als Erster für die FDP Dani Romay zu diesem Geschäft sprechen.

D. Romay (FDP): Danke, Christian, für das Vorstellen unserer Volksinitiative. Die Volksinitiative «Ja zu weniger Schulden» ist keine ideologische und auch keine extreme Initiative. Sie ist eine rein finanzpolitische Vernunftinitiative. Sie entstand aus einer einfachen Feststellung: Winterthur lebt seit Jahren zunehmend auf Pump.
Die Verschuldung unserer Stadt hat mittlerweile ein Ausmass erreicht, das man so nicht länger einfach als normale Entwicklung akzeptieren oder anschauen kann. Die Nettoverschuldung belaufen sich auf über eine Milliarde Franken und die Gesamtschulden liegen bei über 1.5 Milliarden Franken. Und jedes Jahr bezahlt Winterthur über 20 Millionen Franken alleine an Schuldzinsen - und das in einem Tiefstzinsumfeld. Geld, das wir nicht haben für Schulhäuser, die uns fehlen, für Infrastrukturen, für Sportanlagen, für die Kultur oder für die Lebensqualität unserer Bevölkerung; das wir einfach nicht investieren können.
Die zentrale Frage lautet deshalb: Wie viel finanzielle Last dürfen wir den kommenden Generationen hinterlassen? Denn Schulden verschwinden nicht einfach so. Irgendjemand muss Schulden irgendwann zurückzahlen. Und häufig sind es die Menschen, die heute noch gar nicht mitentscheiden können, die heute noch gar nicht mitbestimmen können: Unsere Kinder, unsere Enkelkinder.
Und deshalb sind wir als FDP überzeugt: Generationengerechtigkeit bedeutet nicht nur eine ökologische Nachhaltigkeit. Generationengerechtigkeit bedeutet auch eine finanzielle Nachhaltigkeit. Wer heute immer neue Schulden macht und die Konsequenzen auf morgen verschiebt, handelt nicht nachhaltig. Er verschiebt schlicht die Verantwortung.
Nun wird eingewendet, dass ein Teil dieser Schulden bei den Eigenwirtschaftsbetrieben liegt und über Gebühren finanziert wird etcetera etcetera. Doch für die Bevölkerung macht das am Ende keinen Unterschied, ob wir über Steuern oder Gebühren Schulden zahlen müssen. Bezahlt werden die Schulden immer von den Winterthurerinnen und Winterthurern. Die entscheidende Frage ist deshalb nicht, in welchem buchhalterischen Topf die Schulden landen. Die entscheidende Frage ist: Wollen wir die Schuldenentwicklung weiterhin einfach hinnehmen oder wollen wir sie wieder unter Kontrolle bringen?
Genau deshalb braucht es diese Initiative. Nicht weil Winterthur kaputtgespart werden soll. Nicht weil wir Investitionen ablehnen. Im Gegenteil: Winterthur muss weiterhin investieren können. Aber nicht alles gleichzeitig und nicht alles grenzenlos auf Kredit. Die Initiative verbietet keine Investitionen. Sie verlangt lediglich, dass die Verschuldung langfristig wieder in ein vernünftiges Verhältnis gebracht wird. Und genau deshalb haben wir die Initiative bewusst als allgemeine Anregung formuliert. Sie gibt dem Stadtrat den nötigen Spielraum, um geeignete und verhältnismässige Lösungen auszuarbeiten.
Eine Stadt, die dauerhaft mehr ausgibt, als sie sich leisten kann, verliert nämlich langfristig ihre Gestaltungskraft. Hohe Schulden schränken die Freiheit unserer zukünftigen Generationen ein. Sie engen politische Handlungsspielräume ein. Und sie führen dazu, dass immer grössere Teile des Budgets für Vergangenes statt für Zukünftiges ausgegeben werden. Deshalb braucht Winterthur wieder eine klarere finanzielle Leitplanke.

Die Initiative setzt genau dort an. Sie verlangt keinen radikalen Kahlschlag. Sie verlangt verantwortungsvolle Finanzpolitik. Und sie verlangt, dass wir die Verantwortung gegenüber unseren kommenden Generationen übernehmen. Deshalb braucht es diese Initiative. Danke vielmals.

B. Helbling (SP): Winterthur wächst – und mit dieser Entwicklung wachsen auch die Aufgaben unserer Stadt. Wir investieren in Schulhäuser und Betreuungsangebote für unsere Kinder und Familien, wir investieren in die Energie- und Wasserversorgung, in die Abwasserreinigung, in den öffentlichen Raum – in die Infrastruktur, welche das Funktionieren der Stadt überhaupt erst ermöglicht.
Diese Investitionen machen wir für die Menschen, die hier in Winterthur leben, arbeiten, ihre Kinder grossziehen. Und dabei müssen wir sorgfältig mit den Geldern des Steuer- und Gebührenzahlenden umgehen.
Ja, es ist klar: Jeder Franken soll verantwortungsvoll eingesetzt werden. Und wir erleben das auch immer wieder. Gerade kürzlich bei den Schulbauten: Der Stadtrat überprüft Projekte laufend und passt sie an, wenn sich Grundlagen verändern. Wir erleben es in der Budgetberatung, in der wir jedes Jahr um das Budget ringen.
Diese Initiative aber überzeugt uns nicht. Sie tut so, als gäbe es für die Zukunft unserer Stadt nur eine einzige Antwort: Möglichst schnell Schulden abbauen.
Für mich ist die entscheidende Frage aber eine andere: Wie sorgen wir dafür, dass Winterthur auch in 10, 20 oder 30 Jahren noch gut funktioniert? Und dafür braucht es eine Politik mit Augenmass; eine Politik, die Kosten im Griff behält, Eigenkapital aufbaut und gleichzeitig dort investiert, wo es notwendig ist. Also Eigenkapital aufbaut, wie es mit der Rechnungsabnahme, welche wir in ein paar Wochen haben, passieren wird – und wie es in den letzten Jahren immer wieder passiert ist.
Die Realität wird mit dem Nettoverschuldungsquotient, der da in der Initiative genommen wird, nur teilweise abgebildet, wir haben es bei der Vorstellung von Christian gehört. Nicht jede Schuld ist ein Problem. Problematisch wird es dann, wenn wir notwendige Investitionen unterlassen und die Folgen später zahlen müssen.
Wir sagen Ja zu einer verantwortungsvollen Finanzpolitik mit Augenmass. Und wir sagen Nein zu dieser Schuldeninitiative.

M. Zundel (Grüne/AL): Ich muss es gleich klar vorwegsagen: Eine Annahme, ob jetzt durch uns im Parlament oder vom Volk, dieser Initiative wäre eine mittlere Katastrophe. Wir als Stadt Winterthur könnten jahrzehntelang darunter leiden. Ich möchte da entschieden gegen das Votum der FDP sprechen, welche da ziemlich schwarzgemalt hat. Wir sind kein zweites Detroit, wir sind nicht kurz vor dem Kollaps.
Und ich bin echt auch kein Fan von Rating-Agenturen. Aber Standard and Poor's hat der Stadt Winterthur doch ein relativ gutes Rating mit AA+ gegeben.
Wenn man die Zahlen dieser Initiative anschaut und einfach mal die 30 Millionen pro Jahr betrachtet, kommen wir eben auf diese Katastrophe. Da müssten wir die ganze Kultur und noch viel mehr pro Jahr streichen. Oder notwendige Infrastrukturbauten streichen, damit wir einen solchen Betrag überhaupt erreichen könnten. Das sind fast 10 Hallenbäder – und wir haben um eines schon sehr gestritten.
Das Risiko, wie diese Initiative formuliert ist, ist auch sehr gefährlich. Deshalb das Argument, wir könnten Jahrzehnte darunter leiden. Wenn man den Teil anschaut, den Christian in der Vorstellung auch präsentiert hat, dass sich diese acht Jahre wiederholen können; und dann noch betrachtet, dass diese Initiative nichts schreibt von wegen gleichbleibendem Steuerfuss, dann könnte bei einem anderen Parlament – ich sage jetzt nicht in den nächsten zwei Jahren, aber vielleicht in der nächsten Legislatur, wenn ein bisschen Amnesie besteht bezüglich der Versprechungen innerhalb der Aufsichtskommission -, wenn dann ein grosses Plus in den Rechnungen auftaucht, ein- bis zweimal nacheinander (um eben genau diese Schulden abzubauen), die Gelüste steigen von eher bürgerlicher Seite, die Steuern eher zu senken – und dann halt in der folgenden Rechnung nicht mehr ein so grosses Plus vorhanden ist, um diese

Schulden abzubauen – dann sind wir genau in einem solchen Zyklus, der sich alle acht Jahre wiederholt, um Steuern zu senken und Schulden nicht wirklich abzubauen. Aber der Volkswillen wäre dann noch nicht eingehalten mit dem Nettoverschuldungsquotient von 100%.
Es wurde schon ein bisschen beleuchtet: Wenn man die Eigenwirtschaftsbetriebe aussen vor lassen würde oder die Gebühren der Eigenwirtschaftsbetriebe miteinbeziehen würde, wären wir auch Stand jetzt gar nicht so weit weg von den 100%, welche in der Initiative gefordert werden, sondern wir wären bei ca. 105%. Also ein bisschen darüber.
Alles in allem: Eine Annahme dieser Initiative wäre ein maximaler Schuss in den eigenen Fuss, den es zu dieser Zeit nicht bräuchte. Ich bin der Meinung, dass die Befürworter dieser Initiative sich eher für einen stärkeren Lastenausgleich beim Kanton, v.a. im Bereich Schule und Soziales, einsetzen sollten, oder bei den Einnahmequellen, die auf Stufe Bund auch noch nicht ganz ausgereizt worden sind – für alle Ebenen. Denn Tatsache ist: In diesem Land haben wir genügend Geld; es ist einfach nicht immer fair verteilt. Und mit dieser Initiative wird es definitiv nicht besser.
Die Grüne/AL stimmt der Gültigkeit zu, lehnt die Initiative ab und empfiehlt ein deutliches Nein an die Bevölkerung. Danke vielmals.

M. Gross (SVP): Die SVP unterstützt grundsätzlich die Stossrichtung dieser Initiative. Ein sorgfältiger Umgang mit den Finanzen der Stadt und der Abbau der Verschuldung waren schon immer Anliegen, die wir vertraten – das ist quasi unsere DNA.
Wer möchte schon, dass die Schulden weiter ansteigen und die kommenden Generationen zusätzlich belastet werden? Die Initiative greift deshalb ein für uns sehr wichtiges Anliegen auf und setzt auch ein klares Signal für mehr finanzpolitische Verantwortung. Und wir glauben auch, dass die FDP die Analyse richtig gemacht hat und man etwas machen muss - und sehen das nicht wie die Grünen/AL, dass es eigentlich gar nicht so schlimm ist, wenn man die Eigenwirtschaftsbetriebe herausnimmt.
Gleichzeitig stehen wir der konkreten Ausgestaltung, auch wenn es nur ein Vorschlag ist und nicht ein Gesetzestext, ebenfalls kritisch gegenüber. Die vorgeschlagenen Vorgaben scheinen uns teilweise zu starr und nicht in allen Punkten genügend durchdacht. Insbesondere stellt sich auch die Frage, ob man die geforderten ohne unerwünschte Auswirkungen auf notwendige Investitionen und zentrale Leistungen der Stadt überhaupt erreichen kann. Die inhaltliche Umsetzung überzeugt uns nur bedingt.
Trotz dieser Vorbehalte überwiegt für uns das Grundanliegen der Vorlage. Die Initiative setzt einen wichtigen Impuls für eine ernsthafte Diskussion über die finanzielle Zukunft von Winterthur. Aus diesem Grund wird die SVP der Vorlage zustimmen.

F. Kramer-Schwob (EVP/EDU): Wir sehen das differenziert. Die Nachhaltigkeit bei den Finanzen, da sind wir dafür. Aber nicht so! Das ist eine nicht fertig durchdachte Initiative, welche die FDP – die heute leider schon sehr unvollständig hier ist – drauflosgeschossen hat. Man sieht, was dabei herauskommt: Das geht nicht auf und das ist sehr schade.
Die FDP braucht im Initiativtext die Begriffe «Nettoschulden» und «ordentliche Steuern». Diese Begriffe sind eigentlich klar definiert. Die Nettoschuld ist das Fremdkapital minus das Finanzvermögen. Im Fremdkapital hat es aber auch noch Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungen drin, die ihre Berechtigung haben. Das, was uns stört, das sind die Finanzverbindlichkeiten. Die 20 Millionen Zinsen, die wir jedes Jahr zu den Banken tragen und von denen wir nichts haben. Dort sehen wir das Problem, wenn diese Schulden weiter ansteigen würden. Aber mit dieser Initiative lösen wir dieses Problem nicht.
Zudem ist es falsch, die Nettoschulden den ordentlichen Steuern gegenüberzustellen, das hat Christian bei der Vorstellung des Geschäfts ausgeführt. Das gibt eine Verzerrung und es geht nicht auf. Das ist sehr schade.
Weil die Initiative falsche bzw. unpräzise Begrifflichkeiten verwendet, würde sie bei der Anwendung zu extremen Ergebnissen führen. Da teilt die EVP/EDU-Fraktion die Meinung, dass die 30 Millionen einsparen pro Jahr wehtun würden und zu falschen Ergebnissen führen würden, auch wenn wir sonst für den Schuldenabbau sind.

Wir sagen Nein, unterstreichen aber, dass wir dafür sind, die Finanzverbindlichkeiten in den Griff zu bekommen. Also die Schulden, wie das jeder im Volk darunter versteht. Eine ansteigende Verschuldung tut uns als Stadt nicht gut. Da bleiben wir dran und bieten auch weiterhin Hand für Kompromisse.

Parlamentspräsident S. Kocher: Jetzt spricht anstelle des Aufsichtskommissionsmitglied André Zuraikat für Die Mitte Iris Kuster.

I. Kuster (Die Mitte): Ja, Winterthur hat ein Schuldenproblem. Für den Regierungsrat ist eine Pro-Kopf-Verschuldung von über 5'000 Franken eine sehr hohe Verschuldung. Die Pro-Kopf-Verschuldung von Winterthur liegt bei über 8'000 Schweizer Franken. Also haben wir auch aus Sicht des Kantons ein sehr grosses Problem. Die Gefahr dieser hohen Verschuldung liegt in den zusätzlichen Kosten, vor allem wenn dann die Zinsen ansteigen. Bei einem Zinsanstieg von einem Prozent muss die Stadt Winterthur für jeden Einwohner und jede Einwohnerin 80 Franken mehr Zinsen bezahlen.
Wir anerkennen, dass die FDP mit ihrer Schuldeninitiative das Problem erkannt hat. Es ist sicher richtig und notwendig, dass die Verschuldung abgebaut wird oder als absolutes Mindestziel sie nicht weiter erhöht wird. Leider ist aber die Initiative von der FDP aus Sicht der Mitte-Fraktion nicht tauglich, wir können uns da der EVP anschliessen.
Die Initiative differenziert nicht zwischen dem steuerfinanzierten und dem gebührenfinanzierten Bereich. Auf diesem Hintergrund ist auch der verlangte Schuldenabbau von 200 bis 300 Millionen Schweizer Franken innert acht Jahren nicht realistisch. Zudem dürften die Nettoschulden den jährlichen Ertrag der ordentlichen Steuern nicht übersteigen, das ist der Text der Initiative. Auch bei dieser Vorgabe wird die Thematik der gebührenfinanzierten Eigenwirtschaftsbetriebe ausgeblendet. Und das darf nicht ausgeblendet werden.
Ein Nein der Mitte-Fraktion zur FDP-Schuldeninitiative ist kein Ja zur Schuldenwirtschaft von Winterthur. Die hohe Verschuldung von Winterthur ist ökonomisch gefährlich und überhaupt nicht nachhaltig. Wir dürfen unseren Kindern keine finanziellen Altlasten hinterlassen. Dies ist schlichtweg eine verantwortungslose Politik.
Die Mitte-Fraktion sieht eine dringende Notwendigkeit zu handeln und wir sehen folgende Handlungsfelder:
1. Der mittelfristige finanzielle Ausgleich darf sich nicht nur auf die Thematik Eigenkapital beschränken, sondern muss auch die Verschuldung adressieren.
2. Es braucht gerade bei den Investitionen eine Priorisierung, ein verstärktes Hinterfragen, was ist wirklich notwendig und was ist nice to have.
3. Winterthur muss endlich seine Steuerkraft steigern. Wir hoffen und erwarten, dass der Stadtrat in der neuen Zusammensetzung hier deutlich mehr Ehrgeiz und Kreativität zeigt.
Danke.

J. Guddal (GLP): Die GLP-Fraktion anerkennt die Initiative «Ja zu weniger Schulden» als gültig, lehnt sie aber ab und empfiehlt die Ablehnung der Volksinitiative.
Als Grünliberale setzen wir uns grundsätzlich aktiv für einen schonenden Umgang mit finanziellen Ressourcen und für eine nachhaltige Finanzpolitik ein. Diese FDP-Initiative ist aber unausgereift und zielt am Kernproblem vorbei.
Drei klare finanzpolitische Gründe sprechen dagegen:
1. Fragwürdige Steuerungsgrösse und methodische Schwäche: Die Initiative setzt die gesamten Steuereinnahmen mit der Nettoschuld in ein Verhältnis. Dabei entsteht insbesondere bei den Eigenwirtschaftsbetrieben eine schwierige Abgrenzungsfrage. Fairerweise kann man sagen, dass man da unterschiedlicher Ansicht sein kann, denn Art. 2 der Finanzhaushaltsverordnung hält ausdrücklich fest, dass das städtische Vermögen in drei Bereiche gegliedert wird: Allgemeines Verwaltungsvermögen, Verwaltungsvermögen der Eigenwirtschaftsbetriebe und Finanzvermögen. Unsere Argumentation lautet deswegen: Wenn das Vermögen bereits heute klar getrennt ausgewiesen werden muss, wäre grundsätzlich wohl auch eine Zuordnung von Investitionen und Verbindlichkeiten möglich.

Das eigentliche Problem für uns liegt jedoch tiefer: Die Nettoschuld alleine ist keine verlässliche Steuerungsgrösse für die finanzielle Realität einer Stadt. Theoretisch könnte die Stadt sämtliche Immobilien in Winterthur zum Marktpreis kaufen. Die Bruttoverschuldung würde dadurch massiv – potenziell um Milliarden – ansteigen; die Nettoschuld hingegen bliebe weitgehend unverändert, weil diesen Schulden gleichzeitig neue Vermögenswerte im Eigenkapital gegenüberstehen würden. Genau deswegen eignet sich die Nettoschuld nur beschränkt als starre politische Zielgrösse.
2. Starres Verbot statt politischer Steuerung: Die Initiative verlangt faktisch einen jährlichen Schuldenabbau von jährlich 30 Millionen Franken. Die Konsequenzen wären einschneidend; ein Abbau in dieser Höhe entspricht ungefähr 35% der gesamten Nettoausgaben für Kultur, Kinderbetreuung und Sport. Alternativ wäre das eine Erhöhung von rund 10 Steuerfussprozentpunkten, wie wir es heute auch schon oft gehört haben. Eine so starre Vorgabe nimmt der Politik den notwendigen Handlungsspielraum, um auf wirtschaftliche Entwicklungen, Bevölkerungswachstum oder Investitionsbedarf angemessen reagieren zu können.
3. fehlen die notwendigen Investitionen: Die Initiative würde zentrale Investitionen massiv erschweren oder verhindern. Im schlimmsten Fall führt das starre Konzept dazu, dass dringend benötigte Schulhäuser, Infrastrukturprojekte oder Investitionen in Versorgung oder Mobilität verzögert oder blockiert werden. Der Unterhalt der städtischen Infrastruktur würde zunehmend gefährdet und die Weiterentwicklung des wachsenden Winterthur würde unnötig behindert werden.
Fazit: Das Geschäft wurde in der AK in mehreren Lesungen ausführlich diskutiert. Die Initiative fand zu Recht nie eine Mehrheit. Der Stadtrat verfügt mit der heutigen Finanzstrategie bereits über das Instrument zur Steuerung der Verschuldung. Konsequenterweise hat die AK deshalb auch auf einen Gegenvorschlag verzichtet.
Die GLP-Fraktion sieht in der Initiative keinen überzeugenden Beitrag zu einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Finanzpolitik und wird deshalb diese Vorlage ablehnen.
Ich habe geschlossen. Danke.

D. Romay (FDP): Verantwortungsvolle Finanzpolitik ist genau diese Initiative, liebe SP.
Auch der Zeitraum ist nicht sehr kurzfristig, wie wir gehört haben. Das ist zumindest unsere Meinung.
Und wenn ich mir den FAP für die nächsten Jahre anschaue, dann sieht es eher düster aus, denn der Aufbau von Eigenkapital wird ein Wunschkonzert werden. Wir werden das Eigenkapital in den kommenden Jahren tendenziell markant abbauen und nicht aufbauen können. Es besteht übrigens schon jetzt ein Risiko, dass die 20 Millionen Schulden in den kommenden Jahren steigen werden, liebe EVP.
Und wenn die Kennzahl, wie wir es einige Male gehört haben, so ungeeignet wäre, dann fragt man sich schon, weshalb dieselbe Kennzahl in Finanzberichten, Ratingverfahren und Gemeindevergleichen regelmässig verwendet wird. So falsch kann diese Nettoverschuldungszahl nicht sein.
Aber die eigentliche Frage ist nicht diese Zahl, sondern die eigentliche Frage lautet: Sind über eine Milliarde Franken Schulden ein Problem oder nicht?
Die Diskussion über diese Initiative, die wir jetzt hier gehört haben, erweckt ein bisschen den Eindruck, dass alles rabenschwarz ist in Winterthur, dass Winterthur sofort Leistungen abbauen muss, dass man Schulen nicht mehr bauen kann oder die Stadt sich kaputtsparen muss.
Diese Darstellung entspricht nicht dem Inhalt der Initiative. Die Initiative wurde bewusst als allgemeine Anregung formuliert. Und genau das ist der entscheidende Punkt.
Die FDP schreibt dem Stadtrat nicht vor, welche konkreten Massnahmen er umzusetzen hat. Die Initiative gibt einfach ein Ziel vor. Und den Weg dorthin haben wir bewusst offengelassen: Der Stadtrat soll selbst ausarbeiten, wie er dieses Ziel erreichen will. Genau deshalb haben wir die allgemeine Anregung gewählt. Sie schafft Spielraum, statt starre Vorgaben zu geben. Sie ermöglicht flexible Lösungen, statt finanzpolitischer Scheuklappen. Es ist nämlich schon

noch möglich, trotz dieser Initiative (wenn sie angenommen wird), dass man in gewissen Situationen mal ein Schulhaus bauen kann und halt das in diesem Jahr nicht voll erreicht oder einhält, was die Initiative drin hat.
Die Initiative verlangt nicht, dass den Menschen etwas weggenommen wird. Sie verlangt, dass Winterthur einfach wieder verantwortungsvoller mit den finanziellen Ressourcen umgeht.
Und mittlerweile anerkennt ja sogar selbst der Stadtrat, dass die finanziellen Herausforderungen in den kommenden Jahren grösser werden. Die Zeiten der «Sondereffekte» sind nämlich wahrscheinlich langsam vorbei.
Die Frage ist deshalb nicht, ob gehandelt werden muss; sondern vielmehr ist die Frage, ob wir rechtzeitig handeln wollen.
Die heutigen Einsparungen im Umfang von zehn Steuerprozenten stehen hier in dem Sinne gar nicht zur Debatte. Diese verwechseln nämlich ein Ziel und den Weg. Und die zehn Prozente sind einfach eine Annahme, die man heute berechnen kann und einfach hochrechnet.
Die Initiative schreibt keine Einsparung von zehn Steuerprozenten vor. Sie schreibt überhaupt keinen konkreten Sparbetrag vor. Sie schreibt auch keine Steuererhöhungen vor und sie schreibt auch keinen Leistungsabbau vor. Sie definiert lediglich ein Ziel: Die Verschuldung soll langfristig wieder sinken. Der Weg dorthin ist bewusst offen. Und genau deshalb wurde die Initiative so formuliert, wie sie ist.
Zwischen einem radikalen Leistungsabbau und einem «Weiter wie bisher» gibt es zahlreiche weitere Möglichkeiten. Da steht auch die FDP gerne zur Verfügung mit Inputs.
Die Initiative zwingt den Stadtrat wie gesagt nicht zu einer bestimmten Lösung. Wir wollen aber, dass der Stadtrat eine Lösung entwickelt. Das ist nämlich auch seine Aufgabe.
Wer heute behauptet, ein Schuldenabbau sei grundsätzlich unmöglich, erklärt letztlich die heutige Entwicklung als alternativlos. Doch alternativlos ist aus unserer Sicht keine gute Politik.
Die Realität zeigt vielmehr: Jede Familie muss Prioritäten setzen. Jedes Unternehmen muss Prioritäten setzen. Und wir erwarten, dass auch eine Stadt Prioritäten setzen muss, wenn es um Geld ausgeben geht.
Ich kann nicht dauerhaft Geld ausgeben, das ich einfach schlicht nicht habe. Und die Initiative verlangt im Grunde nichts anderes. Sie sagt nicht: Investiert nicht mehr. Sie sagt: Investiert verantwortungsvoll. Sie sagt: Denkt langfristig. Und sie sagt: Überlasst die Rechnung nicht einfach den kommenden Generationen.
Winterthur ist eine starke, lebendige Stadt. Eine innovative Stadt. Und eine Stadt mit grossem Potenzial. Und gerade deshalb, finden wir, können wir uns auch eine solche Initiative leisten. Denn eine starke Stadt sollte den Anspruch haben, ihre Finanzen langfristig im Griff zu haben. Nicht irgendwann. Sondern jetzt.
Die FDP empfiehlt deshalb, diese Initiative zu unterstützen. Für mehr finanzielle Verantwortung. Für mehr Handlungsspielraum in Zukunft. Und vor allem für eine generationengerechte Entwicklung unserer Stadt. Danke vielmals.

Parlamentspräsident S. Kocher: Dann haben sich die Voten aus dem Plenum erschöpft. Moment – nein, diesmal nicht.
Dann geht das Wort jetzt noch an Kaspar für den Stadtrat.

Stadtrat K. Bopp: Selbstverständlich, dem Stadtrat ist der verantwortungsvolle Umgang mit den finanziellen Mitteln enorm wichtig und deshalb haben wir auch entscheidende Instrumente eingeführt und wenden sie auch an im Stadtrat; erwähnt wurde zum Beispiel unsere Finanzstrategie, unser Investitionsplanungsprozess. Deshalb hat auch das Parlament entsprechende Steuerungsinstrumente im Budget über Finanzkompetenzen, die beim Parlament liegen, die auch die Investitionsrechnung betreffen.
Aber trotzdem sind wir dezidiert gegen diese Initiative. Das aus drei Gründen:
1. Das wurde schon mehrfach erwähnt: Da haben wir eine untaugliche Kennzahl. Nicht was den Weg, sondern was das Ziel anbelangt. Ich komme nachher gleich darauf zurück.

2. Die Initiative hätte sehr schädliche Auswirkungen. Auch wenn die Initiative den Weg nicht vorschreibt, gibt es eben nur eine begrenzte Anzahl von Möglichkeiten, das Ziel zu erreichen. Da gehe ich nachher auch noch kurz darauf ein.
Und das 3. ist – deshalb haben wir auch keinen Gegenvorschlag eingereicht – sie ist auch unnötig oder nicht notwendig. Ich gehe auch darauf nachher gerne noch kurz ein.
Dani Romay sagte, das Ziel ist, ein vernünftiges Verhältnis hinzubringen. Die Frage ist doch dabei: Ein Verhältnis von was zu was? Und dort sind wir beim entscheidenden Punkt. Und wir haben, wie es bereits mehrfach gesagt wurde, sowohl im Zähler wie auch im Nenner dieses Verhältnisses ein paar Probleme.
Es wird das ganze Fremdkapital betrachtet und nicht nur die Finanzverbindlichkeiten, obwohl immer mit den Zinszahlungen argumentiert wird. Schon dort haben wir, das hat Franziska vorhin auch schon aufgezeigt, eigentlich eine Kennzahl, die eine grosse Verzerrung drin hat. Die 20 Millionen – erlauben Sie mir noch einen kurzen Gedanken zu diesen 20 Millionen Zinsen: Natürlich kann man das sehen, wie man das will, aber ohne Gegenwert sind diese natürlich nicht. Der Gegenwert, den wir für diese 20 Millionen Zins bekommen, ist die Nutzung aller dieser Infrastruktur, die wir zur Verfügung haben, respektive für die wir diese Schulden überhaupt aufgebaut haben. Hier auch noch ein kleiner Widerspruch zu Dani Romay: Wir leben nicht auf Pump. Wir haben uns in der Vergangenheit nachweislich nie durch den Konsum verschuldet. Das einzige Jahr, seit ich hier bin (und vorher war es auch viele Jahre so), in dem wir wirklich einen negativen Abschluss hatten durch den Konsum, das effektiv negativ war, das war das Corona-Jahr oder das Jahr nach Corona. Sonst hatten wir immer positive Abschlüsse. Dort, wo wir Fremdkapital aufbauen, das ist dort, wo wir investieren – d.h. wo wir einen echten Gegenwert dafür erhalten. Das ist mal die eine Kennzahl des Verhältnisses.
Auf der anderen Seite des Verhältnisses stehen die Steuereinnahmen. Jetzt ist es aber so, dass wir – und das ist angelehnt an die Privatwirtschaft, ich verstehe das, dort will man auch das Fremdkapital in Verhältnis zu den Erträgen setzen, die man hat. Aber die Steuereinnahmen sind nur ein Teil unserer Erträge. Wir haben auch einen grossen Teil Gebühren. Und das ist der nächste Punkt, in dem Dani Romay leider nicht ganz präzise war. Er sagte, es seien dieselben Winterthurerinnen und Winterthurer, die das zahlen. Das stimmt eben nicht ganz.
Nehmen wir das Beispiel ARA, über das wir gerade abstimmen. Es gibt ganz viele Gemeinden, die an diese ARA angeschlossen sind und die ebenfalls mit ihren Gebühren dieses Fremdkapital, das wir aufgenommen haben und das wir in den Büchern haben, mitfinanzieren. Selbst da sieht man, dass das Konstrukt, das da gemacht wurde, sehr viele Schwächen hat respektive sogar Fehler drin hat.
Wenn man hingeht und sagt, was wir denn sonst noch für stetige Einnahmen haben: Da haben wir die Steuereinnahmen, die wir haben. Auf der gleichen gesetzlichen Stufe haben wir auch einen Finanzausgleich geregelt, den wir haben. Und wir haben die Gebühreneinnahmen. Und jetzt kann man diskutieren, was man nimmt und was man nicht nimmt. Aber nur schon, wenn man die Gebühreneinnahmen zu den Steuereinnahmen dazunimmt und den Finanzausgleich weglässt, sind wir eigentlich schon fast an dem Ziel, das die Initiative vorgibt, nämlich bei den 100%. Wenn man dazu den Finanzausgleich noch einrechnet, dann sind wir sogar deutlich unter 100%. Das sind die Probleme, die das mit sich bringt. Und an denen sich aber auch zeigt: So schlecht steht die Stadt Winterthur gar nicht da.
Es wurde der Vergleich mit den anderen Gemeinden ins Feld geworfen, weshalb die Stadt Winterthur im Vergleich zum Kanton Zürich so wahnsinnig hoch ist. Wir haben es vorhin schon gehört: Das ist, weil wir eine der wenigen Gemeinden sind, welche solche Betriebe in den eigenen Büchern zeigt. Solche geld- oder investitionsintensiven Betriebe wie eine KVA, wie eine ARA – davon profitieren alle anderen Gemeinden auch. Wir haben sie halt auf beiden Seiten unserer Bilanz, d.h. wir haben auch das entsprechende Fremdkapital in unserer Bilanz. Wenn wir uns mit denen vergleichen, mit denen wir vergleichbar sind, mit anderen Gemeinden (das sind dann meistens Städte, die ähnliche Betriebe auch in den Büchern haben), dann sehen wir, dass wir da durchaus konkurrenzfähig sind.

Das ist mal, weshalb diese Kennzahl grundsätzlich mal so nicht taugt. Und nicht notwendig ist, das konnte ich im Prinzip auch schon erläutern.
Wieso sind das schädliche Auswirkungen und wieso gibt es eben nur eine begrenzte Anzahl von Möglichkeiten, mit denen wir das umsetzen können? Wenn wir Schulden abbauen müssen, also 30 Millionen, dann heisst das, unsere Eigenfinanzierung muss 30 Millionen höher sein als das, was wir effektiv investieren. Die Eigenfinanzierung setzt sich zusammen aus den Abschreibungen und aus unserem Ergebnis. Das heisst, entweder wir investieren 30 Millionen weniger als wir abschreiben. Das ist aber nicht nachhaltig, weil das im Prinzip dann langfristig heisst, wir unterhalten unsere Anlagen nicht angemessen. Oder wir machen 30 Millionen Ergebnis im Plus, d.h. genau das, was Dani Romay gesagt hat, dass sie das nicht vorschreiben. Das würde heissen, wir müssten immer schon rund 30 Million Gewinn budgetieren. Es bräuchte also eine hohe Disziplin des Parlaments über sehr viele Jahre, der Versuchung zu widerstehen, trotz 30 Millionen Gewinn, die budgetiert sind, eine Steuersenkung nicht vorzunehmen. Das ist eher nicht so realistisch, ich glaube, das ist hier drinnen allen klar. Vor allem über sehr viele Jahre – für ein paar Jahre könnten wir uns gegenseitig vielleicht dieses Commitment noch abgeben.
Wenn wir den Schuldenbegriff nehmen, ist doch die Frage am Schluss: Was schulden wir der Zukunft? Ganz sicher schulden wir der Zukunft angemessene und anständig unterhaltene Infrastruktur. Und für das braucht es ein klares Nein zu dieser Initiative.
Der Stadtrat hat das schon beschlossen und empfiehlt das auch dem Parlament. Dafür muss jetzt das Parlament jetzt die Verantwortung übernehmen und der Bevölkerung ebenfalls ein klares Nein zu dieser Initiative empfehlen. Vielen Dank.

Parlamentspräsident S. Kocher: Dann kommen wir noch zur Abstimmung. Wir stimmen bei diesem Geschäft über alle drei Ziffern separat ab.

Zuerst kommen wir zur Ziffer 1. Da stimmen wir über die Gültigkeit der Volksinitiative ab.
Wer sie für gültig erklärt, drückt A (Zustimmung). Wer sie für ungültig erklären möchte, drückt B.
Abstimmungsergebnis: Mit 53:0 ist die Volksinitiative für gültig erklärt.

Dann kommen wir jetzt zur Ziffer 2. Hier ist es so, dass wir – weil es ein Volksbegehren ist – direkt über die Volksinitiative abstimmen werden.
Das heisst, wer diese Volksinitiative annehmen möchte, drückt A (Zustimmung). Wer sie ablehnen möchte, drückt B (Ablehnung). Das heisst im Vergleich zum Stadtratsantrag: Wer diesem folgen möchte, müsste jetzt B drücken.
Abstimmungsergebnis: Wir haben 14 Zustimmung und 39 Ablehnung, somit ist Ziffer 2 abgelehnt.

Wir kommen noch zur Ziffer 3. Da stimmen wir darüber ab, was die Abstimmungsempfehlung im Abstimmungsbüchlein sein wird.
Auch hier ist es wieder so: Wer die Zustimmungsempfehlung festhalten möchte, drückt A.
Wer die Ablehnungsempfehlung festhalten möchte, drückt B.
Abstimmungsergebnis: Die Ablehnungsempfehlung hat sich mit 39:14 durchgesetzt.

Ich wünsche allen guten Appetit und wir sehen uns um 20 Uhr wieder.

Nachtessenspause.

Parlamentspräsident S. Kocher: Ich begrüsse Euch alle zur Abendsitzung.

7. Traktandum
Parl.-Nr. 2026.3: Legislaturbericht 2022 – 2026

Parlamentspräsident S. Kocher: Legislaturbericht 2022 – 2026. Dafür gebe ich Christian Hartmann als Referenten das Wort.

Ch. Hartmann (AK): Der Stadtrat hat den Legislaturbericht vorgestellt und die Aufsichtskommission hat diesen nicht diskutiert. Ich erkläre kurz wieso.
Der Stadtrat hat 23 Massnahmen in vier Feldern definiert. Wir sind in der Aufsichtskommission zum Schluss gekommen, dass es wenig sinnvoll ist, wenn wir jetzt die 23 Massnahmen diskutieren und irgendeinen Beschluss fassen dazu, weil wir der Ansicht sind, das folgt wahrscheinlich grosso modo den politischen Präferenzen der Fraktionen. Und wir werden das heute sowieso hören, was die Fraktionen meinen zum Legislaturbericht.
Der Stadtrat hat die Massnahmenbilanz, also das Endergebnis, nach vier Sitzungen vorgestellt. Von den 23 Massnahmen hat er festgestellt, dass 12 bereits vollständig umgesetzt sind, dass 6 Massnahmen im laufenden Jahr noch abgeschlossen werden (also wahrscheinlich im 2026) und 5 weitere Massnahmen dann in der kommenden Legislatur realisiert werden.
Was die AK diskutiert hat, ist der Sinn und Zweck des Legislaturberichts. Und wir kamen zum Schluss – in Übereinstimmung mit dem Stadtrat -, dass der Legislaturbericht ein Kommunikationsmittel ist. Es ist eine Auswahl aus allem, was Stadtrat und Verwaltung machen möchten / machen könnten / machen sollten. Es ist eine gewichtete Auswahl. Es sind aus Sicht des Stadtrats die wesentlichen Massnahmen dort drin und man muss im Kopf behalten: Es gibt noch sehr viele weitere Massnahmen. Und es gibt auch Langfristziele, die über die Legislatur hinausgehen.
Wir kamen aber auch zum Schluss: Der Aufwand ist gross. Der Aufwand für die Erarbeitung ist gross und derjenige für die Kommunikation auch.
Das Parlament selbst hat keinen Einfluss auf diese Massnahmendefinition. Wir diskutieren diese zwar irgendwann anfangs der Legislatur, letztes Mal war das ungefähr im September. Das wäre dann ungefähr September 2026, wenn es wieder gleich ist. Wir haben auch keinen Einfluss auf die Beurteilung der Zielerreichung der Massnahmen. Aber wir können diese diskutieren, das werden wir heute machen.
Was wir auch ein bisschen diskutiert haben, ist die Zeitachse. Der Stadtrat hat den Legislaturbericht am 17. Dezember 2025 beschlossen. Dieser ging beim Parlamentsdienst ein am 15. Januar 2026. Und eine Diskussion in den Kommissionen und eine Beratung vor den Wahlen war damit nicht möglich. Es wäre natürlich auch interessant, wenn man den Legislaturbericht noch vor den Wahlen im Parlament diskutieren könnte. Das war nicht möglich, aber diese Diskussion ist jetzt Euer Auftrag.
Der Antrag lautet: Vom Legislaturbericht 2022 - 2026 des Stadtrates von Winterthur wird Kenntnis genommen.
Die Aufsichtskommission verzichtet auf einen Antrag, aber wir freuen uns auf eine - möglicherweise kontroverse – Diskussion. Auf jeden Fall auf eine spannende Diskussion. Danke.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Christian. Dann ist der Erste auf der Rednerliste Michael Gross (SVP).

M. Gross (SVP): Die SVP nimmt den Legislaturbericht 2022 – 2026 kritisch zur Kenntnis. Auf das allgemeine Lob können wir an dieser Stelle auch verzichten, denn der Stadtrat das pünktlich zu den Wahlen ja selbst gemacht hat.
Aus unserer Sicht würde dieser Bericht einen Mehrwert bringen, wenn die Beurteilung der Leistung von einer neutralen, vielleicht sogar externen Stelle vorgenommen würde, und nicht nur das Gelungene gewürdigt wird, sondern auch auf die Schwächen und die Umsetzungsprobleme eingegangen würde.

Der Bericht ist aber ziemlich einseitig: Umsetzungen, die nicht gelungen sind, Rückzüge, Verzögerungen, Kurskorrekturen werden weitgehend ausgeblendet. Es fehlt eine gewisse Selbstkritik. Ich verweise da auf einige Projekte: Veloroute Mattenbach, Verkehrssanierungen, Umsetzungen, die missglückt sind oder verzögert (Frauenfelderstrasse, Technikumstrasse, Tösstalstrasse), das neue Stadtarchiv, IT-Projekte, die gescheitert sind – man könnte die Liste noch relativ lange ergänzen. Auch die Pensionskasse, für die sich der Stadtrat so rühmt (und ich habe mich da zurückgehalten in den Wahlen) war zuerst mal mit 144 Millionen sang- und klanglos – nein, nicht sang- und klanglos - aber gescheitert im Parlament. Auch der zweite Vorschlag, den der Stadtrat brachte, musste das Parlament so nachbessern, dass es nachher ein Parlamentsvorschlag war. Nur: Um sich dafür dann selbst zu rühmen, ist das ein bisschen wenig.
Das Grundproblem aus unserer Sicht ist, dass man ideologische Maximalziele statt pragmatischer Lösungen in diesen Bericht nimmt und umzusetzen versucht, und diese so dann natürlich nicht gelingen.
Alles in allem: Wie gesagt, der Stadtrat hat das Lob schon selbst gemacht. Wir nehmen den Bericht kritisch zur Kenntnis.

Parlamentspräsident S. Kocher: Als nächstes hat das Wort, ich nehme an, in Vertretung für die zwei aktuellen Mitglieder in der Aufsichtskommission, Andreas Büeler (Grüne/AL).

A. Büeler (Grüne/AL): Wir sehen den Legislaturbericht nicht ganz so kritisch. Wir finden zum Beispiel, dass er ziemlich gut aufgebaut ist entlang dieser vier Legislaturschwerpunkte, strukturiert und deshalb lesefreundlich aufgebaut und ansprechend gestaltet.
Bewährt hat sich die im Vergleich zu früheren Legislaturen stärkere Priorisierung auf weniger, also konkret 23 Massnahmen, versehen mit messbaren Meilensteinen. Aber auch die übergeordneten Langfristziele sind von zentraler Bedeutung. In der nächsten Legislatur sollten deshalb auch die Massnahmen dazu wieder etwas expliziter erläutert und auch monitort werden, statt sie einfach nur «mitzumeinen».
Beim «Sozialen Zusammenhalt» sind mit der Bildungsstrategie für Geringqualifizierte und dem Aktionsplan für die Behindertengleichstellung Meilensteine erreicht worden, bei Kultur und Stadtentwicklung eher weniger.
In den Bereichen Klima, Umwelt und Verkehr wurden durchaus Fortschritte erzielt: Der Ausbau von Wärmenetzen und Photovoltaik, Verkehrsberuhigungen, die Weiterentwicklung vom Velonetz, der kommunale Richtplan oder die neue Richtlinie zur nachhaltigen Beschaffung sind wichtige Schritte. Dennoch sind wir der Meinung, dass das Tempo erhöht werden muss.
Lieber Mike, Du hast Ende 2022 auf unsere Forderung nach etwas mehr Suffizienz im Legislaturprogramm entgegnet, Politiker:innen, die Suffizienz fordern, würden abgewählt. Weil Du ja jetzt freiwillig nicht mehr angetreten bist, wären die letzten vier Jahre DIE Chance gewesen, als Stapi diesem Ansatz mehr Raum zu geben. Spass beiseite.
Generell hätten auch wir uns gewünscht, dass der Bericht dort vertiefter und selbstkritischer ausfällt, wo Ziele nicht oder nur teilweise erreicht wurden. Besonders interessant wären zudem die Lehren gewesen, die der Stadtrat aus dieser Legislatur für die kommende ziehen möchte. Wir erwarten, dass sich diese Überlegungen zumindest indirekt im nächsten Legislaturprogramm wiederfinden.
Insgesamt hat der Stadtrat die Herausforderungen einer wachsenden Stadt mitten in einem Sanierungszyklus der essenziellen Infrastruktur unserer Meinung nach gut gemeistert. Bei der konsequenten und zügigen Realisierung besteht noch Verbesserungspotenzial.
Auch wenn nicht alle Verzögerungen alleine vom Stadtrat verursacht sind: Dass es zum Beispiel bei der Digitalisierung nicht vorwärts geht, liegt an der jährlichen Ablehnung von dafür beantragten Stellen durch das Parlament.
Die Fraktion Grüne/AL nimmt den Legislaturbericht positiv zur Kenntnis. Wir danken Euch Stadträt:innen für Euer Engagement in dieser Legislatur.

F. Kramer-Schwob (EVP/EDU): Wir werden in unserer Beurteilung irgendwo zwischen den bisher gehörten Votanten landen – wen überrascht das.
Klar festhalten möchte ich, dass wir die Ziele des Stadtrates beurteilen und nicht die Ziele des Parlaments. Wir reden darüber, ob der Stadtrat seine eigenen Ziele erreicht hat. Und vielleicht hätten wir als Parlament ja von Anfang an ganz andere Ziele gesetzt – über das können wir jetzt deshalb nicht sprechen.
Klar ist, der Stadtrat und die Verwaltung haben gearbeitet. Interessanterweise gab es in den letzten Wochen eine Art einen Boost. Vieles ist noch entstanden oder wurde publiziert. Das war sehr erfreulich. Und es ist ja menschlich, dass man gegen den Schluss, wenn man die Ziellinie vor sich sieht, noch richtig leistungsfähig wird. Aber wir würden da natürlich nicht vermuten wollen, dass man in den anderen drei Jahren nicht auch sehr zielstrebig und pragmatisch gearbeitet hat.
Zugutehalten möchten wir dem Stadtrat, dass er sich schöne, grosse und auch nicht ganz leicht zu erreichende Ziele gesetzt hat. Das ist wichtig für unsere Stadt. Und dass man dann auch scheitern kann, das ist ganz normal.
Das dürfte man aber aus unserer Sicht auch ehrlicher zugeben. Der Bericht und auch der Bericht von der Pressekonferenz waren schon ein bisschen ein Schönwetterbericht. Wir finden, man könnte da noch etwas lernen über den Umgang mit Scheitern und auch von sich aus sagen, wo man hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Vielleicht hat das mit den damals anstehenden Wahlen zu tun gehabt. Wenn man den Legislaturbericht im April veröffentlichen würde, käme er zum Teil vielleicht schon ein bisschen ehrlicher raus. Gerade beim Richtplan, Obertor und Stadtarchiv, aber auch Schützenweiher, wo wir in eine Abstimmung müssen, WinRP – da gibt es mehrere Sachen, die nicht ganz goldig herausgekommen sind.
Bezüglich der Wärmeverbünde zeigte der Stadtrat eine grundsätzlich richtige Leistung. Mit dem Energieplan und dem Ausbau der Wärmeverbünde wurden sehr wichtige Voraussetzungen geschaffen. Für Quartiere, Hauseigentümer:innen sowie Mieter:innen fehlte manchmal noch die Klarheit. Ansonsten wurde im Schwerpunkt Klimaschutz und Klimaanpassung sehr vieles erreicht – Gratulation!
Auch im Bereich sozialer Zusammenhalt wurde viel erreicht. Und gerade auch Dinge, die man nicht einfach auf dem Reissbrett zeichnen und dann in Beton giessen kann. Das hat uns gefreut, dass es dort Ziele hatte, die nicht so klar messbar waren oder die am Schluss sichtbar waren in einer Baute. Und doch hat man es gewagt, auch solche Ziele zu setzen und nach der Erreichung dieser Ziele zu streben.
Jetzt ist der Stadtrat ja sicher schon an der Ausarbeitung der Legislaturziele 2026 - 2030. Gerne geben wir da auch noch mit auf den Weg, dass wir es gut finden, ein paar wenige Ziele zu setzen und nicht einfach nur Infrastrukturprojekte, auch wenn die sich so schön messen lassen

Parlamentspräsident S. Kocher: Als nächstes spricht für Die Mitte anstelle von André Zuraikat Iris Kuster.

I. Kuster (Die Mitte): Danke, Christian, für die Präsentation und vor allem den einen Punkt: Das Parlament hat keinen Einfluss. Dieser Kritik schliessen wir von der Mitte-Fraktion an. Die Legislaturziele und der Legislaturbericht haben den gleichen Prozess und wir haben hier an dieser Stelle schon mehrmals unsere Kritik daran geäussert – und es hat sich leider immer noch nichts daran geändert.
Der Stadtrat verabschiedet nämlich die von ihm selbst auserkorenen Ziele selbst und selbstherrlich. Das Parlament wird in keiner Weise miteinbezogen, geschweige denn konsultiert. Wir werden lediglich informiert und vor vollendete Tatsachen beziehungsweise Wunschziele gestellt. Kein Wunder, stellt sich das Parlament dann nicht hinter alle die möglichen und unmöglichen Ziele und ist dann halt mit den vorgeschlagenen Massnahmen nicht immer ganz zufrieden.
In der Privatwirtschaft kann sich der CEO auch nicht nur alleine die Ziele setzen, der Verwaltungsrat wird ein ernstes Wörtchen mitreden. Und vermutlich ist es auch in der Verwaltung

der Fall, dass Mitarbeiter und Vorgesetzte miteinander die Ziele festlegen und auch, an was dann die Leistung gemessen wird. Das ist im Legislaturbericht nicht der Fall.
Und so wie die Zielfestlegung zustande kommt und auch die eigene Rückschau auf die vier Jahre, ist es kein Wunder, tönt es im Bericht vorwiegend positiv. Und das natürlich immer – wen wundert es - vor den Wahlen. Und das, obwohl die Amtsdauer noch nicht ganz abgeschlossen ist. Den aktuellen Stadtrat nehmen wir deshalb weder diskussionsfreudig, noch konsensmotiviert, noch basisdemokratisch wahr.
So ärgert es mich auch immer, wenn sich Stadträte mit fremden Federn rühmen, Michael hat es bereits erwähnt. Und deshalb hier nochmals für das Protokoll: Die Vorlage des Stadtrates zur Stabilisierung der Pensionskasse wurde versenkt und der vom Volk genehmigte Vorschlag ist dank der Spezialkommission Pensionskasse zustande gekommen. Dort haben nämlich alle Vertreterinnen und Vertreter von allen Parteien unter der Leitung des Präsidenten, Michael Gross, eine Lösung ausgearbeitet, die dann auch im Rat und beim Volk durchgekommen ist. Deshalb lässt die Aussage von Kaspar Bopp im Landboten vor den Wahlen, das sei sein grösster politischer Erfolg, schon staunen und ein Kommentar erübrigt sich.
Das Gleiche gilt aber auch für das Hallenbad, mit dem sich Martina Blum schmücken wollte. So wie ich mich erinnere, waren das Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die sich für ein zweites Hallenbad mit Win4 einsetzten, was zu dieser Lösung geführt hatte, die wir heute haben - und der Stadtrat hatte die Ablehnung empfohlen.
Sie merken, das Votum hätte eigentlich vor den Wahlen gehalten werden sollen. Ich habe mir dann lange überlegt, ob ich das jetzt noch bringen soll oder nicht. Weil wir aber in vier Jahren den nächsten Legislaturbericht haben und bald die nächsten Legislaturziele, habe ich mich entschlossen, das trotzdem zu bringen. Auch in der Hoffnung, dass im nächsten Bericht dann nur belastbare Aussagen zu lesen sind, wer wirklich für welche Erfolge und Leistungen zuständig ist.
Wunschdenken und Realität zeigen sich auch im ganzen Verkehrsregime. Wenn alle Beteiligten mit einer Lösung nicht zufrieden sind, kann etwas nicht stimmen. Und bei der Einführung der blauen Zone und der Umsetzung zeigen sich jetzt die negativen Folgen bei vielen hautnah. Da fehlen Parkplätze, wo man vorher unkompliziert sein Auto abstellen konnte, da gibt es nur noch wenige blaue Parkplätze. Und wer in seiner Strasse keine blauen Felder hat, kann ohne eigenen Abstellplatz fast nicht mehr legal Handwerker haben oder Besucher zum Essen einladen. Weshalb sonst haben sich 80 Personen mit einer Petition für mehr Parkplätze an der Winzerstrasse eingesetzt? Und wer weiss, es werden sicher weitere Petitionen folgen.
Aufgrund des Krieges im Persischen Golf ist der Ölpreis stark angestiegen. Glücklich alle jene Hausbesitzerinnen und Mieter, die schon auf neue Heizungssysteme mit erneuerbaren Energien umgestellt haben und dank einem Elektroauto auch nicht von steigenden Benzinpreisen betroffen sind. Hier hat Winterthur Fortschritte gemacht, der Ausbau der Photovoltaik geht in die richtige Richtung. Auch in Zukunft setzen wir von der Mitte in der Klimapolitik auf Technologien statt Verbote. Und Energiepolitik wird immer mehr auch zur Sicherheitspolitik.
Der Rückblick auf die vier Jahre beinhaltet aber auch eine Perle, auf die ich gerne hinweisen möchte. Sie ist aber kein Legislaturziel. Es ist die Eröffnung der Villa Flora. Das ist eine Erfolgsgeschichte, auch dank dem grossen Engagement von Michael Künzle. Die geglückte Renovation und die guten Ausstellungen ziehen viel Publikum aus nah und fern an.
Der Mitte -Fraktion hat bereits bei der Präsentation der Legislaturziele vor vier Jahren stark kritisiert, dass weder für die Finanzen noch die Wirtschaft Ziele definiert beziehungsweise festgelegt wurden. Heute wissen wir wieso. Die links-grüne Mehrheit im Stadtrat interessiert sich schlichtweg nicht, ob es für die Winterthurer Unternehmen gute Rahmenbedingungen gibt. Ebenso ist es ihnen egal, ob die lokale Wirtschaft floriert oder nicht. Die Unternehmen sollen einfach Steuern bezahlen und froh sein, dass man ihnen bis jetzt noch nicht alle Parkplätze weggenommen hat.
Auch das Thema Finanzen ist ein Trauerspiel, null Ehrgeiz, null Phantasie. Winterthur hat weiterhin einer der höchsten Steuersätze im Kanton Zürich. Die einzige Lösung des links-grünen Stadtrates ist es, einfach mehr Geld vom Kanton zu fordern. Es sind aber gerade wieder

die links-grünen Parteien im Kantonsrat, die immer wieder Vorlagen unterstützen, die zu Mehrbelastungen für die Gemeinden und somit auch für Winterthur führen. Auch wenn Die Mitte-Fraktion ebenfalls der Auffassung ist, dass Winterthur im Vergleich zur Stadt Zürich zu wenig Zentrumsausgleich bekommt, erwarten wir doch, dass der Stadtrat endlich mehr Anstrengungen unternimmt, um die Steuer- und Finanzkraft von Winterthur zu steigern.
Wir hoffen also darauf, dass der neue Stadtrat in seiner neuen Zusammensetzung dann Legislaturziele formuliert, welche etwas mehr Rücksicht darauf nehmen.
Die Mitte-Fraktion nimmt den Legislaturbericht zur Kenntnis.

Parlamentspräsident S. Kocher: Als nächstes hat für die FDP-Fraktion anstelle von Felix Helg Cristina Mancuso das Wort.

C. Mancuso (FDP): Die FDP nimmt den vorliegenden Legislaturbericht zur Kenntnis und anerkennt die geleistete Arbeit des Stadtrates. In verschiedenen Bereichen konnten wichtige Fortschritte erzielt werden. Positiv hervorzuheben sind verschiedene Infrastrukturvorhaben, die für die langfristige Funktionsfähigkeit und Attraktivität unserer Stadt wichtig sind.
Dazu zählen insbesondere die Schulbauten, die Weiterentwicklung der Energie- und Entsorgungsinfrastruktur sowie weitere zentrale Projekte für die Zukunft von Winterthur.
Diese Vorhaben zeigen, dass Winterthur in der Lage ist, wichtige Projekte anzugehen und umzusetzen.
Entscheidend wird jedoch sein, künftig klare Prioritäten zu setzen und Projekte konsequent nach Nutzen, Dringlichkeit und Finanzierbarkeit zu beurteilen.
Daher fällt die Bilanz aus Sicht der FDP insgesamt durchzogen aus.
Insbesondere bei den Schwerpunkten «Lebensqualität und Stadtentwicklung» sowie «Leistungsfähige Verwaltung» besteht weiterhin erheblicher Handlungsbedarf.
Der kommunale Richtplan verzögert sich massiv – auch deshalb, weil er in wesentlichen Punkten an den Bedürfnissen und Anliegen vieler Einwohner und Einwohnerinnen vorbeigeplant wurde.
Statt breit abgestützte und mehrheitsfähige Lösungen vorzulegen, werden teilweise ideologisch geprägte Vorstellungen priorisiert. Dies hat Widerstände in der Bevölkerung ausgelöst und wird wichtige Entwicklungen verzögern.
Auch die Rahmenbedingungen für Investitionen und Wohnungsbau bleiben ungenügend.
Gerade beim Thema Wohnungsbau braucht Winterthur deutlich mehr Tempo. Es muss einfacher werden, in dieser Stadt zu investieren und zu bauen.
Die Bürokratie ist abzubauen, Verfahren müssen beschleunigt werden und Planungssicherheiten müssen geschaffen werden. Winterthur braucht mehr Wohnungen – und zwar in allen Preissegmenten.
Auch bei den IT-Projekten und der Digitalisierung der Verwaltung sieht die FDP weiterhin erhebliches Verbesserungspotenzial. Eine leistungsfähige Verwaltung bedeutet nicht nur, neue Systeme einzuführen, sondern Prozesse effizient intern auf andere abzustimmen, schneller und bürgerfreundlicher zu gestalten. Wir erwarten in der kommenden Legislatur spürbare Fortschritte.
Besonders kritisch beurteilt die FDP die finanzielle Entwicklung der vergangenen Legislatur. Die Verschuldung der Stadt hat deutlich zugenommen, während gleichzeitig die finanziellen Herausforderungen von kommenden Jahren weiter anwachsen. Damit wird der Handlungsspielraum künftiger Generationen zunehmend eingeschränkt. Winterthur kann nicht dauerhaft mehr ausgeben, als es erwirtschaftet. Die Stadt braucht eine Finanzpolitik, die Prioritäten setzt, Ausgaben konsequent auf ihre Notwendigkeit überprüft und die Investitionen sorgfältig gegeneinander abwägt.
Die FDP fordert den neuen Stadtrat deshalb auf, den Wirtschaftsstandort Winterthur konsequent zu stärken. Dazu gehören investitionsfreundliche Rahmenbedingungen, eine leistungsfähige Infrastruktur, ein effizienter Verwaltungsapparat sowie ein sorgfältiger Umgang mit den städtischen Finanzen.

Langfristig entstehen zusätzliche Einnahmen nicht durch höhere Belastungen der Bevölkerung, sondern durch wirtschaftliches Wachstum, neue Arbeitsplätze, innovative Unternehmen und zusätzliche Wertschöpfung in unserer Stadt. Winterthur darf nicht stehen bleiben. Unsere Stadt muss wachsen können – wirtschaftlich, infrastrukturell und beim Wohnungsangebot. Dafür braucht es in der kommenden Legislatur mehr Effizienz, mehr Pragmatismus, eine konsequente Priorisierung der Aufgaben und eine nachhaltige Finanzpolitik.
Die FDP wird den Stadtrat dabei konstruktiv begleiten, aber auch dort kritisch hinterfragen, wo finanzielle Vernunft, wirtschaftliche Entwicklung oder die Interessen der Bevölkerung zu wenig berücksichtigt werden.
Besten Dank.

J. Guddal (GLP): Ja, nach dieser Lobeshymne von Iris für Mike zur Villa Flora fühle ich mich ehrlich gesagt gerade ein bisschen schlecht, denn ich habe so etwas für Katrin nicht in mein Votum eingebaut – auch wenn sie das sicher genauso verdient hätte. Aber ich habe versucht, das Ganze ein bisschen nüchterner anzuschauen.
Die GLP-Fraktion nimmt den Legislaturbericht 2022 – 2026 grundsätzlich positiv zur Kenntnis. Wie bereits vor vier Jahren gibt sich der Stadtrat die Note 5. Vieles wurde erreicht, wichtige Projekte wurden angestossen und die Schwerpunkte erscheinen insgesamt ausgewogen über alle Departemente verteilt. Das verdient Anerkennung.
Trotzdem fällt unsere Bilanz ein bisschen zurückhaltender aus. Wenn von 23 prioritären Massnahmen lediglich 12 vollständig umgesetzt sind, dann ist das auch aus unserer Sicht eher befriedigend als gut. Der Bericht zeigt zwar zahlreiche Fortschritte, bleibt aber bei der kritischen Selbstreflexion oberflächlich. Es wäre wichtig gewesen, klarer aufzuzeigen, wo die Ziele nicht erreicht wurden, wo Projekte ins Stocken geraten sind und welche Lehren daraus gezogen werden können.
Positiv hervorheben möchten wir, dass wichtige Infrastrukturprojekte wie Winterthur Süd, der Richtplan oder verschiedene Schulhausprojekte vorangetrieben wurden; teilweise auch aufgrund von Druck aus dem Parlament. Gleichzeitig gibt es Projekte, bei denen die politische Abstimmung im Vorfeld ungenügend war, wie beim Camping Schützenweiher oder bei der Frauenfelderstrasse. Dort sind Konflikte zu spät erkannt worden. Auch beim Klimaschutz sehen wir Fortschritte, etwa beim Ausbau der Photovoltaik oder den Wärmeverbünden. Insgesamt geht das Tempo aber weiterhin zu langsam, um das Netto-Null-Ziel 2040 realistisch zu erreichen. Ähnlich gilt es für die Digitalisierung. Es ist einiges umgesetzt, doch gerade bei den durchgängig digitalen Prozessen und der Verwaltungsmodernisierung erwarten wir ein bisschen mehr Dynamik. Positiv beurteilen wir das Departement Soziales; gerade in Krisensituationen wurde engagiert und pragmatisch gehandelt. Gleichzeitig braucht es künftig noch mehr proaktive Ansätze, insbesondere angesichts der steigenden sozialen und demografischen Herausforderungen.
Grundsätzlich stellt sich für uns aber auch die Frage, welche politische Verbindlichkeit solche Legislaturziele überhaupt haben. Sie dienen heute eher als Orientierungshilfe, weniger als ein echtes politisches Führungsinstrument. Als interne strategische Leitplanke ist es sinnvoll; nach aussen entsteht teilweise ein zu positives Gesamtbild ohne genügend Differenzierung.
Die GLP anerkennt die geleistete Arbeit des Stadtrats ausdrücklich. Insgesamt ziehen wir eine mehrheitlich positive Bilanz mit Luft nach oben. Unsere Gesamtnote liegt deshalb eher bei einer soliden 4.5 als bei einer 5.
Ich habe geschlossen. Danke.

Ph. Weber (SP): Nach dem Rundumschlag von Iris Kuster werde ich jetzt auch – als stadtbekannter Friedensstifter – zuerst ein bisschen Lob verteilen. Zuerst einmal Danke sagen an Stadtrat und an die Verwaltung für diese interessanten und ansprechende Geschichte. Der Legislaturbericht ist schön und spannend zu lesen.
Mit 12 von 23 umgesetzten Massnahmen ist die Bilanz nach eigener Einschätzung des Stadtrates gut. Und in Anbetracht der zum Teil sehr grossen Ziele teilt die SP-Fraktion diese Einschätzung zum grössten Teil.

Mit dem neuen kommunalen Richtplan werden wichtige Weichen für die Zukunft gestellt und wir sind sicher und überzeugt davon, dass auch die Bevölkerung bei einer allfälligen Abstimmung die Visionen von Stadtrat und Parlament unterstützen wird. Der Masterplan Winterthur Süd könnte zu einem der einflussreichsten Projekte unserer Generation führen. Auch da gilt ein besonderer Dank an alle, die sich bereits dafür eingesetzt haben und das auch weiterhin machen werden.
Im Bereich von Klimaschutz und Klimaanpassungen sind viele Massnahmen wie der neue Energieplan und neue Wärmeverbünde umgesetzt worden. Dass bei der Beschaffung jetzt auch Nachhaltigkeit und soziale Aspekte eine Rolle spielen, begrüssen wir ausserordentlich. Gleichzeitig hoffen wir, dass Klimaschutz und besonders das vom Volk gesetzte Ziel Netto-Null 2040 auch in den nächsten Legislaturen eine prioritäre Rolle einnehmen werden.
Die Gleichstellung von Menschen mit Beeinträchtigungen ist durch die Schaffung einer Stelle für Behindertengleichstellung vorangetrieben worden, aber in diesem Bereich gibt es noch einiges zu tun. Barrierefreier ÖV und komplette Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen sind noch lange nicht durchgehend erreicht und wir werden uns weiterhin dafür einsetzen.
Es freut uns, dass Winterthur finanziell stabilisiert ist und in den letzten Jahren überwiegend positive Rechnungsergebnisse präsentieren konnte. In Anbetracht dessen sind wir aber der Meinung, dass im Bereich Kulturförderung und Quartierentwicklung noch deutlich Luft nach oben ist. Quartierzentren müssen flächendeckend unterstützt und aufgestockt werden und soziale Aspekte sowie die akute Wohnkrise müssen in der Stadtentwicklung eine zentralere Rolle einnehmen. Das Label «Kulturstadt» ist durch den Umbau eines Theaters und ein paar netten Worten noch nicht gerechtfertigt. Es müssen deutlich mehr Mittel und Räume für niederschwelliges Schaffen und den Zugang zu Kultur zur Verfügung gestellt werden.
Trotz diesen auch kritischen Worten sind wir, wie eingangs gesagt, zu einem grossen Teil zufrieden mit der Arbeit und danken allen, die sich jeden Tag für unsere Stadt und ihre Menschen einsetzen. Wir nehmen den Bericht positiv zur Kenntnis.

Stadtpräsident M. Künzle: Ganz am Anfang bedanke ich mich, dass Ihr Euch mit diesem Bericht befasst habt. Alle Fraktionen haben vertiefter hineingeschaut, haben einzelne materielle Punkte daraus vorgetragen und genauso unterschiedlich, wie es jetzt dahergekommen ist, käme es auch heraus, wenn der Stadtrat mit dem Parlament zusammen die Legislaturpunkte besprechen würde. Das wäre ein völlig neues Instrument.
Es ist richtig, das sind die stadträtlichen Legislaturschwerpunkte. Und wir sind am Schluss dieser Legislatur und schauen, was alles gelaufen ist. Es ist ja nicht so, dann nur Legislaturscherpunkte umgesetzt werden, sondern da läuft in dieser Stadt noch so viel. Und die Kunst in diesem Prozess ist zu fokussieren, das wurde gesagt. Man muss fokussieren und das ist die grösste Herausforderung, wenn der Stadtrat seine Legislaturschwerpunkte zusammenträgt. Wir haben nämlich ganz viele Sachen, die uns umtreiben. Und in diesem ganzen Prozess müssen wir verdichten und am Schluss sagen, fokussiert, was wir in den nächsten vier Jahren vor allem anschauen wollen. Dieses Mal waren es «Lebensqualität und Stadtentwicklung», «Klimaschutz und Klimaanpassung», «Sozialer Zusammenhalt» und «Leistungsfähige Verwaltung».
Ja, wir sind der Meinung, es ist eine gute Bilanz, die wir vorlegen. Wir sagten auch, 12 Massnahmen von diesen 23 hatten wir zum Zeitpunkt der Berichterstattung bereits umgesetzt. Und weitere 6 kommen noch im Jahr 2026. Zum Teil haben wir diese jetzt schon, also bis zu den Sommerferien, erledigen können. Also diese Bilanz lässt sich wirklich sehen.
Dass wir uns nicht in eine depressive Phase versetzen, indem wir alles hochkritisch anschauen, das versteht sich – glaube ich – von selbst. Mit diesem Bericht möchte man nach aussen bekanntgeben, was man gemacht hat, was man geleistet hat. Und ich bin wirklich der Meinung, es ist viel.
Kritik kann ich natürlich locker entgegennehmen, dass man nächstes Mal noch ein bisschen selbstkritischer sein darf. Da muss ich meine Kollegen und Kolleginnen anschauen, wie viel Selbstkritik sie hineinbringen. Ich verzichte darauf, dass ich jetzt überall materiell etwas dazu sage. Aber es hätte schon noch ein paar Beispiele. Also Iris hat das völlig realistisch gesagt,

es war ein sehr gutes Votum, danke. Ich muss aber darauf hinweisen bei der Villa Flora: Wir haben es bestellt und die Leute von Christa haben es gebaut. Wir haben selbst den Spatenstich gemacht, bei dem dann der Spaten auseinandergebrochen ist, um zu zeigen, dass das nicht einfach ein Hosenlupf ist, sondern dass da sehr viel Arbeit dahintersteckt. Wir haben sehr viele Sachen, an denen mehrere Departemente beteiligt sind. Vor allem der Bau ist häufig daran beteiligt, wenn es um Infrastruktur geht – sei es von der Schule, sei es von der Kultur -, denn sie müssen es bauen. Und das braucht eine sehr gute Zusammenarbeit.
Jawohl, EVP/EDU, natürlich gibt es einen Boost gegen den Schluss hin, weil man natürlich den Ehrgeiz hat, möglichst viel umzusetzen. Aber es ist jetzt nicht so, dass wir drei Jahre nach hinten liegen und darauf warten, bis wir vor der Ziellinie stehen, sondern man arbeitet daran und arbeitet daran. Und wenn man sieht, es reicht nicht, dann gibt man vielleicht noch einen darauf.
Schöne grosse Ziele wurden gewünscht und das Scheitern zugeben. Das kann ich nachvollziehen, das kam von der EVP/EDU. Aber ich glaube, wichtig ist, dass wir der Bevölkerung aufzeigen können, was wir alles erreicht haben. Und das mit der Selbstkritik habe ich gesagt. Für uns wichtig ist «gouverner c'est prévoir». Wir müssen vorausschauen – und das machen wir im Stadtrat regelmässig. Auch wenn uns gewisse Medienberichte etwas anderes vorgeworfen haben. Nein, wir schauen voraus. Wir arbeiten mit der SBB zusammen, wir arbeiten mit dem Kanton Zürich zusammen, wir arbeiten mit dem ASTRA zusammen. Wir schauen die grossen Bogen an und legen die Grundlage, dass unsere Nachfolger dann übernehmen können. Wir werden – also ich sicher nicht mehr – keine Bänder durchschneiden, wenn jetzt ein Projekt anfängt. Beim Tiefbau zum Beispiel, das geht einfach lange. Das sind lange Prozesse. Aber wichtig ist, dass wir die Grundlagen legen, damit dann unsere Nachfolger/-innen übernehmen und ein Projekt abschliessen können. Das ist enorm wichtig.
Das wäre ein völlig neues Instrument, wenn man sagen würde, das macht der Stadtrat und das Parlament zusammen. Ich glaube, das würde nicht einfacher werden, zu fokussieren. Das wäre ein völlig neues Instrument.
Der kommunale Richtplan, das ist ein gigantisches Werk, das habt Ihr selbst mitbekommen. Dort ist es einfach so: Wenn man ein ganzes Paket hat, dann ist in den seltensten Fällen jemand mit dem ganzen Paket einverstanden. Sondern man findet vielleicht, das ist nicht gut und dort könnte man mehr… Aber man muss sich rätig werden, was in der Gesamtbilanz ist, was in der Botschaft dahinter steht. Das ist wichtig. Und vielleicht hat es dann gewisse Abstriche, die man in Kauf nehmen muss.
Die GLP sagte, sie nehmen das nüchtern zur Kenntnis, aber grundsätzlich gut. Zur Zahl 12 habe ich schon etwas gesagt. Materiell zu den einzelnen Themen könnten wir jetzt lange diskutieren, aber ich glaube, das wäre nicht zielführend. Aber die GLP, das habe ich gehört, gäbe eine 4.5 und wir eine 5. Das sind einfach die unterschiedlichen Sichtweisen. Ich könnte auch mit einer 4.5 leben. Aber wir sagten jetzt, es ist eine 5.
Die SP hat ein Lob ausgesprochen, danke vielmals, Philippe. Sehr staatsmännisch. Und Du hast natürlich Recht, es ist eine gute Arbeit, die wir da abliefern, alle diese Punkte, die Du aufgeführt hast. Und jawohl, wir wissen, wir haben noch Herausforderungen, die noch nicht abgeschlossen sind, da sind wir nicht blauäugig. Wir haben es vielleicht nicht so deutlich geschrieben, aber es ist uns bewusst, wo noch Handlungsbedarf ist.
Und nochmals: Wir schauen voraus. Und wenn man uns sagt: «Ihr müsst halt den Finanzausgleich besprechen!» - Da sind wir schon lange dran. Wir bereiten das vor, wir suchen den Kontakt zum Kanton, wir lobbyieren. Wenn wir in den letzten Jahren lobbyiert haben, dann ist das eigentlich fast unser Vorname. Wir haben dauernd geschaut, dass wir etwas platzieren können. Auch wenn uns das die Medien nicht glauben wollten. Es ist aber so, wir schauen voraus, «gouverner c'est prévoir». Ich wiederhole mich.
Und dass man diese Punkte von einer Legislaturplanung zusammensetzt. Nochmals: Das Fokussieren ist die Hauptherausforderung. Und das möchte ich nochmals betonen: Das haben wir gemacht.
Nochmals, ich habe es in der Kommission gesagt, dass es mich sehr freuen würde, wenn alle Fraktionen diesen Bericht anschauen, kommentieren (in welcher Schattierung auch immer).

Aber ich bin der Meinung, der Respekt vor der Arbeit – jetzt auch einmal vor unserer Arbeit -, der ist gegeben, wenn Ihr einen Legislaturbericht anschaut, lest und beurteilt. Und wir von Euch wie eine Qualifikation erhalten und nicht einfach «Es ist ja nur der stadträtliche Legislaturbericht». Und von daher danke ich Euch herzlich für alle Eure Voten. Merci vielmal.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Mike, für Deine ausführliche und schöne Replik. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Es geht um die Kenntnisnahme.
A = Zustimmende Kenntnisnahme, B = Ablehnende Kenntnisnahme.
Abstimmungsergebnis: Mit einer deutlichen Mehrheit von 45:7 bei 1 Enthaltung wird der Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen.

8. Traktandum
Parl.-Nr. 2026.12: Verpflichtungskredit von Fr. 1'990'000 für die Umsetzung der ersten Stufe des Konzepts Verkehrsdatenerfassung (Projekt-Nr. 5007180)

Parlamentspräsident S. Kocher: Verpflichtungskredit von Fr. 1'990'000 für die Umsetzung der ersten Stufe des Konzepts Verkehrsdatenerfassung (Projekt-Nr. 5007180). Die Referentin ist Katharina Frei Glowatz.

K. Frei Glowatz (SBK): Gerne stelle ich Ihnen den Verpflichtungskredit von 1.99 Millionen für die Umsetzung der ersten Stufe des Konzepts Verkehrsdatenerfassung vor.
Wir schauen zuerst ein bisschen zurück: Es war 2019, als die Lichtsignale, die Verkehrsrechner und das Parkleitsystem von der Stapo übergingen ins Tiefbauamt. Die Infrastrukturen wurden analysiert, man hat eine Zustandsanalyse gemacht und das Resultat ist (man kann sich nicht wundern darüber, es wurde sehr gespart in dieser Zeit): Die Verkehrsdatenerfassung und die ganze Infrastruktur waren sehr ungenügend.
Der Stadtrat beauftragte daraufhin das Tiefbauamt, eine Strategie zu erarbeiten für eine neue Verkehrsdatenerfassung. Man sieht da noch einen Ausschnitt aus einem Städtevergleich. Winterthur als eine der sechs grössten Städte glänzt da wirklich nicht, sie hat in der zweiten Periode der MIV-Zählung Entwicklung 2015 – 2021 einfach «keine Angaben», falls Sie das sehen rechts oben. Das ist eine Abbildung aus dem Städtevergleich Mobilität.
Das ist ungefähr der Stand, den wir seit Jahren haben, dass Winterthur keine oder nur sehr wenige Daten hat. Sie werden stichprobenmässig erfasst, wenn Anfragen kommen, aber es gibt kaum Dauermessstellen.
Was soll das neue Konzept, was soll die neue Infrastruktur denn alles können? Man möchte eine moderne und verkehrsmittelübergreifende Datenerfassung, eine Dauerdatenerfassung aufbauen. Sie muss unterschiedlichen Anforderungen an Datenqualität genügen. Die höchsten Anforderungen sind bei den Lärmberechnungen für den Emissionskataster. Und man hat dafür die Technologie mit dem Namen «Swiss 10» gewählt. Da werden nämlich 10 verschiedene Fahrzeugklassen und ihre Geschwindigkeit und auch der Lärm erfasst. Es gab Kritik an dieser Swiss 10, ich komme gleich nachher noch darauf zurück. Da sieht man die 10 Fahrzeugklassen, welche diese Technologie erfasst.
Zuerst aber noch: Für wen machen wir das überhaupt? Wir sehen da links mehrere stadtverwaltungsinterne Stellen und dann noch externe Stellen, wie zum Beispiel der Kanton Zürich, das Amt für Mobilität, das diese Daten braucht für das Gesamtverkehrsmodell, für Forschung und Lehre usw. Dann natürlich auch die Öffentlichkeit, welche diese Daten interessiert.
Jetzt zu dieser Technologie Swiss 10: Sie ist ein sehr bewährtes System. Sie schafft die Voraussetzungen, um für den Emissionskataster und für die Treibhausgasbilanz anpassen und berechnen zu können; mit den Dauerzählungen, die sie erstellt. Wie gesagt, es ist ein bewährtes System. Der Kanton und der Bund arbeiten schon lange mit dieser Technologie. Und das Ziel des Tiefbauamtes ist auch, keine Experimente zu machen, sondern auf diese Technologie zu setzen, auch wenn sie nicht mehr die allerneueste ist. Aber im Moment gibt es

nichts Neueres auf dem Markt, was eine ähnliche Qualität erbringen könnte. Sie wird auch bei den Lichtsignalanlagen angewendet. Und man ist sich klar, dass wir uns in einem dynamischen Markt befinden. Diese Technologie ist, soweit man das jetzt abschätzen kann, aufwärtskompatibel. Aber sicher wird man, bevor man dann die zweite Etappe dieser Messstellen bauen wird, das neu beurteilen und dann wieder – je nachdem – reagieren.
Die Kommunikation oder das Reporting ist sehr wichtig. Durch die Transparenz wird es weniger Anfragen geben und das wird auch den Aufwand senken. Für Profis, die Hochschulen und Ingenieurbüros wird man Rohdaten abgeben; und für die Bevölkerung und die alle interessierten Stellen die wichtigsten Kennzahlen bereinigt und plausibel darstellen.
Jetzt da eine kleine Übersicht über die bestehenden Messstellen. Man sieht, es ist noch ziemlich dünn gesät, es sind sehr wenige Messstellen in der ganzen Stadt. Die einen, die Rot sind, sind ausser Betrieb, und die einen haben keinen Stromanschluss. Ich greife zwei heraus, die trotzdem funktionieren: Schloss Wülflingen zum Beispiel ist eine MIV-Zählstelle und bei der Frohbergstrasse gibt es eine Velozählstelle, die jetzt schon läuft und die von Smart Traffic (der Software, welche sich die Stadt angeschafft hat im Tiefbauamt) ausgewertet wird.
Dieses Konzept, wie gesagt, geht von drei Stufen aus. Im Kredit, der heute vorliegt, geht es nur um die erste Stufe (also dort, wo 1. Priorität steht). Und da sieht man, dass man sich zuerst auf die Hauptverkehrsstrassen mit einem durchschnittlichen Tagesverkehr von 15'000 und mehr Fahrzeugen pro Tag fokussiert, man geht auf die Veloschnellrouten aus dem regionalen Richtplan und man schaut den Fussverkehr in den Zentren an. Erst in der zweiten und in der dritten Stufe wird man dann versuchen, dieses Messstellennetz zu verdichten mit noch mehr Messstellen.
Hier seht Ihr die Messstellen, welche für die erste Stufe, also für die 1. Priorität geplant sind. Das sind 20 neue Zählstellen an 16 Standorten, die man jetzt für die erste Stufe, also für diesen Kredit, plant. Ein Teil davon sind bestehende, die nur ertüchtigt werden müssen. Und davon sind vier kombiniert mit Velo und MIV. Und auch 9 temporäre Fussverkehrmessstellen an sieben aufeinander folgenden Tagen. Denn um den Fussverkehr zu messen, dafür gibt es noch keine Technologie, da wird man weiterhin auf eine Art von Kameras setzen müssen.
Auf der nächsten Folie sieht man die ganze Übersicht: Die roten sind diejenige von der ersten Stufe, die orangen von der zweiten Stufe und die gelben von der dritten Stufe. Insgesamt plant man also an 67 Standorten 82 neue Dauerzählstellen. Die einen sind dann eben kombinierte, einige sind auch solche, die mit den Schlaufendaten der Lichtsignalanlagen gekoppelt sind. Und dazu kommen noch die Fussgängerzählstellen.
Auf der nächsten Folie sehen wir, wie das aussieht. Die blauen Kästen kennt man schon, es ist wie gesagt das gleiche System, das auch der Kanton hat. Es sind Induktionsschlaufen, bei denen das Auto über zwei solcher Schlaufen fährt und somit gezählt werden kann.
Massgebend für die Kosten sind Tiefbauarbeiten, der Stromanschluss (das ist ein sehr gewichtiger Kostentreiber), der Installationsaufwand vor Ort – die Messgeräte machen eigentlich eher einen kleineren Teil der Gesamtkosten aus.
Hier die Übersicht der Kosten, um die erste Stufe umzusetzen, also das noch nicht wahnsinnig dichte Netz von Messstellen, aber immerhin. Dafür braucht es gut 1.5 Millionen. Dazu kommt der Fussverkehr, die 9 temporären Messungen pro Jahr (also an sieben aufeinanderfolgenden Tagen). 120'000 Franken sind Eigenleistungen; dann die Reserven. Man kommt so zu einem Total von etwas über 2 Millionen. Die Mehrwertsteuer kommt noch dazu.
Der beantragte Kredit ist bei 1.99 Millionen, denn 200'000 Franken dieses Kredits sind bereits bewilligt. Und dann, abzüglich der Investitionseinnahmen, kommt der Strassenfonds mit 1.64 Millionen. Das ist aber ein Zufall, dass das die gleiche Zahl ist wie oben. Dieses Geld werden wir vom Kanton erhalten, wenn das gebaut ist. Es kommt also nicht vorgängig, aber wenn diese Infrastrukturanlagen gebaut sind, wird das der Kanton aus dem Strassenfonds übernehmen. Somit bleiben für die Stadt 550'000 Franken.
Das Geschäft ist an zwei Lesungen beraten worden. Es gab viele Fragen und viele Diskussionen. Wir haben mit 6:3 zugestimmt und der Kommissionsantrag ist von daher eine Zustimmung.
Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Parlamentspräsident S. Kocher: Besten Dank. Dann haben wir als ersten Redner für die SVP Philipp Angele.

Ph. Angele (SVP): Die SVP-Fraktion lehnt den Verpflichtungskredit von 1.99 Millionen Franken für die erste Stufe dieses Konzepts ab.
Dazu möchte ich die folgenden Gedanken sagen: Bereits heute werden Verkehrsdaten projektbezogen erhoben. Für konkrete Planungen, Bauprojekte oder Verkehrsuntersuchungen können die erforderlichen Daten jeweils bedarfsgerecht beschafft werden. Dafür braucht es kein flächendeckendes Netz mit Dutzenden neuer Dauerzählstellen, solchen Induktionsapparaten.
Besonders kritisch sehen wir, wie im Expertenbericht aufgezeigt wurde, den sehr breiten Verwendungszweck der geplanten Verkehrsdatensammlung. Die Daten sollen nicht nur für die Verkehrsplanung genutzt werden, sondern auch für Lärmberechnungen, Emissionskataster, Richt- und Nutzungsplanung, Hochschulen, Ingenieurbüros, Informationsdienstleister sowie nationale und kantonale Datenplattformen. Damit entsteht ein System, das laufend mehr Daten erhebt, ohne dass sich für uns der konkrete Nutzen für die Winterthurer Bevölkerung erschliesst.
Es stellt sich daher für uns die zentrale Frage: Welchen konkreten Mehrwert erhält die Stadt Winterthur für insgesamt rund 6 Millionen Franken? Wer A sagt, der sagt auch B – die 6 Millionen Franken sind über alle Stufen, Schritt 1, 2 und 3. Am Ende entstehen vor allem zusätzliche Erhebungsdaten. Solche Daten alleine verbessern jedoch noch kein Verkehrsnetz. Viele verkehrlichen Probleme und Engpässe sind bereits heute aus unserer Sicht bekannt und können auch durch bestehende Erhebungen, Beobachtungen und gezielte Analysen identifiziert werden. Wichtig: Es braucht Handlungsmassnahmen dazu, die greifen.
Hinzu kommt, dass heute bereits moderne und teilweise kostengünstigere Möglichkeiten zur Verkehrsanalyse zur Verfügung stehen. Wie gehört vorhin, der Markt ist sehr dynamisch. Bewegungs- und Verkehrsdaten werden durch digitale Systeme und Plattformen erhoben (Stichwort Smartphones usw.). Umso mehr stellt sich die Frage, ob die Stadt hier eine eigene, teure Infrastruktur aufbauen muss.
Das übergeordnete Ziel müsste eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur sein. Die Beseitigung von Engpässen sowie ein funktionierendes Strassennetz für Gewerbe, Pendler und Bevölkerung erachten wir als prioritär. Mehr Verkehrszähler helfen leider bei diesem Umstand oder Problem nicht.
Hinzu kommt, dass der heute beantragte Kredit lediglich die erste Ausbaustufe darstellt. Das Konzept sieht insgesamt drei Ausbaustufen vor, mit Kosten von rund 6 Millionen Franken. Und wer heute Ja sagt, sagt letztlich auch Ja zu einem schrittweisen Ausbau dieser ganzen Infrastruktur und zu weiteren Kreditanträgen in den kommenden Jahren.
Die Stadt soll daher aus unserer Sicht nur jene Daten erheben, die sie tatsächlich für das jeweilige Projekt auch benötigt. Zusammengefasst: Wirtschaftlich und mit viel Augenmass.
Aus diesen Gründen lehnen wir den Kredit von 1.99 Millionen Franken ab. Besten Dank.

D. Romay (FDP): Die FDP anerkennt den Bedarf nach besseren Verkehrsdaten ausdrücklich. Es ist unbestritten, dass die Stadt Winterthur heute nur über lückenhafte Datengrundlagen verfügt. Bestehende Messstellen wurden teilweise seit Jahren (wir haben es vorhin gehört) nicht mehr genutzt, Auswertungen erfolgen projektbezogen oder auf Basis von Stichproben – wenn überhaupt.
Wer eine Stadt plant und entwickeln will, braucht verlässliche Daten. Das gilt für den motorisierten Individualverkehr, für den Veloverkehr und auch für den Fussverkehr gleichermassen. Die FDP stellt deshalb den Nutzen von Verkehrsdaten nicht infrage. Wir stellen aber infrage, ob heute der richtige Zeitpunkt ist, um fast zwei Millionen Franken in die erste Ausbaustufe dieses Systems zu investieren. Denn den vorliegenden Kredit kann man nicht isoliert betrachten, wie man vorhin auch schon gehört hat von meinem Vorredner.

Heute stimmen wir nicht einfach über einen Kredit von knapp zwei Millionen Franken ab. Heute stimmen wir über den Einstieg in ein System ab, das über drei Ausbaustufen hinweg am Ende deutlich über sechs Millionen kosten dürfte. Das Konzept sieht insgesamt, wie wir auch gehört haben, 67 Standorte vor mit 82 Dauerzählstellen. Gerade deshalb erwarten wir mehr Klarheit, bevor wir diesen Weg einschlagen und Steuergelder investieren.
Die Technologie entwickelt sich aktuell rasant weiter, gerade mit den ganzen KI-Technologien im Hintergrund. Das zeigt die Weisung aber auch selbst. Beim Fussverkehr zum Beispiel verzichtet die Stadt sogar bewusst auf Dauerzählstellen, weil man dort auf bessere Technologien wartet und die Entwicklung weiter beobachten will. Das finden wir vernünftig!
Wenn wir aber bereits heute anerkennen, dass sich die Technologien laufend verändern, dann müssen wir uns die Frage stellen: Ist es denn klug, jetzt einen mehrjährigen Investitionspfad zu starten, bevor klar ist, welche Technologien in den nächsten Jahren tatsächlich den Standard bilden werden?
Wir haben seit 2018 oder 2019 keine Messstellen mehr in Betrieb. Damit kommt es auf ein Jahr mehr oder weniger schnell loszulegen wohl kaum an. Die Auswirkungen werden aber konkrete finanzielle Folgen haben für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.
Für die FDP ist deshalb klar: Ja zu besseren Verkehrsdaten. Ja zu einer modernen und zukunftsfähigen Datengrundlage. Aber Nein zu einem vorschnellen Einstieg in ein mehrjähriges Millionenprojekt ohne vertiefte Prüfung der Technologie-Entwicklungen, der langfristigen Kosten und der strategischen Zielsetzung.
Aus diesem Grund werden wir dem Antrag von 1.99 Millionen heute nicht zustimmen.
Nicht weil wir gegen Verkehrsdaten sind, sondern weil wir wie gesagt überzeugt sind, dass Winterthur zuerst eine richtige Lösung definieren sollte, bevor es mehrere Millionen Franken investiert. Danke vielmals.

M. Nater (GLP): Zuerst Merci an Kathrin für die Vorstellung des Geschäftes.
Die Stadt Winterthur verfügt Stand heute über ein minimales Zählsystem für den Verkehr und eine permanente Datenerfassung gibt es auch nicht. Es herrscht also Handlungsbedarf – und zwar jetzt. Digital kann man nur werden, wenn Daten vorhanden sind, was bei der Verkehrszählung nicht der Fall ist.
Gerade beim Verkehr ist die Stadt Winterthur auf ein gutes Zählsystem angewiesen. Verkehrsdaten werden immer wichtiger, um Aussagen über Lärm, Schadstoffe und Entwicklungen zu geben. Zusätzlich stehen noch Grundlagendaten für Forschung und vertiefte Auswertungen zur Verfügung. Nur mit guten Verkehrsdaten sind beim Verkehr faktenbasierte Entscheidungen möglich. Das ist der Nutzen dieser Daten – und je schneller wir diese haben, umso besser. Und Warten ist, glaube ich, in der Technologiegesellschaft noch nie eine gute Lösung gewesen.
Als GLP haben wir wirklich auch die Frage eingebracht, ob nicht schon früher neue visuelle Zählsysteme mit KI vorhanden sind. Dies ist jedoch gemäss Verkehrsexperten der Stadt noch nicht möglich, da die geforderten Verkehrsdatenerfassungen nach dem Standard Swiss 10 noch nicht mit neuen Systemen in der geforderten Qualität sichergestellt werden können. Die neuen Systeme, welche auf den Markt kommen, werden jedoch von der Stadt Winterthur laufend geprüft und gemäss Aussagen ist der Ausbau kompatibel für die Stufe zwei und drei, wenn neue Systeme, die wirklich besser sind, da entsprechend auf den Markt kommen würden.
In dieser ersten Stufe werden relevante Messstellen an den relevanten Achsen und in zentralen Gebieten erstellt. Sie bilden das Minimum an der nötigen Netzdichte, um die Nachfrage nach Verkehrsdaten abzudecken. Für die erste Stufe ist ein Kredit von 1,99 Millionen Franken notwendig. Davon werden voraussichtlich 1.6 Millionen durch den Kanton - nach Fertigstellung - über den Strassenfonds zurückerstattet. Das heisst auch, je schneller die Messstellen eingebaut sind, desto schneller haben wir Daten, desto schneller haben wir Fakten und desto schneller bekommen wir die Gelder aus dem Strassenfonds zurück.
Um so schnell wie möglich eine permanente Verkehrsdatenerfassung zu haben, stimmen wir von der GLP dem Kredit zu.

Parlamentspräsident S. Kocher: Anstelle von Benjamin Kuratli oder in Vertretung von Livia Merz hat als nächstes das Wort Markus Steiner (SP).

M. Steiner (SP): Danke, Katharina, für das Vorstellen dieses Geschäfts.
Wir haben es schon gehört: Winterthur verfügt aktuell nur über sehr wenige Verkehrszählstellen. Diese sind aber Voraussetzung für eine solide Datengrundlage zur Verkehrsentwicklung in unserer Stadt; gerade um Veränderungen im Modalsplit zu monitoren, sind sie extrem oder sehr wichtig.
Die SP-Fraktion begrüsst deshalb, dass das schon einige Jahre alte Konzept zur Verkehrsdatenerfassung jetzt endlich in die Umsetzung geht. Wir laden den Stadtrat ausserdem ein, die zukünftigen Zählstellen – insbesondere zur Förderung des Veloverkehrs und der Kommunikation des Labels «Velostadt» - zu nutzen. So soll auch geprüft werden, wie Velozählstellen auch sichtbar zählen können. Zum Beispiel – Ihr kennt das alle – mit Zählstellen, wie sie momentan an der Velounterführung am Hauptbahnhof zum Einsatz kommen. Solche Zählstellen motivieren und tragen zur Veloförderung bei. Noch schöner und noch sichtbarer wären aber sogenannte Velobarometer, wie sie bereits in anderen Städten zum Einsatz kommen.
Ausserdem sollen die gesammelten Daten für eine regelmässige Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden, damit soll die Bevölkerung auch einen Einblick erhalten, wie sich Winterthur auf dem Weg zur «Velostadt für alle» entwickelt und wo Potenzial und Lücken bestehen.
Eine umfangreiche Verkehrsdatenerfassung ist in Winterthur überfällig. Und die jetzt geplante Technologie für die erste Etappe der Umsetzung ist state of the art für die Datenqualität, die wir jetzt brauchen. Die Umsetzung der Verkehrsdatenerfassung erfolgt, Ihr habt es auch schon gehört, in drei Etappen. Falls bei der nächsten Etappe bereits neue Systeme auf dem Markt sein sollten, welche die benötigte Datenqualität liefern können, wird man das auch entsprechend berücksichtigen.
Die SP-Fraktion stimmt dem Kredit von 1.99 Millionen Franken für die erste Etappe der Verkehrsdatenerfassung zu und lehnt den Antrag der SVP ab.

S. Bründler (Die Mitte): In Winterthur sind wir beim Verkehr aktuell im Blindflug. Unsere Zählgeräte wurden seit 2018 nicht mehr angefasst und sind schlicht veraltet. Stattdessen zahlen wir viel Geld an externe Büros für punktuelle Stichproben. Das ist weder modern noch effizient.
Die Mitte-Fraktion sagt Ja zu dieser ersten Stufe, weil:
1. Effizienter Mitteleinsatz: Der kantonale Strassenfonds übernimmt voraussichtlich einen grossen Anteil und für Winterthur bleibt dann eine Nettoinvestition von gut einer halben Million Franken. Das sorgt für ein solides Fundament bei einem vertretbaren Gesamtaufwand.
2. Genaue Erfassung: Das neue System zählt nicht nur pauschales Blech. Die Software kann zehn verschiedene Fahrzeugtypen separat ausweisen – das braucht es für eine bedarfsgerechte Planung.
Trotzdem nehmen wir den Stadtrat beim Wort: Die erste Etappe sichert das absolute Minimum, ist aber kein Blankoscheck für die nächsten zwei Stufen.
Eine 30-jährige Abschreibung digitaler Technik ist fragwürdig. Zudem gehören die 100'000 Franken für manuelle Fussgängerzählungen in den Betriebsaufwand und nicht in einen Investitionskredit. Da schauen wir in Zukunft genauer hin.
Aus diesen Gründen stimmt Die Mitte-Fraktion dem Kredit zu. Besten Dank.

A. Würzer (EVP/EDU): Danke für die Präsentation, Kathrin.
Zuerst mal ist für uns klar, dass Handlungsbedarf besteht. Ich glaube, da haben wir einen Konsens hier drinnen. Die aktuelle Situation ist unzureichend. Wie bereits in der Kommission diskutiert, besteht aber auch bei uns eine gewisse Skepsis betreffend Zeitpunkt und eingesetzter Technologie. Auch gerade, weil modernere Technologien zur Verkehrsdatenerfassung wohl schon bald zu mehr als konkurrenzfähigen Konditionen auf dem Markt sein werden –

und da meine ich jetzt explizit nicht Technologien in Richtung biometrischer Gesichtserkennung, gerade in der Messung des Fussverkehrs. Aber in dieser Phase auf ein doch eher umständliches Erfassungssystem mit erheblichen, auch baulichen Eingriffen zu setzen, birgt aus unserer Sicht ein gewisses finanzielles Risiko. Denn, wir haben es auch schon gehört, insgesamt werden wir wohl noch einige Millionen zusätzlich investieren mit der Umsetzung der Projektstufen zwei und drei.
Auch die Verteilung der Standorte mit 1. Priorität, gerade mit Blick auf das Stadtgebiet östlich vom HB, müsste wohl nochmals etwas genauer angeschaut werden, wie ich das auch bereits in der Kommission eingebracht habe.
Unsere Fraktion wird trotzdem zustimmen, denn die aktuelle Situation – wir haben es gehört - erfordert Massnahmen und der Stadtrat hat sich jetzt für diese Lösung (zumindest in der Phase 1) entschieden. Eine weitere Verzögerung wollen wir trotz den erwähnten Punkten deshalb nicht bewirken. Vielen Dank.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Nochmals nur ganz kurz: Die Fraktion Grüne/AL stimmt natürlich der stadträtlichen Vorlage zu. Warum? Das Konzept ist überfällig für uns. Verlässliche und durchgehende Verkehrsdaten sind grundlegend für die Erreichung der Klimaziele. Wir wissen es alle: Der MIV ist eine Art «Klima-Sorgenkind» der Winterthurer Klimaziele. Und wenn wir noch nicht einmal wissen, wo und zu welchen Zeiten die Strassen mit welchen Fahrzeugen gefüllt sind, haben wir natürlich überhaupt keine Handhabe, am Modalsplit auch nur ein bisschen zu schräubeln.
Wir freuen uns darauf, mit den neuen Messstellen dann – und endlich! - mit einem minimalen Datensatz aufzuschliessen zu den anderen big five der Schweizer Städte. Danke.

Stadträtin Ch. Meier: Vielen Dank, zuerst an Kathrin Frei für die Präsentation der Vorlage, und an die anderen Votantinnen und Votanten für die angeregte Diskussion.
Wir haben es gehört: Der Stadt Winterthur fehlen umfassende Daten zum Verkehr. Eine fundierte Verkehrsplanung basiert aber auf Verkehrsdaten. Bis jetzt haben wir diese Daten jeweils projektbezogen und punktuell erfasst. Wir haben es gehört: Das ist sehr aufwändig und sehr kostspielig.
Was uns aber immer fehlte, sind die systemischen Erkenntnisse, welche wir mit einer ausgebreiteten Verkehrsdatenerfassung erreichen könnten. Deshalb ist dieses Projekt, wie wir es gehört haben, überfällig.
Mit dem ersten Schritt können wir ein Grundnetz an Verkehrsdaten sicherstellen, mit dem zweiten und dritten Ausbauschritt können wir dieses dann so verfeinern, dass sich diese Aussagekraft noch verbessert.
Zu den beiden Ablehnungsbegründungen möchte ich sagen: Die SVP hat kritisiert, dass die Daten zu breit genutzt werden. Dazu kann ich einfach sagen: Verkehr ist in einer Stadt so zentral und so systemrelevant, der Verkehr beeinflusst fast sämtliche Lebensbereiche, ist wesentlich für Private und die Wirtschaft. Wir wissen nämlich zufällig, dass für die Wirtschaft nicht nur die Anzahl Parkplätze wesentlich ist, sondern auch, wie sich der Verkehr in der Stadt gestaltet. Und deshalb: Ja, sie ist breit, diese Nutzung – aber eben deshalb, weil der Verkehr auch einen so grossen Einfluss auf alle diese Bereiche hat.
Zur Begründung der FDP für die Ablehnung: Da habe ich grosses Verständnis. Es ist ein bisschen, wie wenn man ein Handy kaufen möchte. Man weiss ungefähr, was man braucht. Man weiss, dass die Handys, die jetzt auf dem Markt sind, das einigermassen können. Man weiss aber, dass das nächste und übernächste Handy noch mehr können. Und dass man vielleicht dann auch über diese Sachen, welche dieses Handy dann noch kann, froh wäre. Nur: Mit dieser Logik kauft man einfach nie ein Handy, denn das nächste kann immer mehr. Ich kann Ihnen versichern, wir haben uns sehr fundiert mit diesen Technologiefortschritten auseinandergesetzt. Wir wissen, dass nächste Generation von solchen Systemen mehr können werden. Aber wir werden darauf achten, dass wir Sachen nutzen, die wir sinnvoll einsetzen können und die eben auch die Aufwärtskompatibilität haben, damit wir dann auf solche Technologieschritte adäquat reagieren können.

Ich danke für die breite Unterstützung und habe damit geschlossen.

Parlamentspräsident S. Kocher: Dann kommen wir zur Abstimmung.
A = Zustimmung, B = Ablehnung.
Abstimmungsergebnis: Mit 39:14 habt Ihr diesem Kredit zugestimmt.

9. Traktandum
Parl.-Nr. 2026.22: Abrechnung des Verpflichtungskredits von Fr. 5'490’054.38 für die Erweiterung des Schulhauses Laubegg (Projekt-Nr. 5011950)

Parlamentspräsident S. Kocher: Abrechnung des Verpflichtungskredits von Fr. 5'490’054.38 für die Erweiterung des Schulhauses Laubegg (Projekt-Nr. 5011950). Der zuständige Referent ist Alex Würzer.

A. Würzer (SBK): Ich darf Euch die Abrechnung des Verpflichtungskredits des Schulhauses Laubegg vorstellen. Jetzt geht es Euch vielleicht gleich wie mir und Ihr fragt Euch, was das für ein Geschäft ist. Zumindest mir ging das so, als ich das sah mit der Abrechnung. Und ich wurde dann in der Gemeindeordnung fündig, unter Art. 20 Abs. 1 lit. h ist beschrieben, dass das Stadtparlament zuständig ist für die Genehmigung von Abrechnungen von Verpflichtungskrediten, welche von den Stimmberechtigten oder vom Stadtparlament beschlossen wurden, sofern eine Kreditüberschreitung vorliegt.
Hier der Antrag: «Die Abrechnung des Verpflichtungskredites Projekt-Nr. 5011950 für die Erweiterung des Schulhauses Laubegg im Betrag von 5'490’054.38 Franken wird genehmigt. Die Mehrkosten von 33’554.38 Franken werden nachträglich bewilligt.»
Zur Erinnerung: Es ist schon ein älteres Geschäft. Es war ein Projekt für das Schulhaus Laubegg, das im Dättnau oben ist. Es ging um eine Erweiterung, um drei Anbauten, die man an das bestehende Schulgebäude gemacht hat; mit Räumen für Unterricht, für Betreuung, Lehrpersonenbereichen sowie Nebenräumen. Die Erschliessung, das sieht man hier auch, erfolgte über den bestehenden Bau.
Zur Projektabrechnung: Insgesamt wurden die im Kreditrahmen enthaltenen Projektreserven von 247'000 Franken und die Stadtratsreserven von 260'000 Franken vollumfänglich beansprucht. Der Gesamtkredit wurde um 0.61% überschritten, wie man ganz unten sieht. Mehrwertsteuerbedingte oder teuerungsbedingte Mehrkosten konnten nicht geltend gemacht werden.
Noch zur Begründung dieser Mehrkosten: Man hatte zu knappe Reserven eingeplant, es wurde zu wenig berücksichtigt, dass man diese Erweiterungsbauten nicht als eigenständige Bauten interpretieren kann, sondern dass diese halt wirklich auch an den bestehenden Erschliessungskorridor angebaut werden müssen, was zu diversen Schnittstellen führte und was dann zu Mehrkosten führte. Ein weiterer Punkt sind auch Mängel bei der Umgebungsgestaltung, die man dann im Nachhinein feststellen musste, und eine Verzögerung, welche vor allem aufgrund einer Petition aus dem Quartier entstand, welche letztendlich aber nicht berücksichtigt wurde. Das führte dann aber dazu, dass eine separate Bauzufahrt über den Sportplatz erstellt werden musste.
Wir haben dieses Geschäft in einer Lesung beraten in der SBK. Diskutiert wurden nochmals die Verzögerung aufgrund der Petition, die eingereicht wurde; auch die Thematik der Kostenüberschreitung, Mehrkosten versus Reserven, die man ohnehin schon innerhalb eines Projektes budgetiert. Letztendlich wurde der Abrechnung aber mit 9:0, also einstimmig, zugestimmt. Vielen Dank.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Alex. Es hat sich niemand für ein Votum gemeldet. Auch die Stadträtin verzichtet auf ein Votum.
Wir kommen also direkt zur Abstimmung.

Wer dieser Verpflichtungskreditabrechnung zustimmen möchte, drückt A. Wer sie ablehnen möchte, drückt B.
Abstimmungsergebnis: Mit 52:0 Stimmen ist diese Abrechnung angenommen.

10. Traktandum
Parl.-Nr. 2026.7: Aktualisierter Genereller Wasserbauplan (GWBP)

Parlamentspräsident S. Kocher: Aktualisierter Genereller Wasserbauplan (GWBP). Da hat das Wort als Referentin wieder Kathrin Frei Glowatz.

K. Frei Glowatz (SBK): Ich darf Ihnen den Generellen Wasserbauplan von Winterthur vorstellen, mit der Abkürzung GWBP. Diese werden Sie noch einige Male hören heute Abend. Beim Wasserbau hat man einige Abkürzungen…
Aber zuerst dieses Bild. Das ist die aufgewertete Eulach zwischen der Hegi- und der Talwiesenstrasse. Ich habe ein bisschen gezögert, dieses Bild zu nehmen, obwohl es mir eigentlich sehr gefällt – aber die Eulach ist ja einer der drei kantonalen Flüsse (Kempt, Töss und Eulach), und deshalb gehört sie eigentlich nicht ganz in diesen Plan hinein. Aber informativ sind Massnahmen, die an den kantonalen Flüssen vorgesehen sind, doch auch in diesem Plan dargestellt und deshalb habe ich es dann doch genommen.
Die Grundlagen dieses GWBP:
- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer
- Genereller Entwässerungsplan Schweiz (das habe ich selbst gelernt bei dieser Vorstellung, dass es diesen auch noch gibt, nicht nur den Generellen Entwässerungsplan der Kommunen, sondern eben auch der Schweiz)
- Raumplanungsgesetz/Richtplan Kanton Zürich
- Gewässerschutzverordnung Kanton Zürich
- Gefahrenkarte des Kanton Zürich (diese ist sehr wichtig, diese wird uns nochmals begegnen)

Also aufgrund all dieser gesetzlichen Grundlagen wurde zuerst einmal der GEP entwickelt, der erste 2003 (wenn es mir recht ist, da bin ich nicht ganz fündig geworden, ob es schon vorher solche GEP gab). Aber 2011 war dann schon die erste Überarbeitung fällig. Man hat damals den Zustand der Gewässer in der Stadt Winterthur genau angeschaut und man hat das erste Mal auch darauf geschaut, was es für Lebensräume sind an diesen Flüssen, wie die Zugänge sind zu diesen Flüssen. Denn vorher ging es bei diesen Entwässerungsplanungen immer um die Siedlungsentwässerung (wie es der Name sagt), also das Wasser eigentlich möglichst schnell wegzubringen – sei es das Schmutzwasser oder sei es natürlich auch das Regenwasser.
Aufgrund dieses GEP wurde dann aber der GWBP, um den es heute geht, entwickelt. Der GWBP ist noch viel umfassender als der GEP, er befasst sich nämlich mit allen Massnahmen, die relevant sind für Wasserbauten.
2012 wurde der erste GWBP in dieser Art in Winterthur entwickelt, 2025 jetzt diese Aktualisierung. Das ist der Plan, der uns heute vorliegt.
Die beiden Pläne verbindet, dass sie beide behördenverbindlich sind. Aber der GEP ist ein Plan, der gesetzlich vorgeschrieben ist; alle Gemeinden müssen einen GEP entwickeln. Der GWBP hingegen ist eigentlich ein freiwilliges Instrument. Die Stadt Winterthur (andere Städte machen das auch, das ist sicher auch absolut sinnvoll) entwickelt dieses Instrument freiwillig, um eben alle Massnahmen, die sich um den Wasserbau drehen, miteinander zu koordinieren und um alle Aspekte in einen Guss zu bringen. Gleichzeitig setzen wir mit diesem GWBP auch eine Pflicht um, die das AWEL uns auferlegt. Ich lese Ihnen das kurz vor: «Das AWEL ist innert zwei Jahren über die aktualisierte Massnahmenplanung in Kenntnis zu setzen. In diesem Umsetzungsschritt ist darzulegen, wie Schäden aus Gefährdungen herabgesetzt und vermieden werden können. Die Massnahmenplanung muss eine Priorisierung, einen Zeitplan

und Aussagen zur Finanzierung enthalten. Innerhalb von zehn Jahren ist die Massnahmenplanung umzusetzen.» Also die Gefahrenkarte, wir haben es vorhin schon gehört, wurde 2017 revidiert. Und diese hat natürlich sehr viel mit Hochwasserschutz zu tun und sie ist eine wichtige Grundlage für den GWBP. Und mit diesem geben wir dem Kanton eigentlich auch Antwort.
Nochmals von vorne: Wir hatten 2012 den alten GWBP. Dann kam 2017 die revidierte Gefahrenkarte. Dann hat die Stadt 2021 das MANAGE (Massnahmenplanung Naturgefahren) entwickelt, aufgrund des kantonalen Naturgefahrenplans. Und aufgrund all dieser Planungen hat sie den GWBP überarbeitet, sowie unter Einbezug der Aspekte Ökologie, Erholung, Klima und Oberflächenabfluss. Damit ist dieses Planwerk entstanden, das uns heute vorliegt.
Das Ziel ist ein aktuelles und breit abgestütztes Planungs- und Koordinationsinstrument. Es ist ein Instrument, das die organisierte Umsetzung aller Massnahmen an den Gewässern in der Stadt Winterthur koordiniert. Es ist ein Instrument, das die Gewässer aus ganzheitlicher Sicht anschaut, also nicht nur Hochwasserschutz, aber auch nicht nur Ökologie, sondern auch noch Klima und Erholung, die Landwirtschaft spielt auch mit. Diese steht hier nicht, aber sie wird auch mitgedacht – sie kommt nachher gleich noch. Dieses Planwerk ist eine Grundlage für die Budgetplanung und der optimale Einsatz der finanziellen Mittel soll nach den Prioritäten erfolgen.
Das ist das Leitbild dieses GWBP. Wir sehen die fünf Schlagworte: Hochwasser, Ökologie, Erholung und Gestaltung, Klima und Oberflächenabfluss. Und wenn man dieses Leitbild herunterbricht, dann bekommt man eine Art Blaupause, die aufgrund (Sie sehen es links in der Kolonne: Landnutzung, Siedlung, Erholungszone, Freihalte- und Reservezone, Landwirtschaft und Wald) der Landnutzungen und deren Kreuzung mit den einzelnen Leitbildfaktoren Werte ergeben, die man für jeden Bach anwenden kann und so sieht, was zu tun ist.
Dieses Planwerk ist ein riesiges Planwerk geworden. Ich habe hier nur drei davon, es sind ungefähr dreissig. Es sind sogenannte Inventar- und Defizitpläne. Das Herzstück dieser Pläne ist natürlich der Massnahmenplan. Er besteht aus ungefähr 70 Massnahmen. Sie sehen da die verschiedenen Farben (violett, gelb, grün usw.).
Die violetten sind die erste Priorität. Die erste Priorität sind logischerweise diejenigen, die möglichst schnell angegangen werden sollten, weil sie unter anderem vom Kanton mit einem sehr hohen Hochwasserschutzwert (HQ 100) belegt wurden. Es gibt aber auch andere Auslöser, das kann auch die Erholung sein oder die Ökologie, wenn es um diese bei einem Bach sehr schlecht bestellt ist. Diese Massnahmen sind wie gesagt priorisiert. Diese Priorisierung geht auch nach den Kosten. Wir haben 30 Projekte, die über 100'000 Franken kosten, und kleinere, die unter 100'000 Franken kosten.
Hier haben wir einige der Bäche, welche in diese Massnahmen Prio 1+ hineinfallen. Diese müssen wir jetzt aber nicht im Einzelnen anschauen. Es gibt natürlich eine Umsetzungshorizont-Matrix, entsprechend dieser Priorisierung.
Zur Finanzierung: Die zustimmende Kenntnisnahme heute bewilligt noch kein einziges Wasserbauprojekt oder gibt die Kosten dafür frei. Die einzelnen Projekte werden alle zuerst entwickelt, es gibt eine Kostenschätzung. Und diese Kostenschätzung beziehungsweise diese Projektierungskosten werden im Finanzplan oder in der ordentlichen Budgetierung eingestellt.
Dann gibt es Projekte, bei denen es noch Aufwertungen im Unterhalt braucht. Davon wird sehr viel vom Programm «Vielfältige Zürcher Gewässer» (Abkürzung VZG) übernommen. Der Kanton ist sehr grosszügig in der Übernahme der Kosten, auch hier, er übernimmt nämlich 90% dieser Kosten. Und in der Stadt erfolgen diese Projekte nachher über den Gewässerunterhalt und das jährliche Budget. Ein Beispiel hier ist der Tössrainbach, wo man sieht, wie diese Kosten dann in das Programm und das Budget einfliessen. Ebenso sieht man da, wenn Sie das Kleingedruckte lesen, dass der Bund und der Kanton auch sehr grosszügig finanzieren oder subventionieren.
Ja, ich bin bald fertig. Die Kommission hat diesem Projekt mit 7:2 zugestimmt nach zwei Lesungen, also eine zustimmende Kenntnisnahme. Danke vielmals.

M. Graf (SVP): Die SVP-Fraktion wird der zustimmenden Kenntnisnahme des aktualisierten Generellen Wasserbauplans nicht zustimmen.
Wir anerkennen selbstverständlich die Bedeutung des Hochwasserschutzes. Der Schutz von Menschen, Wohngebieten, Gewerbe und Infrastruktur ist eine zentrale staatliche Aufgabe. Wo konkrete Risiken bestehen, müssen diese mit verhältnismässigen Massnahmen behoben werden.
Genau hier liegt aber unser Hauptkritikpunkt: Der vorliegende GWBP beschränkt sich längst nicht mehr auf den Hochwasserschutz. Er umfasst mittlerweile primär auch Themen wie Revitalisierung, Biodiversität, Erholung, Klima und Landschaftsgestaltung. Uns wurden Gebiete als Hochwasserschutz präsentiert, ohne dass überhaupt Studien oder Fakten vorliegen.
Der Massnahmenplan beinhaltet insgesamt 70 Massnahmen an Winterthurer Gewässern. Viele davon dienen nicht primär der Sicherheit, sondern der ökologischen Aufwertung oder der Steigerung der Erholungsqualität.
Besonders störend ist, dass wir heute einen umfassenden Plan zur Kenntnis nehmen sollen, ohne zu wissen, welche finanziellen Folgen daraus in den kommenden Jahren entstehen. Zwar wird auf Subventionen verwiesen, doch die Kosten für die Stadt bleiben weitgehend offen.
Für die SVP gilt: Hochwasserschutz ja – aber mit Augenmass. Wir wollen gezielte Investitionen dort, wo tatsächlich Gefahren bestehen. Wir wollen jedoch keinen umfassenden Wunschkatalog für immer neue ökologische und gestalterische Projekte, deren finanzielle Konsequenzen heute noch gar nicht absehbar sind.
Aus diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion die zustimmende Kenntnisnahme ab. Danke.

M. Nater (GLP): Im aktualisierten Generellen Wasserbauplan sind auch Aspekte aus den Bereichen Klima und Oberflächenabfluss eingeflossen, was positiv ist. Für die Verwaltung steht nun eine aktuelle Basis für die Umsetzung und die Koordination der Massnahmen für das Winterthurer Gewässersystem zur Verfügung. Mit dieser Grundlage soll nun mehr proaktiv gearbeitet werden und weniger reagiert werden.
Gemäss Gefahrenkarte Naturgefahren des Kantons aus dem Jahr 2017 sollen aber zuerst die relativ einfachen und kostengünstig umsetzbaren Massnahmen realisiert werden. So sollen in erster Priorität auch die Hochwasserdefizite, zum Beispiel am Veltheimer Dorfbach, beseitigt werden, was im Moment gerade im Bau ist. Diese Baustelle hat sogar noch den Vorteil, dass sie in Veltheim eine Verkehrsberuhigung bewirkt.
Was aber auch eine Priorität 1-Massnahme war, war der hochwassersichere Ausbau mit der Revitalisierung des Mattenbachs. Letzteres wurde auch in einem GLP-Postulat gefordert. Dort wurde das Projekt auf 2027 terminiert. Von daher ist es schon enttäuschend, dass nun dieses Projekt im Wasserbauplan nicht vor 2030 geplant werden soll. Auch der Steinbach soll erst im Jahr 2033 revitalisiert werden, was aus Sicht GLP zu lange geht.
Wir erwarten vom Stadtrat, dass er Termine, welche er in Antworten auf Vorstösse angibt, auch als Richtline ansieht und diese nicht beliebig nach hinten verschiebt.
Wir von der GLP nehmen den neuen Generellen Wasserbauplan zur Kenntnis.

B. Kuratli (SP): Der aktualisierte Generelle Wasserbauplan ist aus unserer Sicht ein sinnvolles und notwendiges Instrument. Er schafft eine gute Grundlage für die gesamtheitliche Betrachtung unserer Gewässer – beim Hochwasserschutz, aber auch bei Ökologie, Erholung und Klima. Genau diese koordinierte Sichtweise ist eben auch genau die Stärke des GWBP.
Wichtig ist (und Kathrin hat es auch schon gesagt): Der GWBP ist kein Projektkredit und keine automatische Baubewilligung. Er zeigt den heutigen Zustand der Gewässer mit ihren Defiziten und Potenzialen. Mit unserer Zustimmung werden wir keine einzelnen Projekte beschliessen und keine Gelder sprechen. Jeder konkrete Wasserbau muss weiterhin separat geplant, budgetiert und – je nach Höhe – vom Stadtrat oder Parlament genehmigt werden.

Der GWBP dient als systematische Übersicht über Defizite, Prioritäten und mögliche Massnahmen. Die Aktualisierung war notwendig, weil seit 2012 eine neue Naturgefahrenkarte vorliegt und der Kanton die Stadt verpflichtet hat, Hochwasserrisiken und notwendige Massnahmen neu zu beurteilen.
Kritisch anmerken kann man, dass der neue GWBP teilweise sehr detailliert ausgefallen ist und der Fokus auf das Wesentliche ein bisschen verloren ging. Trotzdem überwiegen für uns die Vorteile einer klaren und koordinierten Planung.
Gerade beim Hochwasserschutz ist es wichtig, frühzeitig Prioritäten festzulegen, statt erst zu handeln, wenn Schäden entstehen. Gleichzeitig schafft der GWBP Transparenz darüber, wo zusätzliche Massnahmen am dringendsten und am sinnvollsten sind.
Wir von der SP-Fraktion nehmen den GWBP positiv zur Kenntnis.

D. Romay (FDP): Der aktualisierte Generelle Wasserbauplan ist ein wichtiges Planungsinstrument, sicher für die kommenden Jahre. Er zeigt auf, wo bei unseren Gewässern Handlungsbedarf besteht – sei es beim Hochwasserschutz, bei ökologischen Aufwertungen oder bei Verbesserungen der Zugänglichkeit unserer Bäche.
Positiv ist, dass die Massnahmen priorisiert wurden und damit eine Grundlage für eine koordinierte und langfristige Planung geschaffen wird.
Gerade im Bereich Hochwasserschutz ist vorausschauendes Handeln wichtig, das haben wir vorhin gehört. Denn Schäden zu verhindern ist meist günstiger, als diese später zu beheben. Gleichzeitig gilt es, bei der Umsetzung die Verhältnismässigkeit im Auge zu behalten. Nicht jede theoretisch mögliche Massnahme muss automatisch auch eine hohe Priorität erhalten und zwingend umgesetzt werden. Entscheidend wird sein, dass durch eine Risikobetrachtung Kosten, Nutzen und Auswirkungen sorgfältig gegeneinander abgewogen werden.
Da die einzelnen Projekte gemäss den Finanzkompetenzen jeweils vorgelegt werden müssen und damit nicht schon alles abgesegnet worden ist, nimmt die FDP-Fraktion den aktualisierten Generellen Wasserbauplan zustimmend zur Kenntnis. Besten Dank.

S. Bründler (Die Mitte): Ein Genereller Wasserbauplan sorgt dafür, dass wir Geld und Personal dort einsetzen, wo es am meisten Sinn macht. Der Schutz vor Hochwasser hat für uns grosse Priorität. Dass Bund und Kanton die Revitalisierungen mitfinanzieren, hilft, die künftigen Gesamtkosten im Rahmen zu halten.
Die Mitte-Fraktion nimmt den Plan zustimmend zur Kenntnis, verbindet dies aber mit drei klaren Erwartungen an den Stadtrat:
1. Schonung unseres Kulturlands: Bachausweitungen, die über das kantonale Minimum hinausgehen, lehnen wir ab. Beanspruchte Fruchtfolgeflächen müssen gleichwertig und wenn immer möglich in Winterthur kompensiert werden.
2. Natur und Erholung abwägen: Man kann nicht jeden Bachabschnitt maximal ökologisch aufwerten und gleichzeitig voll als Erholungszone zugänglich machen. Sensible Lebensräume brauchen Ruhezonen statt Massentourismus.
3. Kein Personal-Ausbau auf Vorrat: Der Plan ist ein Orientierungsrahmen. Er darf kein Vorwand sein, um im Tiefbauamt neue Stellen auf Vorrat zu schaffen. Die Umsetzung muss im Rahmen des bestehenden Personals erfolgen.
Die Mitte-Fraktion stimmt der Kenntnisnahme zu. Bei den einzelnen konkreten Krediten – wie zum Beispiel beim Mattenbach – werden wir dann aber ganz genau hinschauen.
Danke schön.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Wir stimmen diesem Plan natürlich zu, wer hätte etwas anderes gedacht. Allerdings ist er uns – oder mir persönlich, aber ich glaube, da ist meine Fraktion auch dabei – zu konservativ.
Das Wort «Schwammstadt» habe ich in diesem Plan wirklich nirgends gefunden. Ich habe schon mit zwei Berufsschulklassen den Weg, den Postenlauf, den sie hat, welche die Mobiliar mit der Stadt gemacht hat und den ich sehr cool finde, in Winterthur gemacht und ich habe wirklich nicht verstanden, dass in diesem Gewässerbauplan die «Schwammstadt» (die Idee

der Schwammstadt – klar, das ist vielleicht mehr für die Siedlung, aber trotzdem) nicht vorkommt. Oder sonst habe ich schlecht gesucht.
Dann ist mir etwas anderes eingefallen. Warum könnte man nicht noch innovativer sein? Zum Beispiel gibt es in der Landwirtschaft sogenannte «Keylines», wo man entlang der Höhenkurven, entlang der Höhenlinien Wasser einstaut und so sehr gut das Wasser zurückhalten kann. Also ein bisschen so wie beim Rückhalteraum Hegmatten, bei dem ich noch daran erinnern darf: Am 10. Juni vor zwei Jahren war die Hegmatten zum ersten Mal so richtig voll und der Rückhalteraum Hegmatten hat die Stadt Winterthur damals – es waren extreme Starkregen, der Flohmarkt war überschwemmt, vielleicht erinnern Sie sich – ganz sicher vor grossen Überschwemmungen bewahrt.
Und das Dritte: Man könnte auch mit Bibern Wasserbau betreiben. In anderen Ländern, das haben Sie vielleicht auch schon gehört, stauen Biber. Biber sind hochgradige Landschaftsgestalter und sie speichern so auch noch extrem viel Kohlenstoff. Man hat nämlich herausgefunden, dass in Gebieten, welche Biber bearbeitet haben, 10 x mehr Kohlenstoff gespeichert wird als in normalen Flächen.
Also, ein bisschen mehr Innovation hätte ich cool gefunden, noch ein bisschen mehr zukunftsgerichteter. Aber sonst, insgesamt, sind wir natürlich voll dabei. Danke.

A. Würzer (EVP/EDU): Danke, Kathrin, für das Vorstellen.
Der aktualisierte Generelle Wasserbauplan ist uns in der Kommission vertieft vorgestellt worden. Er ist aus unserer Sicht ein solides Planungsinstrument für die Gewässer in unserer Stadt, auch gerade für den Hochwasserschutz, der da ja Priorität haben soll. Er ist nicht weniger, aber auch nicht viel mehr als das.
Innovatives ist darin wenig zu finden, das hat Kathrin auch schon gesagt. Aber vielleicht ist das auch nicht unbedingt der Ort, um danach zu suchen.
Wir bedanken uns jedenfalls für die sehr detaillierte geleistete Arbeit dahinter und darauf aufbauend auch die weitere Arbeit, welche da folgen wird.
Wir nehmen den aktualisierten GWBP zustimmend zur Kenntnis.

Stadträtin Ch. Meier: Auch dieses Mal: Herzlichen Dank, Kathrin, für die Präsentation und danke an die Votantinnen und Votanten für die angeregte Diskussion.
Ich glaube, wenn die einen Voten sagen, man hätte zu viel in einen solchen GWBP gepackt, und die anderen sagen, es sei zu wenig innovativ, dann zeigt das wahrscheinlich, dass wir relativ ausgewogen unterwegs sind.
Wir haben es gehört: Der GWBP zeigt die relevanten Wasserbaumassnahmen auf. Er ist behördenverbindlich, wenn auch freiwillig. Aber wenn man ihn hat, dann hat er diese Behördenverbindlichkeit. Er hilft uns als Stadt, die Planungen sinnvoll zu koordinieren, aber er hilft vor allem auch, die Priorisierung, die wir machen, transparent zu machen.
Was wir auch gehört haben: Der GWBP bewilligt noch keine konkreten Projekte, sondern die Projekte werden regulär in das Budget eingespiesen und je nach Kredithöhe und Ausgabenkompetenz werden sich dann auch zum Teil das Parlament und allenfalls zum Teil auch die Bevölkerung dazu äussern können.
Ich habe gehört, dass Erwartungen formuliert wurden. Die FDP erwartet eine differenzierte Priorisierung – ich glaube, das haben wir aufgezeigt, dass wir das gemacht haben.
Die Mitte hat auch diverse Erwartungen formuliert. Ich kann versichern, dass das auch unsere Schwerpunkte sind. Wir wollen diese Ausgewogenheit zwischen Ökologie, Hochwasserschutz, aber auch Aufenthaltsqualität und Freizeitgestaltung. Und selbstverständlich schauen wir, was die minimale Ausweitung eines Gewässers ist. Wir haben in den seltensten Fällen überhaupt die Möglichkeit, breiter zu sein als das, was das AWEL verlangt – meistens ist das Problem eher umgekehrt, dass wir das Minimum überhaupt erreichen.
Dann hat die GLP sich noch zur Terminprognose aus Vorstössen geäussert. Ich habe sehr viel Verständnis dafür, dass das frustrierend ist, wenn ein Projekt auf ein bestimmtes Jahr angekündigt wird. Ich glaube, das hat ein bisschen damit zu tun, dass man bei einer Vor-

stossbeantwortung den Terminplan aus Sicht der Projektreife macht. Also wie viel Zeit brauchen wir, um einen Kredit beantragen zu können oder ein Projekt festsetzen zu können. Am Schluss aber – wir haben vor der Pause über die Schulden und über die finanzielle Lage der Stadt Winterthur gesprochen – müssen wir solche Investitionen aber immer in einer Gesamtbetrachtung anschauen, mit allen Investitionen, die wir als Stadt machen müssen – und müssen sie dort halt einfach nochmals in dieser Gesamtbetrachtung priorisieren. Und das hat dann häufig zur Folge, dass gerade solche Projekte, bei denen die Dringlichkeit einfach nicht gleich getriggert wird von aussen wie bei einem Schulhaus oder bei einer Strassensanierung, wo wirklich einfach der Werterhalt infrage gestellt ist, dass halt solche Projekte dann einen schlechten Stand haben. Das müssen wir sicher ein bisschen im Auge behalten, dass wir bei solchen Ankündigungen von allfälligen Terminprognosen ein bisschen sorgfältiger und realistischer werden. Das nehme ich mir sehr fest vor. Danke vielmals.

Parlamentspräsident S. Kocher: Danke, Christa. Damit kommen wir jetzt noch zur Abstimmung über die Kenntnisnahme.
A = Zustimmende Kenntnisnahme, B = Ablehnende Kenntnisnahme.
Abstimmungsergebnis: Mit 46:7 haben wir eine Mehrheit für eine zustimmende Kenntnisnahme.

11. Traktandum
Parl.-Nr. 2025.122: Begründung des Postulats O. Staub (SP), M. Gnesa (SP), D. Roth-Nater (EVP), R. Hugentobler (AL) und N. Holderegger (GLP) betr. Umsetzung Istanbul-Konvention in Winterthur

---

Parlamentspräsident S. Kocher: Begründung des Postulats betreffend Umsetzung Istanbul-Konvention in Winterthur. So geben wir auch Katrin Cometta noch die Gelegenheit, mindestens ein Geschäft noch abschliessen zu können. Da die Erstunterzeichnende Olivia Staub nicht mehr im Parlament ist, gebe ich das Wort der Zweitunterzeichnenden Marilena Gnesa.

M. Gnesa (SP): In der Schweiz ermordet durchschnittlich alle zwei Wochen ein Mann eine Frau. 29 Femizide gab es in der Schweiz letztes Jahr, so viele wie noch nie. Gewalt gegen Frauen nimmt also zu. Die Kriminologin Nora Markwalder bringt es auf den Punkt, wenn sie sagt: «Der gefährlichste Ort für Frauen ist zu Hause». Femizide, also die Tötung einer Frau, weil sie eine Frau ist, sind kein Unfall und kein Zufall.
Vielmehr steht Gewalt gegen Frauen als geschlechtsspezifische Gewalt im Zusammenhang mit strukturellen, historisch gewachsenen Ungleichheiten und Machtverhältnissen zwischen Frauen und Männern, die zur Diskriminierung der Frau und zur Verhinderung der vollständigen Gleichstellung geführt haben.
Gewalt gegen Frauen darf nicht als privates Problem aufgefasst werden, das niemandem ausserhalb der Familie etwas angeht. Sie ist vielmehr ein Angriff auf grundlegende gesellschaftliche Werte: Gleichstellung, Freiheit, körperliche Unversehrtheit.
Städte und Kantone tragen die unmittelbare Verantwortung für Sicherheit, soziale Stabilität und ein respektvolles Zusammenleben. Wer diese Verantwortung ernst nimmt, muss die Istanbul-Konvention als strategische Leitlinie verstehen und entsprechend handeln – in der Politikgestaltung, bei Budgetbeschlüssen und in konkreten Angeboten. Sparmassnahmen zulasten der Bekämpfung von Gewalt an Frauen sind inakzeptabel.
Die Istanbul-Konvention ist in der Schweiz seit 1. April 2018 in Kraft. Sie ist ein klarer politischer Auftrag: Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt sollen konsequent verhindert, bekämpft und sanktioniert werden. Mit der Ratifizierung im Jahr 2017 hat sich die Schweiz international verpflichtet, diese Ziele umzusetzen – und zwar nicht abstrakt, sondern konkret im Alltag der Bevölkerung. Damit wird die Verantwortung auf jene Ebenen verlagert, die am nächsten bei den Menschen stehen: Auf Gemeinde- und Kantonsebene.

Auch wir sind aufgerufen, etwas gegen Gewalt zu tun. Es ist wichtig zu betonen, dass Winterthur schon einiges in diesem Bereich macht: Die «Fachstelle Häusliche Gewalt» bei der Stadtpolizei, die «Fachstelle für Extremismus und Gewaltprävention» und viele andere Gremien leisten gute und wichtige Arbeit in der Prävention und Bekämpfung von Gewalt an Frauen und Mädchen. Dafür bedanken wir uns. Unter Berücksichtigung der laufenden Projekte ist es wichtig, dass ein auf Winterthur und seine Besonderheiten zugeschnittener Aktions- und Massnahmenplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention mit Zwischenbericht erarbeitet wird, und das Thema Femizid strategisch und mit der nötigen Zielgerichtetheit angegangen wird.
Die rund 30 Frauen und Mädchen, die letztes Jahr ermordet wurden, weil sie Frauen sind, werden damit nicht wieder ins Leben geholt. Aber wenn wir dem Thema auf allen politischen Ebenen endlich die Priorität zukommen lassen, die es verdient, wird das dazu beitragen, dass die Zahl abnimmt und hoffentlich so schnell wie möglich auf Null sinkt.

Parlamentspräsident S. Kocher: Besten Dank, Marilena. Dann die Frage in das Plenum, ob es einen Ablehnungsantrag gibt? – Wenn nicht, dann gilt dieses Postulat als überwiesen.
Tut mir leid, Katrin. Du kannst noch eine persönliche Erklärung abgeben. Philippe hat es auch schon zwei oder drei Mal erklärt, wie es läuft.

Jetzt wäre eigentlich das Traktandum 12 an der Reihe, eine Motion, die wir besprechen müssen. Aber in Anbetracht der Zeit, dass es doch schon 21.50 Uhr ist und es um Parkplätze geht – was meiner Vermutung nach eine längere Diskussion nach sich ziehen wird -, beenden wir an dieser Stelle die Sitzung.

Noch den Hinweis: Die nächste Sitzung ist am 29. Juni.

Ich wünsche allen einen schönen Abend. Danke vielmals.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:	Der 1. Vizepräsident:	Die 2. Vizepräsidentin:
S. Kocher (GLP)	Ph. Angele (SVP)	L. Merz (SP)

Beilagen:
- Abstimmungsprotokolle

Abstimmungstitel **2. Nutzungskonzept Stadtgarten**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	01.Juni.2026 16:56:52
Abstimmungsfrage	Antrag gem. Weisung

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	53
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
. .	Nicht anwesend
. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Bründler Simon	A: Zustimmung
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Fischer Tobija	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Goncalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Bea	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli Wanner Corinne	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Jung Rona	A: Zustimmung
Kern Dominik	A: Zustimmung

Name	*Ergebnis*
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	Nicht anwesend
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuratli Benjamin	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cabello Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Tschirky Feratovic Franziska	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat Andre	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel **3. Verpflichtungskredit Fr. 16'060'000 Wärmeversorgungsgebiet Oberwinterthur**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	01.Juni.2026 17:07:27
Abstimmungsfrage	Antrag gem. Weisung

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	53
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
. .	Nicht anwesend
. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Bründler Simon	A: Zustimmung
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Fischer Tobija	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Goncalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Bea	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli Wanner Corinne	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Jung Rona	A: Zustimmung
Kern Dominik	A: Zustimmung

Name	*Ergebnis*
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	Nicht anwesend
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuratli Benjamin	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cabello Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Tschirky Feratovic Franziska	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat Andre	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel **4. Verpflichtungskredit Fr. 7'500'000 "Neuwiesen II"**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	01.Juni.2026 17:14:25
Abstimmungsfrage	Antrag gem. Weisung

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	51
B: Ablehnung	2
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
. .	Nicht anwesend
. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Bründler Simon	A: Zustimmung
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Fischer Tobija	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Goncalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	B: Ablehnung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Bea	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli Wanner Corinne	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Jung Rona	A: Zustimmung
Kern Dominik	A: Zustimmung

Name	*Ergebnis*
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	Nicht anwesend
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuratli Benjamin	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cabello Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Tschirky Feratovic Franziska	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat Andre	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel **5. Teilrevision Verordnung über den Finanzhaushalt**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	01.Juni.2026 17:44:56
Abstimmungsfrage	Antrag gem. Weisung

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	46
B: Ablehnung	7
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
. .	Nicht anwesend
. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Brändler Simon	A: Zustimmung
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Fischer Tobija	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Goncalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Bea	A: Zustimmung
Helg Felix	B: Ablehnung
Hertli Wanner Corinne	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Jung Rona	A: Zustimmung
Kern Dominik	A: Zustimmung

Name	*Ergebnis*
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	Nicht anwesend
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuratli Benjamin	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cabello Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Tschirky Feratovic Franziska	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat Andre	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	B: Ablehnung

Abstimmungstitel **6. Kommunale Volksinitiative "Ja zu weniger Schulden"**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	01.Juni.2026 18:26:27
Abstimmungsfrage	Gültigkeit der Volksinitiative

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	53
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
. .	Nicht anwesend
. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Bründler Simon	A: Zustimmung
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Fischer Tobija	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Goncalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Bea	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli Wanner Corinne	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Jung Rona	A: Zustimmung
Kern Dominik	A: Zustimmung

Name	*Ergebnis*
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	Nicht anwesend
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuratli Benjamin	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cabello Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Tschirky Feratovic Franziska	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat Andre	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel **6. Kommunale Volksinitiative "Ja zu weniger Schulden"**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	01.Juni.2026 18:27:39
Abstimmungsfrage	Volksinitiative

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	14
B: Ablehnung	39
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
. .	Nicht anwesend
. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel	B: Ablehnung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Bründler Simon	B: Ablehnung
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: Ablehnung
Della Sega Christian	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	B: Ablehnung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Fischer Tobija	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Goncalves Simon	B: Ablehnung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	B: Ablehnung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Bea	B: Ablehnung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli Wanner Corinne	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	B: Ablehnung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung
Jung Rona	B: Ablehnung
Kern Dominik	B: Ablehnung

Name	*Ergebnis*
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	Nicht anwesend
Kramer-Schwob Franziska	B: Ablehnung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuratli Benjamin	B: Ablehnung
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cabello Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	B: Ablehnung
Nater Markus	B: Ablehnung
Oeschger Benedikt	B: Ablehnung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	B: Ablehnung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Steiner Annetta	B: Ablehnung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Tschirky Feratovic Franziska	B: Ablehnung
Vogel Kaspar	B: Ablehnung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	B: Ablehnung
Würzer Alexander	B: Ablehnung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat Andre	B: Ablehnung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel **6. Kommunale Volksinitiative "Ja zu weniger Schulden"**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	01.Juni.2026 18:28:26
Abstimmungsfrage	Empfehlung Volksabstimmung

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmungsempfehlung	14
B: Ablehnungsempfehlung	39
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
. .	Nicht anwesend
. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmungsempfehlung
Bachmann Miguel	B: Ablehnungsempfehlung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Brändler Simon	B: Ablehnungsempfehlung
Büeler Andreas	B: Ablehnungsempfehlung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	B: Ablehnungsempfehlung
Della Sega Christian	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	A: Zustimmungsempfehlung
Ernst Nora	B: Ablehnungsempfehlung
Fehr Jan	A: Zustimmungsempfehlung
Fischer Tobija	B: Ablehnungsempfehlung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnungsempfehlung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	A: Zustimmungsempfehlung
Gnesa Marilena	B: Ablehnungsempfehlung
Goncalves Simon	B: Ablehnungsempfehlung
Graf Marco	A: Zustimmungsempfehlung
Gross Michael	A: Zustimmungsempfehlung
Gschwind Thomi	B: Ablehnungsempfehlung
Gubler Stefan	A: Zustimmungsempfehlung
Guddal Jan	B: Ablehnungsempfehlung
Hager Katja	B: Ablehnungsempfehlung
Hartmann Christian	A: Zustimmungsempfehlung
Helbling-Wehrli Bea	B: Ablehnungsempfehlung
Helg Felix	A: Zustimmungsempfehlung
Hertli Wanner Corinne	B: Ablehnungsempfehlung
Holderegger Nicole	B: Ablehnungsempfehlung
Hugentobler Roman	B: Ablehnungsempfehlung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnungsempfehlung
Jung Rona	B: Ablehnungsempfehlung
Kern Dominik	B: Ablehnungsempfehlung

Name	*Ergebnis*
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	Nicht anwesend
Kramer-Schwob Franziska	B: Ablehnungsempfehlung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnungsempfehlung
Kuratli Benjamin	B: Ablehnungsempfehlung
Kuster Iris	B: Ablehnungsempfehlung
Lischer Maria	B: Ablehnungsempfehlung
Maier Christian	A: Zustimmungsempfehlung
Mancuso Cabello Cristina	A: Zustimmungsempfehlung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	B: Ablehnungsempfehlung
Nater Markus	B: Ablehnungsempfehlung
Oeschger Benedikt	B: Ablehnungsempfehlung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmungsempfehlung
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	B: Ablehnungsempfehlung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	A: Zustimmungsempfehlung
Roth-Nater Daniela	B: Ablehnungsempfehlung
Sorgo Maria	B: Ablehnungsempfehlung
Steiner Annetta	B: Ablehnungsempfehlung
Steiner Markus	B: Ablehnungsempfehlung
Stritt Gabriela	B: Ablehnungsempfehlung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Tschirky Feratovic Franziska	B: Ablehnungsempfehlung
Vogel Kaspar	B: Ablehnungsempfehlung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	B: Ablehnungsempfehlung
Würzer Alexander	B: Ablehnungsempfehlung
Zundel Michael	B: Ablehnungsempfehlung
Zuraikat Andre	B: Ablehnungsempfehlung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmungsempfehlung

Abstimmungstitel **7. Legislaturbericht 2022 - 2026**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	01.Juni.2026 20:41:06
Abstimmungsfrage	Kenntnisnahme

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmende Kenntnisnahme	45
B: Ablehnende Kenntnisnahme	7
Enthaltung	1
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
. .	Nicht anwesend
. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Bachmann Miguel	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Brändler Simon	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Büeler Andreas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Della Sega Christian	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Ernst Nora	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fehr Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fischer Tobija	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fritschi Stefan	Nicht anwesend
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Gnesa Marilena	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Goncalves Simon	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Graf Marco	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Gross Michael	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Gschwind Thomi	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gubler Stefan	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Guddal Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hager Katja	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hartmann Christian	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Helbling-Wehrli Bea	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helg Felix	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hertli Wanner Corinne	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Holderegger Nicole	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hugentobler Roman	Enthaltung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Jung Rona	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kern Dominik	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Name	*Ergebnis*
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	Nicht anwesend
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kuratli Benjamin	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kuster Iris	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Lischer Maria	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Maier Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Mancuso Cabello Cristina	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Nater Markus	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Oeschger Benedikt	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Perroulaz Raphael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Sorgo Maria	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Steiner Annetta	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Steiner Markus	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Stritt Gabriela	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Tschirky Feratovic Franziska	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Vogel Kaspar	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Würzer Alexander	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zundel Michael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zuraikat Andre	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zwahlen Daniel	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Abstimmungstitel **8. Verpflichtungskredit Fr. 1'990'000 Konzept Verkehrsdatenerfassung**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	01.Juni.2026 21:11:55
Abstimmungsfrage	Antrag gem. Weisung

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	39
B: Ablehnung	14
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
. .	Nicht anwesend
. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	B: Ablehnung
Bachmann Miguel	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Nicht anwesend
Bopp Kaspar	Nicht anwesend
Bründler Simon	A: Zustimmung
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	B: Ablehnung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Fischer Tobija	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Nicht anwesend
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Nicht anwesend
Gisler Gabriella	B: Ablehnung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Goncalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	B: Ablehnung
Gross Michael	B: Ablehnung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	B: Ablehnung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Bea	A: Zustimmung
Helg Felix	B: Ablehnung
Hertli Wanner Corinne	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Jung Rona	A: Zustimmung
Kern Dominik	A: Zustimmung

Name	*Ergebnis*
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	Nicht anwesend
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Nicht anwesend
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuratli Benjamin	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cabello Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Tschirky Feratovic Franziska	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat Andre	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	B: Ablehnung

Abstimmungstitel **9. Abrechnung Verpflichtungskredit Erweiterung Schulhaus Laubegg**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	01.Juni.2026 21:16:51
Abstimmungsfrage	Antrag gem. Weisung

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	52
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	52
Nicht abgestimmt	2

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
. .	Nicht anwesend
. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Nicht anwesend
Bopp Kaspar	Nicht anwesend
Bründler Simon	A: Zustimmung
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmung
Della Sega Christian	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Fischer Tobija	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Nicht anwesend
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Nicht anwesend
Gisler Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Goncalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Bea	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli Wanner Corinne	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	Nicht abgestimmt
Jung Rona	A: Zustimmung
Kern Dominik	A: Zustimmung

Name	*Ergebnis*
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	Nicht anwesend
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Nicht anwesend
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuratli Benjamin	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cabello Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Tschirky Feratovic Franziska	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat Andre	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel **10. Aktualisierter Genereller Wasserbauplan**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	01.Juni.2026 21:44:55
Abstimmungsfrage	Kenntnisnahme

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmende Kenntnisnahme	46
B: Ablehnende Kenntnisnahme	7
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	*Ergebnis*
. .	Nicht anwesend
. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Bachmann Miguel	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Nicht anwesend
Bopp Kaspar	Nicht anwesend
Bründler Simon	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Büeler Andreas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Cristina Brunel	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Della Sega Christian	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Ernst Nora	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fehr Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fischer Tobija	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fritschi Stefan	Nicht anwesend
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Gisler Gabriella	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Gnesa Marilena	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Goncalves Simon	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Graf Marco	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Gross Michael	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Gschwind Thomi	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gubler Stefan	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Guddal Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hager Katja	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hartmann Christian	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Helbling-Wehrli Bea	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helg Felix	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hertli Wanner Corinne	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Holderegger Nicole	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hugentobler Roman	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Jung Rona	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kern Dominik	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Name	*Ergebnis*
Kocher Samuel	Präsident/in
Kramer Tim	Nicht anwesend
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Künzle Michael	Nicht anwesend
Künzler Fredy	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kuratli Benjamin	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kuster Iris	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Lischer Maria	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Maier Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Mancuso Cabello Cristina	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	Nicht anwesend
Muster Valeria	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Nater Markus	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Oeschger Benedikt	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Perroulaz Raphael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Pfirter Martina	Nicht anwesend
Praetorius Julius	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Rednerpult .	Nicht anwesend
Romay Ogando Dani	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Sorgo Maria	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Steiner Annetta	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Steiner Markus	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Stritt Gabriela	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Tschirky Feratovic Franziska	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Vogel Kaspar	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Wäckerlin Marc	Nicht anwesend
Weber Philippe	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Würzer Alexander	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zundel Michael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zuraikat Andre	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zwahlen Daniel	A: Zustimmende Kenntnisnahme